

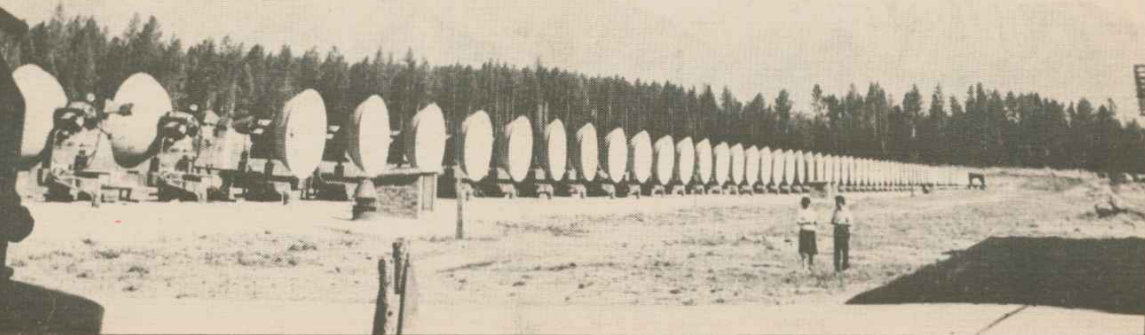
auf-
genommen

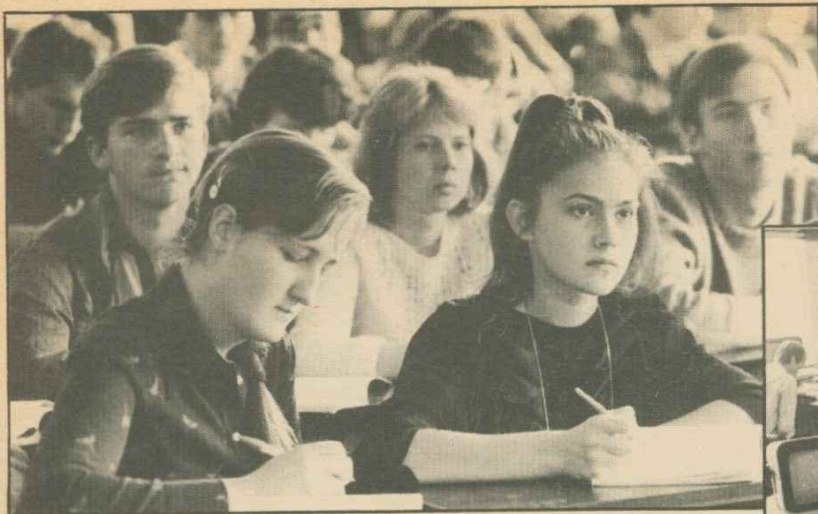
NEUE ZEIT

Heute ist Zeit für die DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plätzen, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

ZUSAMMENARBEIT OHNE GRENZEN

Sowjetisches Raumfahrtprogramm heute





Angehende
Produktionsleiter

Hier werden
die Studenten
mit Computern
bekannt gemacht



Auf neue Art lernen

Um auf neue Art zu arbeiten, muß man auch auf neue Art lernen. Das ist der Sinn der in der UdSSR angelaufenen Umstellung beim Heranschulen von Fachkräften. Die Jugend soll nicht nur die Erkenntnisse und Neuerungen von Wissenschaft und Technik kennenlernen, sie soll sich auch ein schöpferisches Denken und eine rationelle Organisation ihrer Arbeit angewöhnen.

Um das zu erreichen, muß die Lehre den Anforderungen der Produktion maximal entsprechen. Dafür sind die den größten Betrieben angegliederten Technischen Hochschulen am besten geeignet.

Beim Betreten der TH-Hörsäle und -Labors bei den Moskauer Autowerken „Lichatschow“ haben die Neulinge Laseranlagen, numerisch gesteuerte Maschinen und elektrohydraulische Gesenkpresen zu sehen bekommen — neueste Betriebsausrüstungen, ohne die der Kraftwagenbau heutzutage undenkbar wäre. Diese Studenten werden hier im 21. Jahrhundert arbeiten, und der Betrieb scheut für die technische Ausrüstung seiner Hochschule keine Mittel. Für eine schöpferische Arbeit ist alles vorgesehen. Die angehenden Ingenieure sitzen nicht nur über Lehrbüchern. Ihre Arbeit in den Betriebshallen ist ein

vorzügliches Praktikum und zugleich eine wesentliche Beisteuer zur Leistung der Belegschaft. Die Rationalisierungsvorschläge von Studentenzirkeln und wissenschaftlich-technischen Vereinigungen zeugen von guter Kenntnis der Erfordernisse gerade dieses Betriebs.

In den Studienjahren werden sich die Studenten zu tüchtigen Ingenieuren und sachkundigen, energischen Produktionsleitern heranbilden, wie sie der sich rasch entwickelnde sowjetische Kraftwagenbau braucht.

Ein Experiment



Neubauflügel
der Betriebshochschule



Fotos:
TASS

APPELL

DES OBERSTEN SOWJETS DER UdSSR

AN DIE PARLAMENTE UND DIE VÖLKER DER WELT

Im Bewußtsein, daß die Gemeinsamkeit der historischen Geschehnisse aller Länder und Völker angesichts der nuklearen Bedrohung gebieterisch die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen zu ihrer Abwendung diktiert, hält es der Oberste Sowjet der UdSSR für notwendig, sich an alle Parlamente und Völker der Welt zu wenden.

Das sowjetisch-amerikanische Treffen auf höchster Ebene in Reykjavik bedeutet eine qualitativ neue Stufe im Kampf für eine Welt ohne Kernwaffen. Wir wissen jetzt: Noch zu Lebzeiten der gegenwärtigen Generation ist es möglich, sich von den Kernwaffen zu befreien.

Eben dieses Ziel verfolgt das von unserem Land unterbreitete kühne und zugleich voll und ganz realisierbare Programm.

Die UdSSR schlägt vor, innerhalb von 5 Jahren die **strategischen Offensivwaffen** der UdSSR und der USA um 50 Prozent zu reduzieren. In den darauffolgenden 5 Jahren, also bis Ende 1996, wären dann alle übrigen zu dieser Kategorie gehörenden Rüstungen der Seiten zu liquidieren.

Wir schlagen vor, die **Mittelstreckenraketen** der UdSSR und der USA in Europa **vollständig zu beseitigen** und die Zahl der Raketen dieser Klasse in Asien radikal zu reduzieren.

Wir schlagen vor, daß sich die UdSSR und die USA verpflichten, im Verlauf von 10 Jahren ihr **Recht auf Austritt aus dem unbefristeten Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972 nicht wahrzunehmen** und alle seine Bestimmungen strikt einzuhalten. Wir sind gegen SDI und für die Festigung des ABM-Vertrages.

Wir schlagen schließlich vor, daß die UdSSR und die USA unverzüglich Verhandlungen über die **vollständige Einstellung der Nuklearversuche** aufnehmen.

Es wird davon ausgegangen, daß alle von der UdSSR vorgeschlagenen radikalen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung unter strengster Kontrolle, darunter unter internationaler Kontrolle einschließlich Inspektionen vor Ort, verwirklicht werden müssen.

Die aufgezählten radikalen Maßnahmen bilden ein einheitliches Paket. Das Paket ist eine Balance von Interessen und Zugeständnissen, eine Balance der Rücknahme gegenseitiger Besorgnisse sowie die wechselseitige Abhängigkeit der Sicherheitsinteressen.

Reykjavik hat nicht nur Hoffnungen geweckt. Es hat auch die Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt deutlich gemacht. Die Einsicht eines bedeutenden Teils der Weltöffentlichkeit, daß die amerikanischen "Sternenkriegs"-Pläne, das sogenannte SDI-Programm, das Haupthindernis auf dem Weg zu Übereinkünften über die Beseitigung der Kernwaffen geworden sind, ist richtig. Daß hat sich im Verlauf des Treffens in Reykjavik vollumfänglich bestätigt. Das SDI-Programm ist der Versuch, Positionen militärischer Überlegenheit zu erlangen, eine Methode zur Führung eines auf Sieg kalkulierten Kernwaffenkrieges zu finden.

Die historische Erfahrung zeigt, daß die UdSSR auf jede Bedrohung ihrer Sicherheit stets eine adäquate Antwort gefunden hat. So wird es auch in Zukunft sein. Dafür verfügt die UdSSR über ein ausreichendes intellektuelles, wissenschaftlich-technisches und industrielles Potential.

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist sich jedoch dessen bewußt, daß die Schaffung von Weltraumwaffen, durch die das Wettrüsten in eine äußerst kostspielige und besonders gefährliche Sphäre ausgedehnt wird, den Politikern die Möglichkeit nimmt, den Gang der Ereignisse zu kontrollieren. Ein technisches Versagen oder ein Fehler, eine Störung in einem Computer können eine nicht wiedergutmachende Katastrophe auslösen.

Dem Wettrüsten im Weltraum stellt die UdSSR eine reale Alternative entgegen: die friedliche Erschließung des Weltraums auf der Grundlage der Zusammenarbeit aller Staaten für das allgemeine Wohl und Gedeihen.

In diesem äußerst verantwortungsvollen, vielleicht entscheidenden Moment der Geschichte der Menschheit **wendet sich der Oberste Sowjet der UdSSR an alle Parlamente und Völker mit dem Appell, sich entschlossen für den praktischen Übergang zur Schaffung einer Welt ohne Kernwaffen und einer für alle Staaten gleichen stabilen Sicherheit einzusetzen.**

Diese Aufgabe muß über alle Streitfragen zwischen den Staaten und ideologischen Differenzen gestellt werden.

Man darf nicht zulassen, daß die in Reykjavik ein wenig geöffnete Tür in eine kernwaffenfreie Zukunft wieder zugeschlagen wird. Der Oberste Sowjet der UdSSR bekräftigt feierlich, daß die UdSSR keinen der von ihr in Reykjavik unterbreiteten Vorschläge zur Beseitigung aller nuklearen Waffen zurücknimmt. Die sowjetische Delegation bei den Verhandlungen in Genf wurde beauftragt, sich von diesen Vorschlägen in ihrer Gesamtheit leiten zu lassen.

Der Oberste Sowjet der UdSSR bekräftigt, daß das von der UdSSR vor mehr als 15 Monaten verkündete einseitige Moratorium für alle Nuklearexplosionen weiterhin gilt. Bis zum 1. Januar 1987 ist noch Zeit, daß die USA der Stimme der Vernunft und den Forderungen von Hunderten Millionen Menschen in der ganzen Welt endlich Gehör schenken und die Nuklearexplosionen einstellen. In diesem Fall würde auch die UdSSR die Nuklearversuche nicht wiederaufnehmen. Das wäre ein großer Schritt zur nuklearen Abrüstung.

Wir sind nach wie vor für das Verbot der chemischen Waffen und die Beseitigung aller ihrer Vorräte. Wir sind für die strikte Einhaltung der Konvention über das Verbot der biologischen Waffen. Wir sind für eine substantielle Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Europa gemäß dem Prinzip der gleichen Sicherheit der Seiten. Die konkreten und umfassenden Vorschläge der UdSSR und der anderen Warschauer Vertragsstaaten zu allen diesen Fragen bleiben weiterhin in Kraft. Wir warten auf die Antwort der NATO-Länder.

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist überzeugt, daß es im allgemeinen Prozeß der Befreiung der Menschheit von der nuklearen Bürde einen Platz für alle Staaten gibt. Wenn es um die Rettung der Zivilisation geht, gibt es weder große noch kleine Länder und Völker. Das betrifft alle und muß Anliegen aller sein.

Eben deshalb ist der Zeitpunkt gekommen, da jeder einzelne angesichts der Gefahr der Umwandlung des Weltraums in eine Arena militärischer Rivalität verpflichtet ist, seine Position zu bestimmen. Keine einzige Regierung, kein einziges Parlament kann sich der Verantwortung entziehen, denn es geht um die Existenz aller Länder, darunter auch des eigenen Landes und des eigenen Volkes. Neutrale kann und darf es nicht geben.

Unser Appell an Sie ist auch ein Appell des gesamten Sowjetvolkes. Die Zeit drängt. Sie verlangt Taten.

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

48

November

1986

Gründungsjahr 1943

3

Begegnungen auf in-
dischem Boden

6

Marschall der Sowjet-
union

S. Achromejew antwortet
auf Fragen von Korre-
spondenten
des "Stern"

9

Betrachtungen

13

Fest des albanischen
Volkes

14

Gespräch mit dem ersten
Stellvertreter des Vorsit-
zenden des Staatskomitees der UdSSR für Ar-
beit und soziale Fra-
gen, L. Kostin

18

Umweltkatastrophe
am Rhein

21

Zum Nationalfeiertag der
SFRJ,
dem Tag der Republik

APPELL DES OBER-
STEN SOWJETS DER UdSSR
(1), PANORAMA(11),
BIOGRAPHISCHES (13),
POST, ECHO(16)

TITELBILD:

Sonnenradioteleskop im
Sajan-Gebirge

Foto: G. Kopossow

GEGENSEITIGE ZUGESTÄNDNISSE NÖTIG

Interview mit Marschall der
Sowjetunion Sergej Achrome-
jew

S. 6



STÜRMISCHER HERBST

In Frankreich hat sich der
Konflikt zwischen der Regie-
rung und den Werktätigen jäh
zugespitzt

S. 22



DER RHEIN IST TOT

Täter und Opfer der Um-
weltkatastrophe

S. 18



ZEIT ENERGISCHEM HANDELNS

Reportage aus Belgrad

S. 24



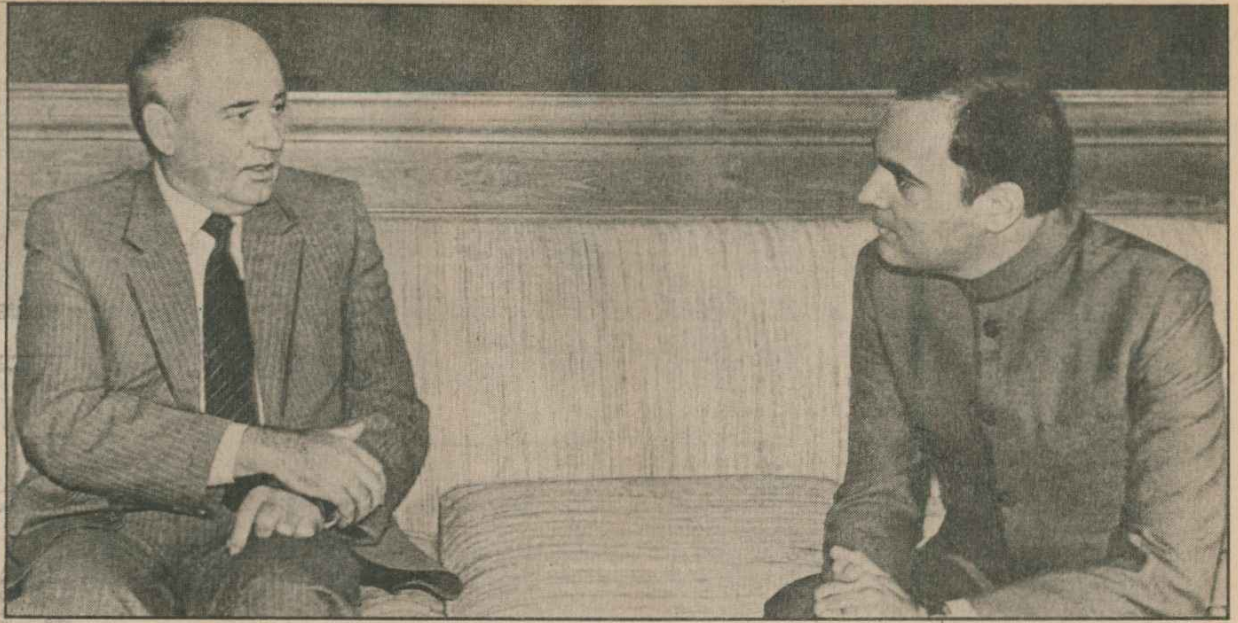
EIN ZWEITES NÜRNBERG?

Über die Lehren des vor 40
Jahren beendeten Prozesses
stellt Lew Besymenski eine
Betrachtung an

S. 9

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
(Verantw. Sekretär), A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW



DIALOG IN DELHI

Der Hauptverwalter des indischen Parlaments, Mr. Prabakhar, hat nur entfernt etwas mit der großen Politik zu tun. Doch als Anfang Oktober auf seine Anweisung hin in der Zentralen Halle — einem beeindruckenden Saal, wo sich beide Kammern des höchsten Gesetzgebungsorgans des Landes versammeln, — die Reparaturarbeiten begannen, nahmen hiesige Reporter diese Anweisung als Signal von großer politischer Bedeutung auf. Erfolgen ja gemeinsame Sitzungen sehr selten — wenn die Parlamentarströbne einem ausländischen führenden Repräsentanten überlassen wird, dem Indien große Ehre erweisen will. Die Korrespondenten zogen den Schluß: Die Gerüchte von einem möglichen Besuch Michail Gorbatschows in Indien, die in der Hauptstadt kursierten, werden greifbar, die Vorbereitung auf den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU hat begonnen.

Obrigens begann sie viel früher, und die von dem Hauptverwalter des Parlaments geleistete Arbeit ist nur ein kleiner Teil der Anstrengungen, die beide Seiten zur Vorbereitung des Besuches unternahmen. Politische Konsultationen auf verschiedener Ebene, die Formulierung von Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit und die Bestimmung der Aussichten für die Handelsbeziehungen — eben dem waren in den letzten Monaten und Wochen die gegenseitigen Reisen von mehr als 20 Delegationen gewidmet. Der bekannte Delhieser Kommentator G. K. Reddi hebt hervor: Eine so gründliche und allumfassende Vorbereitung auf Gipfelgespräche hat die indische Hauptstadt noch nicht erlebt.

Der Leiter der Abteilung für die Länder Osteuropas des Außenministeriums Indiens, Yogesh Tewari, antwortete so auf unsere Frage nach den Besonderheiten des jetzigen Besuchs:

"Zwischen den führenden Repräsentanten unserer Länder haben sich Beziehungen des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses herausgebildet. Beide Leader treten für Neuheiten, für einen radikalen Umbau in ihren Ländern ein. Wir wissen, daß sich in der Sowjetunion Veränderungen von großer Bedeutung vollziehen, die Ihr Land an die Schwelle einer fürwahr neuen Ära bringen werden. Träger dieser progressiven Tendenzen ist Mr. Gorbatschow. Ohne die Lage in unseren Staaten vergleichen zu wollen, möchte ich sagen, daß auch unser Premierminister Rajiv Gandhi für radikale Veränderungen in Indien, für dessen Modernisierung eintritt. Er tut alles, damit Indien erneuert in das 21. Jh. tritt."

"Auf Indien macht großen Eindruck, wie Mr. Gorbatschow die Welt sieht: frei von Atomwaffen", fährt unser Gesprächspartner fort. "Indien seinerseits tritt engagiert für Frieden und Abrüstung, vor allem nukleare Abrüstung, ein. Und wenn die beiden Staaten, in denen über eine Milliarde Menschen leben, für einen dauerhaften, zuverlässigen Frieden gemeinsam kämpfen und sich zu den internationalen Grundfragen auf der gleichen Wellenlänge äußern, dann ist das ein gewichtiger Faktor der Weltpolitik. Sehr wichtig ist es gerade jetzt, diesen Faktor noch weiter zu aktivieren."

Ebendas liefert den Schlüssel zum Verständnis des wohl wichtigsten Aspek-

tes des Besuches Michail Gorbatschows in Indien, in einem Land, das zu den allgemein anerkannten Führern der Bewegung der Nichtpaktgebundenen gehört. Ja, er erfolgt in einem für die Welt verantwortungsvollen Augenblick, da in den USA, ja überhaupt in den NATO-Ländern versucht wird, die Ergebnisse von Reykjavik zu revidieren und zu den Zeiten des kalten Krieges mit allen möglichen Folgen zurückzukehren. Die Menschen überall aber, darunter auch hier, in Indien, setzten in die Verhandlungen in Reykjavik Hoffnungen auf eine sichere Welt, auf eine Welt ohne Berge von Waffen und ohne die drohende Selbstvernichtung. Das läßt verstehen, daß die Verwirklichung des in den von der Sowjetunion unterbreiteten Vorschlägen angelegten Potentials, die Welt bis zum Jahre 2000 von den Nuklearwaffen zu befreien, von den Anstrengungen, der Beharrlichkeit aller Staaten, wo sie geographisch auch gelegen sein mögen, abhängt. Und das große asiatische Land Indien ist bereit, zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Das versicherte uns Romesh Bhandari, Leiter der internationalen Abteilung, des Führungsorgans der Regierungspartei — des Allindischen Komitees des Indischen Nationalkongresses (1).

"Reagans 'Sternenkriege'", sagte R. Bhandari, "wurden zu einem Hindernis für Vereinbarungen epochaler Bedeutung in Reykjavik. Doch die historischen sowjetischen Vorschläge wurden nicht zurückgezogen. Und das gibt den Völkern aller Länder, darunter der asiatischen, neue Hoffnung. Indien wird mit der Sowjetunion bei den beharrlichen Bemühungen zusammenwirken, die Welt

vor der Nuklearkriegsgefahr zu retten und ein nukleares Inferno zu verhindern."

Zusammenwirken... Die gesamte Geschichte der gemeinsamen oder parallelen Friedensaktionen beider Staaten, der sowjetisch-indische Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit schufen für ein solches Zusammenwirken ein festes Fundament.

Gefestigt wird es nicht nur von den Regierungen unserer beiden Länder, sondern von Millionen und Abermillionen sowjetischer Menschen und Indern, für die der Friedenskampf zu einem ureigenen Anliegen wurde.

Hier engagiert sich auch Praveena, eine indische Schülerin der 8. Klasse aus Guntur (Unionsstaat Andhra-Pradesh). Das 14jährige Mädchen schrieb an Rajiv Gandhi und Michail Gorbatschow. "Wenn überall eine solche Freundschaft wäre wie zwischen unseren Ländern, würden meine Träume Wirklichkeit werden. Wir alle wollen in die Schule gehen, lernen, spielen und glücklich sein. Wir wollen nicht, daß unsere Schulen zerstört werden und unsere Bücher im Feuer eines entsetzlichen Nuklearkrieges verbrennen." Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi antworteten der Schülerin aus Guntur. Der Sinn der Antworten war der gleiche: Beide Führer werden keine Anstrengungen scheuen, damit Praveena und ihre Altersgefährten aufwachsen, lernen, leben und gute Werke auf einer friedlichen Erde tun können.

Allgemein bekannt sind die vielen Friedensinitiativen der sowjetischen Führung. Es gibt die bekannte Antinuklear-Initiative der "Sechs von Delhi", zu der auch Indien gehört. Und es gibt die Friedensinitiative einfacher Menschen, als deren symbolische Vertreterinnen die kleine Amerikanerin Samantha Smith und die sowjetische Schülerin Katja Lytschowa auftraten. Jetzt wurde diese Initiative in Asien von der indischen Schülerin Praveena aufgegriffen.

Die Welt ist unteilbar. Eine Krankheit in einem ihrer Teile, sagte seinerzeit der große indische Denker und Politiker Mahatma Gandhi, wirkt sich auf die anderen aus. Die Viren ungeregelter



Auf einem Platz der indischen Hauptstadt, dem Connaught Place

territorialer Streiffragen, die blutenden Wunden bewaffneter Konflikte, das Fieber des lokalen, meist von außen hineingetragenen, Wettrüstens — das ist die Diagnose der Lage, die sich im asiatisch-pazifischen Raum herausgebildet hat, zu dem sowohl Indien als auch die Sowjetunion gehören. In seiner Rede von Wladiwostok legte Michail Gorbatschow ein umfassendes konstruktives Programm für die Sicherheit und die Entwicklung der allseits vorteilhaften Zusammenarbeit in diesem Teil der Erde vor.

Wie ist die Haltung Delhis dazu? Y. Tewari betonte, daß in der Rede von Wladiwostok "sehr wichtige Momente" enthalten sind, die von der Regierung Indiens aufmerksam studiert werden. Er vertrat die Auffassung, daß die Lage im asiatisch-pazifischen Raum komplizierter ist als in Europa. Hier gibt es sehr viele Länder mit alten, bisweilen widersprüchlichen Traditionen, eine Vielzahl von lokalen Konflikten, von langjährigen Gebietsstreitigkeiten. Doch, wie er zum Schluß betonte, "insgesamt sind wir Optimisten".

Auch in der Sowjetunion versteht man, daß die Herstellung neuer internationaler Beziehungen in Asien keine einfache, sondern eine schwierige Aufgabe ist. Doch ein solcher Prozeß ist erforderlich. Und wichtig ist, daß er schnellstmöglich beginnt. Die indische Öffentlichkeit tut

viel dafür. Je näher der Besuch Michail Gorbatschows rückte, desto häufiger wurden in der Hauptstadt und in anderen Städten Konferenzen, Seminare, Symposien und Rundtischgespräche mit Themen durchgeführt wie: "Reykjavik und der Frieden in Asien", "Wie Jawaharlal Nehru den Frieden und die Sicherheit im Nuklearzeitalter sah — die asiatische Dimension" und "Gegen die 'Sternenkriege' — der asiatische Standpunkt". An einer der Diskussionen nahm P. N. Haksar, die bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, seinerzeit politischer Berater Indira Gandhis teil. Wie aus Journalistenkreisen bekannt wurde, gehört er zu der Sonderberatungsgruppe für die Gespräche mit Michail Gorbatschow. Um so größer ist die von Mr. Haksar uns gegenüber geäußerte Meinung von der Bedeutung der Thesen der Wladiwostoker Rede Michail Gorbatschows für Asien.

"Die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum sind im breiteren Kontext der sowjetischen Initiativen für Weltfrieden und Abrüstung zu sehen. Auch unsere Region ist in das Wettrüsten hineingezogen. Eben deshalb ist es wichtig, daß die Öffentlichkeit Indiens ebenso wie die der anderen asiatischen und pazifischen Länder baldmöglichst eine offene und objektive Erörterung der Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Asien und im Pazifikraum beginnt."

In gewissen indischen Kreisen, bemerken wir, wird behauptet, wenn Indien vorbehaltlos die sowjetischen Vorschläge von Wladiwostok unterstützt, bedeute dies, daß sich Delhi von Moskau gängeln läßt.

"Eine völlig falsche Voraussetzung", entgegnet P. N. Haksar. "Gerade auf Initiative Indiens, seines ersten Premierministers Jawaharlal Nehru, fand bereits 1947 in Delhi eine Konferenz zu Fragen der Beziehungen in Asien statt. Und gerade dort wurde erstmals die Idee gemeinsamer Anstrengungen der asiatischen Länder im Interesse ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit unterbreitet."

"NEUE ZEIT" 82 48.86



Der sowjetische Ingenieur A. Semjonow (rechts) und sein indischer Kollege S. Bhattacharya arbeiten gemeinsam am Martinofen des Hüttenkombinats Bhilai

Foto: TASS

Wie man in Regierungskreisen Indiens meint, könnte die Zone der sieben Teilnehmerländer der vor etwa einem Jahr gebildeten Südasiaten Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) zu einem Glied oder einer Komponente des Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien und im Pazifik werden. Ihr gehören Bangladesh, Butan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka an. Am 16. und 17. November fand in der indischen Stadt Bangalore die zweite SAARC-Konferenz auf der Ebene der Staats- bzw. Regierungschefs statt. In der Erklärung von Bangalore riefen die Führer der sieben Länder Südasien zur völligen Beseitigung der Nuklearwaffen und als ersten Schritt dazu zum schnellstmöglichen Abschluß eines Abkommens über ein Verbot der Kerntests auf. Sie wandten sich gegen äußere Einmischung in die Angelegenheiten der Region, was im Widerspruch zu den Interessen des Friedens und der Entwicklung in der Zone der südasiaten Sieben steht.

Unterdes verschlechtert gerade die äußere Einmischung ernstlich die Lage in der SAARC-Zone. Die US-Waffenlieferungen an Pakistan, die jegliche Verteidigungserfordernisse überschreiten, gehen weiter, und erst vor kurzem wurde bekanntgegeben, die USA wollten Islamabad Flugzeuge, die mit dem AWACS-Frühwarnsystem ausgerüstet sind, übergeben. Mit ihrer Hilfe wird Pakistan (und nicht nur dieses Land, da die Besatzungen "in der ersten Zeit" aus Amerikanern bestehen werden) einen Großteil des indischen Territoriums kontrollieren können. Meldungen tauchten auf, in Pakistan werde eine Zündvorrichtung für eine Atombombe erprobt. All das ruft wachsende Besorgnis im benachbarten Indien hervor.

"Michail Gorbatschows Eintreffen am 25. November in Delhi", sagte uns der namhafte Publizist Girish Mathur, "ist nicht nur ein weiterer Besuch des guten Willens. Angesichts der jähren Zuspitzung der Lage um Indien bis hin zu den nichtendenden Versuchen, das Land zu zerstücken, wird dieser Besuch fürwahr zu einem Meilenstein in der Geschichte unserer Beziehungen zur Sowjetunion. Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR waren historisch stets die Gewähr für die Unabhängigkeit Indiens, eine der Bedingungen für seine Selbstständigkeit in den Beziehungen zum Westen."

Wie wurde diese Selbstständigkeit be-

hauptet? Nicht zuletzt durch die Schaffung einer eigenen nationalen staatlichen Produktionsbasis. Und dabei leistet die Sowjetunion Indien schon ca. 30 Jahre, beginnend mit dem Hüttenkomplex von Bhilai, der, wie sich Indira Gandhi ausdrückte, zum "Symbol unseres Vormarsches zur Selbstversorgung" wurde, wirtschaftliche und technische Hilfe. Auf der industriellen Karte des großen asiatischen Landes tauchen immer mehr

Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit auf. Eisen- und NE-Metallurgie, Schwermaschinenbau, Energie-maschinenbau und Förderanlagen, Kraftwerke und Kohlebergwerke, Erdöl-raffinerien und Betriebe anderen Profils... In Bombay besuchen wir die Firma Parikh Petro Chemicals Agencies, die sich mit der Koordinierung der Öleinfuhr aus der UdSSR befaßt. Ihr Direktor, Sunil Parikh, erinnerte sich, daß der erste mit Dieselöl beladene sowjetische Tanker 1960 eintraf. Seitdem gelangen Ölprodukte und Rohöl regelmäßig an die Indian Oil Corp., die zum größten Unternehmen des staatlichen Sektors Indiens wurde. Zudem erfolgt, wie das im gesamten

gen, die heute Dienst haben, befördern mit Schiffskränen schwere Frachten auf den Kai. Es handelt sich um diverse Metallkonstruktionen, Anlagen und Zusatzteile, die dann an einige Adressaten gehen. Sie sind für das gleichfalls mit sowjetischer Unterstützung entstehende Wärmekraftwerk Windhyachal und die von ihm zu verlegende 400 km lange Hochspannungsleitung, für das sich im Ausbau befindliche Hüttenwerk in Bokaro und für die Schwermaschinenfabrik in Rantchi bestimmt.

Nachdem alles ausgeladen ist, wird die "Babuschkina" große Partien Tee (Kalkutta ist die Teemetropole Indiens), Jute und Metallerzeugnisse indischer

"Ich bezweifle nicht, daß die Fortsetzung des Dialogs hier in Delhi den vielgestaltigen sowjetisch-indischen Beziehungen noch mehr Dynamik verleihen und die Rolle des Zusammenwirkens unserer beiden großen Staaten als eines Faktors der Weltpolitik, als eines Faktors des Friedens und der allgemeinen Sicherheit noch weiter heben wird."

Aus Michail Gorbatschows Rede in Delhi

sowjetisch-indischen Handel üblich ist, die Abrechnung in Rupien, was Indien hilft, die so dringend benötigten "harten" Devisen einzusparen. Und niemand sonst, sagte der Geschäftsmann, verkauft uns Öl zu solchen Bedingungen.

"Und für Ihre Firma ist das ein vorteilhaftes Geschäft?"

"Natürlich. Es verbindet sich mit dem Bewußtsein dessen, daß enge Kontakte mit der UdSSR zum Fortschritt unseres Landes beitragen."

Als wir in den Hafen von Bombay kamen, legte dort gerade das Motorschiff "Korssun-Schewtschenkowski" an. Es sollte Güter mitnehmen, die die UdSSR bei indischen Firmen gekauft hatte. Die indischen Hafenarbeiter luden verschiedenfarbige Container an Deck.

"Was nehmt ihr nach Hause mit?", fragen wir den 1. Offizier W. Sawinkow.

"Textilien und Textilerzeugnisse, Farben, Arzneimittel und Kosmetika. In zwei Wochen wird alles in Odessa sein", antwortete er.

An der gegenüberliegenden Küste Indiens, an einem Kai des Hafens von Kalkutta, trafen wir ein anderes sowjetisches Schiff — den Universalfrachter "Babuschkina". Er hatte bereits andere Häfen Ostindiens angelaufen — Madras und Wishakhapatnam. In letzteren z. B. hatte er verschiedene tonnenschwere Anlagen für das dort mit sowjetischer Unterstützung entstehende Hüttenkombinat gebracht.

... Sonntag. Ein Teil der Schiffsbesatzung ist in die Stadt zu einer Vorstellung des sowjetischen Zirkus gefahren. Die Eintrittskarten waren nur schwer zu bekommen — die Einwohner von Kalkutta hatten sich schon lange vor Beginn des Gastspiels Plätze gesichert. Diejeni-

gen, die heute Dienst haben, befördern ebenfalls Kurs auf Odessa halten.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen UdSSR-Indien sind für beide Partner von großem Nutzen. Doch die Interessen beider Seiten verlangen eine ständige Suche nach neuen Möglichkeiten für die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen, neue Formen. Um so mehr, da bisweilen einige kommerzielle Probleme, eine gewisse Unausgeglichenheit der Ein- und Ausfuhr entstehen (heute vor allem wegen der gefallen Ölpreise).

Ebendeshalb wurde Mitte November in Delhi nach sorgfältiger Vorbereitung ein Handelsprotokoll für 1987 unterzeichnet, das die Einfuhr einiger neuer Waren nach Indien vorsieht — insbesondere von Chemieprodukten und Kokskohle. Auch andere Einfuhren werden zunehmen.

... Indien bereitete Michail Gorbatschow einen überaus herzlichen Empfang. Es ist überzeugt, daß das neue indisch-sowjetische Treffen auf höchster Ebene das Zusammenwirken unserer Länder und Völker in allen Bereichen — in Politik, Handel und Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur u. a. — noch weiter intensivieren wird. In politischen Kreisen und in der Öffentlichkeit Indiens weiß man, daß für die Sowjetunion die Beziehungen zu Indien von grundsätzlicher Bedeutung sind, einen großen eigenständigen Wert haben und keinerlei Schwankungen oder äußeren Umständen ausgesetzt sind.

**Leonid SHEGALOW,
Alexander USWATOW
NZ-Sonderkorrespondenten**

Bombay-Kalkutta-Delhi

WIR SUCHEN KEINE EINSEITIGEN VORTEILE

Marschall der Sowjetunion, S. Achromejew,

Erster Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR,
Generalstabschef, antwortete auf Fragen des Korresponden-
ten der Zeitschrift "Stern" (BRD)

Herr Marschall, die Hoffnungen des Gipfeltreffens von Reykjavik sind rasch verfliegen. Die Amerikaner beharren auf ihren SDI-Plänen und lehnen auch einen Atomteststopp ab. Wird die UdSSR trotzdem an ihren Abrüstungsinitiativen festhalten?

Die auf die Reduzierung und Beseitigung der Kernwaffen gerichtete Tätigkeit der Sowjetunion ist eine der Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik. Wir suchen dabei für uns keine einseitigen Vorteile. In Reykjavik hat die UdSSR in einer Reihe von Fragen Zugeständnisse gemacht, um die USA auf den Weg zu ähnlichen Schritten und zu echter Abrüstung zu bewegen. Aber die USA rennen weiterhin hinter dem Gespenst militärischer Überlegenheit über die UdSSR her, und das hat mögliche Vereinbarungen in Reykjavik vereitelt. Die UdSSR ist überzeugt, daß es möglich ist, zuerst die Reduzierung und dann die Beseitigung der Kernwaffen auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu erreichen.

Meinen Sie mit der zukünftigen USA-Administration oder auch mit der Regierung Reagan?

Ich bin Militär - und Sie stellen mir eine rein politische Frage. Die Verhandlungen mit der Reagan-Administration in Genf fallen der sowjetischen Delegation nicht leicht, trotzdem schließen wir die Vereinbarungen nicht aus, aber nur auf der Grundlage der Gleichheit, wenn die USA-Administration dazu den Willen zeigt. In zwei Jahren kommt eine andere Administration an die Macht. Man kann heute nicht sagen, wie ihre Politik sein wird.

Sie lassen sich also auf keinen Fall von den USA entmutigen?

Unsere Politik ist und bleibt so, wie sie der XXVII. Parteitag der KPdSU

bestimmt hat. Das ist eine langfristige Politik der Sowjetunion im Kampf für den Frieden und die nukleare Abrüstung.

Seit Gorbatschow Generalsekretär wurde, ist die Sowjetunion von vielen Positionen abgerückt, die jahrelang Verhandlungen über Atomabrüstung mit den USA blockiert hatten. Ist eine solche flexible Haltung nicht auch bei SDI möglich?

Wir haben nie Verhandlungen blockiert. Wir haben nach Vereinbarungen gestrebt und sie in der Vergangenheit mit den USA auf der Grundlage der gleichen Sicherheit erreicht. Nur Zugeständnisse von beiden Seiten haben es möglich gemacht, in den 70er Jahren bedeutende Vereinbarungen wie den ABM-Vertrag, das Zeitweilige Abkommen SALT-1 sowie SALT-2 abzuschließen. Die UdSSR-Vorschläge in Reykjavik haben den radikalen Abbau von Kernwaffen möglich gemacht. Was haben aber die USA vorgeschlagen? Nichts. Wenn wir Konzessionen im Bereich der strategischen und der Mittelstreckenwaffen gemacht haben, hätten die USA mit Zugeständnissen bei Weltraumwaffen antworten sollen. SDI ist ein Programm der Entwicklung und Stationierung von Angriffswaffen im Weltraum. Das würde eine starke Destabilisierung der Weltlage verursachen. Deshalb kann die Sowjetunion ihre Positionen gegenüber SDI nicht ändern. Man kann nicht das Wettrüsten auf der Erde beenden und zugleich im Weltall entfalten.

Warum hofft die UdSSR eigentlich auf eine globale Lösung in 10 oder 20 Jahren, obwohl bisher immer nur sehr bescheidene Abrüstungserfolge erzielt worden sind?

Es stimmt nicht, daß wir bisher nur bescheidene Erfolge erzielt hätten.

Nachdem wir Anfang der 70er Jahre das militärische Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion, der NATO und dem Warschauer Vertrag, erreicht hatten, wurden der ABM-Vertrag und die SALT-Vereinbarungen unterzeichnet. Damit wurde das Wettrüsten gebremst und begrenzt. Reykjavik seinerseits hat gezeigt: Vereinbarungen über einen radikalen Abbau der Nuklearpotentiale sind möglich. Was soll also an unseren Vorschlägen unrealistisch sein? Präsident Reagan ist auf die Vorschläge M. Gorbatschows über die Beseitigung strategischer Atomrüstungen innerhalb von 10 Jahren eingegangen. Einziges Hindernis ist das amerikanische "Sternenkriegs"-Programm. Alle Völker der Welt wollen das Wettrüsten im All verhindern, selbst das amerikanische Volk. Nur der Militär-Industrie-Komplex und die einflußreichen reaktionären Kreise in den USA ignorieren das.

Also haben wir eine Patt-Situation!

Wenn die USA auf die Vorschläge und Konzessionen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernwaffen mit keinen positiven Vorschlägen kommen und das SDI-Programm fortsetzen, dann sehe ich keine Möglichkeit, bei den Abrüstungsverhandlungen mit den USA voranzukommen. Jetzt sind die USA an der Reihe, eine Antwort zu geben.

Die sowjetische Position beruht auf dem Prinzip „Alles oder nichts“. Als Ergebnis könnte „nichts“ herauskommen. Warum ist es nicht möglich, SDI auszuklammern und Schritt für Schritt vorzugehen?

Sie legen unsere Position falsch dar. Wir lehnen das Prinzip „Alles oder nichts“ ab. Unser Programm der Beseitigung von Kernwaffen hat drei Etappen, d. h. sieht vor, bei der Lösung des nuklearen Problems Schritt für Schritt vorzugehen. In Reykjavik war die UdSSR doch zu recht bedeutenden Zugestän-

ständnissen bereit, um eine radikale Lösung dieses Problems herbeizuführen. Wir haben z. B. vorgeschlagen: einen 50prozentigen Abbau der strategischen Angriffswaffen ohne Berücksichtigung der vorgeschobenen nuklearen US-Systeme; vollständige Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa ohne Berücksichtigung der britischen und der französischen Kernwaffen. Wir haben diesen für uns nicht einfachen Beschluß gefaßt. Das Paket der sowjetischen Vorschläge, das die vollständige Beseitigung der strategischen Angriffswaffen, entsprechende Maßnahmen zur Festigung des ABM-Vertrages, die Beseitigung der Mittelstreckenraketen und das vollständige Verbot von Kernwaffentests beinhaltet, ist ein Komplex der zusammenwirkenden Interessen, der Konzessionen beider Seiten. Nähme man aus dem Paket auch nur einen Vorschlag heraus, würde das militärische Gleichgewicht zugunsten der NATO verändert. Die USA wollen nur unsere Zugeständnisse herausnehmen und nichts dafür geben. Darauf lassen wir uns nicht ein. Die Sowjetunion ist bereit, bei den Verhandlungen alle Fragen zu erörtern, Vereinbarungen durchzuarbeiten, aber ihr Inkrafttreten ist nur als Paket möglich. Wie M. Gorbatschow betonte: „Wird es kein Paket geben, so wird es auch keine Zugeständnisse geben.“

Viele Menschen glauben, daß SDI nie funktionieren kann, sondern nur ein Schachzug der Amerikaner ist, um mehr zu erreichen.

Sehen Sie, ich bin Militärpraktiker, kein Gelehrter. Wenn ein Land ein Anti-Raketen-System gegen eine bestimmte Anzahl von strategischen Gefechtsköpfen (z. B. 6000) aufbaut, dann wäre es im Falle, daß dieses System seine Aufgaben mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit erfüllt, vielleicht auch aufzubauen. Aber die andere Seite kann es wertlos machen, indem sie entsprechende Gegenmaßnahmen trifft.

Einige westliche Politiker sehen Gorbatschows Abrüstungsvorschläge als Beweis dafür, daß nur eine „Politik der Stärke“ die UdSSR an den Verhandlungstisch zwingt...

Das ist eine bewußt geplante Unwahrheit, eine Desinformation. Das Treffen in Reykjavik hat auf Initiative der Sowjetunion stattgefunden. Für das Scheitern der Vereinbarungen sind die USA verantwortlich. Die ganze Welt kann heute erkennen, wer den Prozeß in Reykjavik in Wirklichkeit unterminiert hat. Die USA wollen nun Weltraumangriffswaffen entwickeln und stationieren, um uns in militärischer Hinsicht überlegen zu sein. Aber SDI wird den USA nichts nützen, denn auf ihr Programm der „Sternenkriege“ wird es eine entsprechende sowjetische Antwort geben.

Wie sieht die aus?

„NEUE ZEIT“ 48.86

Jeder gebildete Mensch, auch wenn er kein Militärfachmann ist, versteht, daß es keine absolute Waffe gibt. Jede Wirkung hat ihre Gegenwirkung, für jedes System kann man ein Gegensystem schaffen. Es ist sehr schwer oder gar unmöglich, ein zuverlässiges Anti-Raketen-System für ein Land aufzubauen, wenn man nicht weiß, was der vermutliche Gegner unternehmen wird: ob er seine strategischen Waffen ausbaut oder qualitativ perfektioniert, ob er die Gefechtsköpfe auf verschiedenen hohen ballistischen Bahnen fliegen läßt oder sie in höherem Maße sichert. Wird also keine Vereinbarung über das Verbot für die Aufstellung der Anti-Raketen-Verteidigung des Landes erreicht, so wird es auch keine Vereinbarung über den Abbau oder über eine Begrenzung der strategischen Angriffswaffen geben. In der USA-Administration gibt es gebildete und erfahrene Menschen. Sie verstehen das offenbar. Aber diese Administration verfolgt wohl andere Ziele, die es ihr nicht erlauben, auf SDI zu verzichten.

Sie erforschen doch auch Möglichkeiten zur militärischen Nutzung des Weltraums. Wie weit sind Sie damit?

Wir forschen nicht auf dem Gebiet der Stationierung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum. Wir beschäftigen uns vielmehr damit, die Warnsysteme vor einem Raketenkernwaffen-Überfall, die Kontrolle, die Nachrichtenmittel und die Navigationssatelliten sowie die bodengestützte Raketenabwehr in dem vom ABM-Vertrag erlaubten Rahmen zu verbessern. Wir halten uns dabei strikt an seine Bestimmungen.

Wie begründen Sie denn Ihre Ansicht, daß die Strategische Verteidigungsinitiative der USA in Wirklichkeit ein Angriffssystem ist?

Erstens gehören die vom SDI-Programm vorgesehenen Rüstungen - Laser-, Teilchenwaffen, elektromagnetische Kanonen, Zielsuchraketen - zu den Angriffswaffen. Mit diesen Waffen hoffen die USA die raumgestützten Frühwarnsysteme gegen einen Kernwaffenschlag auszuschalten, um die andere Seite zu „blenden“, taub und stumm zu machen, zu überraschen und ihr die Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen zu nehmen. Zweitens können diese Mittel mit ihrer Reichweite von 4000-5000 km Objekte auf der Erde und auf der See vernichten. Diese Waffen verstärken das Angriffspotential und die Fähigkeit zum Erstschat in der Hoffnung, ungestraft davonzukommen. Deshalb ist SDI eine Angriffswaffe.

Also doch Furcht vor SDI!

Nein, das ist keine Angst. Wir haben die Möglichkeit, eine sichere Gegenwirkung zu schaffen, und sie wird billiger als SDI sein. Aber Sie sehen doch, wohin uns die USA führen? Zu einem unendlichen und unkontrollierbaren Wettrüsten. Wem nützt denn das? Es nützt der UdSSR nicht, aber gleichzeitig

nützt es auch den meisten Ländern der Welt nicht.

Warum!

Hier werden bestimmte Absichten verfolgt: die Sowjetunion durch Wettrüsten in ständiger Spannung zu halten und unsere aufgestellten sozialen und wirtschaftlichen Pläne zu stören.

Ist es nicht so, daß die UdSSR befürchtet, die USA könnten durch die SDI-Forschung ähnlich wie beim Mondlande-Programm einen technologischen Schub bekommen, der sie uneinholbar macht?

Dazu ist kein Wettrüsten notwendig. War die Sowjetunion etwa gegen das Mondlande-Programm? Wir sind damals nur einen anderen Weg gegangen. Wir haben vollautomatisierte Sonden auf den Mond gebracht, keine Menschen. Heute schlagen wir, als Gegengewicht zu SDI, eine internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Erschließung des Weltraums vor. Das schafft große Möglichkeiten zur Anwendung der neuesten Technologie sowohl im Weltraum als auch auf der Erde. Wir sind sowohl zu einem Wettlauf als auch zu einer Zusammenarbeit im friedlichen Weltraum bereit.

Eine rein militärische Frage: Können Sie sagen, auf wieviel Prozent sich das Nuklearpotential verringern ließe, damit die Chance zu einem Vergeltungsschlag verlorengehe?

Sie stellen eine schwierige Frage.

Reichen 10 oder 20 Prozent?

Die Militärexperten, die sich mit dieser Frage beschäftigen, gehen davon aus, was die Seiten heute haben. Beide Seiten sind doch zu einer Vereinbarung über eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Angriffswaffen gekommen. Also würde dieser Umfang wohl die Sicherheit beider Seiten garantieren. Wenn man über geringere Zahlen spricht, müssen dann andere Systeme - die Kernwaffen mittlerer Reichweite und die amerikanischen vorgeschobenen Systeme in Europa - ebenfalls reduziert werden. Nur so kann man den beiden Seiten gleiche Sicherheit gewährleisten.

Aber bei 50 Prozent bliebe ein zu großes Bedrohungspotential!

Natürlich. Deshalb schlägt die Sowjetunion ja vor, die Kernwaffen vollständig zu vernichten.

Sie haben gesagt, wenn es bei SDI bleibt, wird es keine Übereinkunft für Mittel- und Kurzstreckenwaffen geben. Das ist ja besonders für uns Westeuropäer eine sehr traurige Situation.

Das stimmt nicht ganz. Ich habe gesagt, daß eine Vereinbarung über Mittelstreckenraketen getrennt vom Paket nicht zustande kommen kann, aber nicht, daß eine Vereinbarung über die Raketen mit Reichweiten bis zu 1000 km unmöglich wäre. Wenn die NATO den Vorschlägen des Warschauer Vertrags, Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen

Rüstungen in Europa aufzunehmen, zu- stimmt, könnte man bei künftigen Ver- handlungen auch eine Reduzierung der operativ-taktischen Kernwaffen, d. h. der Raketen mit Reichweiten bis zu 1000 km, der taktischen kernwaffentragenden Flugzeuge und der Kernwaffenartillerie, erörtern.

Seit August 1985 hat die Sowjetunion keine Atomversuche mehr unternommen. Was geschieht, wenn dieses einseitige Moratorium am 1. Januar 1987 ausläuft?

Das Verbot von Atomversuchen hat eine politische und eine militärische Seite. Politisch wurde unser Moratorium zu einem Prüfstein für die Aufrichtigkeit dieses oder jenes Landes in der Abrüstung. Die amerikanische Admini- stration hat diese politische Reifeprüfung nicht bestanden. Sie setzt stur ihre Nukleartests fort. Aber Nukleartests haben auch etwas mit dem militärischen Gleichgewicht in der Welt zu tun.

Wird es also wieder sowjetische Tests geben?

Die USA haben während unseres Moratoriums 23 Kernexplosionen vorge- nommen. Für uns ist es nicht einfach, anderthalb Jahre darauf zu verzichten. Wir verstehen es jedoch als eine not- wendige politische Maßnahme, und wir sind uns in dieser Meinung einig. Die Militärs analysieren die Handlungen der USA genau und tun alles, damit unsere politische Führung über die Situation auf dem laufenden ist und sie richtig einschätzt. Das zu entscheiden, was nach dem 1. Januar 1987 zu tun ist, ist das Recht der Sowjetregierung. Wenn die USA mit ihren Nuklearexplosionen auf- hörten, könnte das Moratorium noch verlängert werden. Jede unserer Abrüstungsmaßnahmen, so auch diese, hat ihre Grenzen, und sie werden durch unsere Sicherheitsinteressen und die unserer Verbündeten bestimmt.

Abrüstung setzt auch Vertrauen voraus. Wie aber soll Vertrauen entstehen, wenn die Sowjetunion in ihrer Tradition der Geheimhaltung sogar Bevölkerungsstatistiken verheimlicht?

Wenn es um Vertrauen geht, stellt die Sowjetunion alle notwendigen Informa- tionen im angeforderten Umfang zur Verfügung. So war es z. B. mit den Angaben über die strategische Rüstung, über Mittelstreckensysteme und Raketen- tests. Bei den SS-20 haben wir nicht nur Zahlen genannt, sondern auch taktisch- technische Daten vorgelegt. Die Be- hauptungen über die Verschllossenheit der UdSSR auf militärischem Gebiet sind also grundlos. Was die anderen Gebiete betrifft, auch die Wirtschaft, so widerlegen unsere Presseinformationen, die Offenbarkeit, das Aufdecken von Unzulänglichkeiten und ihren Ursachen ebenfalls solche Behauptungen.

Im Sommer hat der US-Kongreß Präsident Reagan die Produktion neuer chemischer Waffen erlaubt. Gleichzeitig hat ein sowjetischer Unterhändler in

Genf erklärt, ein totales Verbot chemischer Waffen sei noch in diesem Jahr möglich. Was stimmt denn nun?

Für die Handlungen der US-Regierung bin ich nicht verantwortlich. Die USA beabsichtigen, wie man sieht, noch eine Schleuse des Wettrüstens - die che- mische - zu öffnen. Wir dagegen treten für das vollständige und allgemeine Verbot chemischer Waffen in der ganzen Welt, die Liquidierung der Vorräte und der Produktionsgrundlagen dazu ein. Dabei unterstützen wir auch Zwischenschritte: die Befreiung ganz Europas von C-Waffen, die Schaffung C-Waffen-freier Zonen in Nord- und Mitteleuropa sowie auf dem Balkan, die Nichtweitergabe von C-Waffen und das Verbot der Lagerung in anderen Län- dern. Wenn die USA und andere NATO-Länder das auch wollen, so wäre es möglich, eine entsprechende Konven- tion schon 1987 zu vereinbaren.

Zurück zu Reykjavik. Dieses Treffen war sicherlich ein historischer Moment. Ist er wiederholbar?

Wir glauben, daß Vereinbarungen möglich sind. All unsere Bemühungen sind darauf gerichtet. Wir sind keinen Zentimeter von dem abgewichen, was wir dort vorgeschlagen haben. Die amerikanische Seite aber sagt sich von vielem los, was bereits verabredet wurde. Bei den Verhandlungen war Präsi- dent Reagan einverstanden, im Laufe von zehn Jahren alle strategischen Waffen der Sowjetunion und der USA abzuschaf- fen. Jetzt sagen die Amerikaner einfach, nein, die ballistischen Raketen könne man abschaffen, aber nicht die Interkon- tinental-Bomber und die Marschflugkör- per. In Reykjavik hat Reagan etwas anderes gesagt.

Reykjavik bleibt somit die Basis, von der man weiterhin ausgehen muß!

Die Sowjetunion ist dieser Meinung.

Es gibt ja auch noch das Argument, man könne nicht zulassen, daß Westeu- ropa nach einer nuklearen Abrüstung dem konventionellen Übergewicht des Warschauer Paktes gegenübersteht - z. B. in Frankreich.

Warum Frankreich? Es gibt viele solche Politiker auch bei Ihnen in der BRD. Ich kann Ihnen dazu sagen: Das ist eine Unwahrheit, die die Menschen irreführen soll. Rein militärisch gesehen existiert heute in Europa ein annäherndes Gleichgewicht bei den kon- ventionellen Streitkräften und Rüstungen.

Nur gerade über dieses Problem - Truppenstärken - wird bei den Wiener MBFR-Verhandlungen seit über zehn Jahren gestritten.

Als diese Verhandlungen begonnen haben - sie werden schon seit 13 Jahren geführt -, haben beide Seiten die Lage wohl nicht ganz richtig eingeschätzt und auf dem Territorium Europas ein Quadrat ausgeklammert. Bei der NATO sind es die Streitkräfte des Blocks auf

dem Boden der BRD, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, auf der ande- ren Seite die Streitkräfte der DDR, Polens, der CSSR und die dort stationier- ten sowjetischen Streitkräfte. Heute sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß es vielleicht leichter wäre, das Problem der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen zu lösen, wenn man die Streitkräfte in ganz Europa vom Ural bis zum Atlantik in Betracht zieht.

Herr Marschall, eine Frage ganz abseits von Truppen und Waffen: Haben Sie eine Utopie darüber, wer von uns oder unseren Kindern eine friedliche Welt erleben wird?

Warum ist das eine Utopie? Wir sind Kommunisten und keine Utopisten. Wir sind Realisten, wir glauben an die Existenz einer Welt ohne Kernwaffen und wirken darauf hin. In den 50 Jahren meines bewußten Lebens ist das öf- fentliche Bewußtsein weit fortgeschritten. Die Meinung der Völker spielt heute eine unermesslich größere Rolle als früher. Und die Völker werden letztendlich die Abrüstungsgegner zwin- gen, zu einer Vereinbarung zu kommen und mit dem nuklearen Wettrüsten aufzuhören. Allerdings besteht die Ge- fahr, daß, bevor die Welt soweit ist, ein Krieg alles durchkreuzt. Deshalb arbeiten wir so beharrlich auf eine Welt ohne Kernwaffen hin.

Während es bei den Verhandlungen jetzt nicht vorangeht, droht sogar noch eine Verschlechterung im Abrüstungsbe- reich: Die Amerikaner werden voraus- sichtlich im nächsten Monat die im SALT-2-Vertrag vereinbarte Obergrenze bei Atombombern überschreiten, wenn die 131. B-52 mit nuklearen Marschflug- körpern ausgestattet wird. Was tun Sie dagegen?

Was heißt, was tun wir dagegen? Wenn die USA den SALT-2-Vertrag brechen, wird auch die Sowjetunion von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag frei sein.

SALT-2 würde dann nicht mehr gelten! Das ist doch kein einseitiger Vertrag, sondern ein zweiseitiger. Wenn eine Seite ihn bricht, hat die andere Seite keine Verpflichtungen mehr.

Sie sind für die Abschaffung aller Kernwaffen. Nun wird im Westen argu- mentiert, daß man auf jeden Fall ein kleines Atomarsenal behalten müsse, weil sonst irgendein verrückter Staatsmann in der dritten Welt die Supermächte mit Atomwaffen bedrohen könnte.

Ich beantworte das ganz kurz. Das ist doch eine Ausrede jener, die nicht abrü- sten und Kernwaffen nicht abschaffen wollen. Wenn Großmächte, die UdSSR, die USA, China, Großbritannien, Frankreich, ihre Kernpotentiale ver- nichten, werden sie auch Mittel finden, um andere Länder zu überzeugen, sich uns bei der Erreichung dieses edlen Ziels anzuschließen.

Ein zweites Nürnberg?

Lew BESYMENSKI

Das kam wahrscheinlich allen unerwartet. Auf der Moskauer Internationalen Konferenz unter dem Motto "Die Lehren von Nürnberg", zu der sich Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus mehr als 20 Ländern einfanden, teilten sich die Meinungen. Die eine, die übrigens durchaus überzeugend und begründet war, lautete, daß Nürnberg das rechtliche Fazit des zweiten Weltkriegs gewesen sei. Falls es aber zu einem dritten, einem thermonuklearen Krieg kommen sollte, dann würden ihn weder die Opfer der Aggression noch deren Urheber überleben, und es würde niemand da sein, den man irgendwo richten könnte. So drückte sich ein Konferenzteilnehmer aus. Nicht minder überzeugend und begründet war der andere Standpunkt, nämlich daß das Nürnberger Urteil rechtskräftig und aktuell bleibe. Folglich habe man die Leute zu richten, die heute, ungeachtet der geschichtlichen Lehren, eine Politik der Aggression, des Rassismus und Militarismus betreiben. Hierfür wurden mehr als genug Beispiele angeführt.

Obzwar schlossen die beiden Standpunkte einander nicht aus. Der Leiter der Diskussion, Akademiemitglied Wladimir Kudrjawzew, konstatierte mit vollem Recht, niemand könne ein neues, ein "nachnukleares" Nürnberg herbeiführen. Es gebe einen geraden Weg, das zu vermeiden: Man müsse schon jetzt tatkräftig gegen die Kernkriegsgefahr ankämpfen, alle Länder müßten mit vereinten Kräften den Frieden festigen und für gleiche Sicherheit und eine Zusammenarbeit sorgen, die für alle Seiten von Vorteil wären. Nürnberg könne dafür unschätzbar sein. Anders gesagt brauche man, um Kriegsverbrecher und ihresgleichen zu richten, keinen dritten Weltkrieg abzuwarten.

Ich möchte hinzufügen: Reden wir nicht nur über ein zweites Nürnberg, sondern darüber, wie gefährlich es wäre, das erste Nürnberg zu vergessen.

Es liegt 40 Jahre zurück. Wir haben nicht vergessen, daß — kaum daß der Nürnberger Prozeß zu Ende war — das Nazigesindel in ein wütendes Geheul ausbrach. Die Weltgemeinschaft aber erhartete in Beschlüssen ihres höchsten Gremiums, der Organisation der Vereinten Nationen, das Nürnberger Recht und griff später wiederholt darauf zurück. Man braucht da nur an die kürzlichen Entschlüsse der UNO-Vollversammlung zu erinnern, die die Forderung enthielten, die Bestrafung der Nazikriegsverbrecher zu Ende zu führen, und in denen außerdem der Neofaschismus verurteilt worden ist.

Der Schwerpunkt in Nürnberg, dem unvergängliche geschichtliche Bedeutung beigemessen werden kann, war die nicht allein verbale, sondern völlig begründete Verurteilung der Aggression an sich. So wenig Zeit den Anklägern und Richtern auch zur Verfügung stand (der Prozeß begann ja einige Monate nach dem großen Sieg), vermochten sie es dennoch, den Aggressor anhand von Dokumenten und zugleich den Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion unumstößlich festzunageln. "Das war eine ausgesprochene Aggression", heißt es im Urteil, das hinter Goebbels' Lesart von einem "Präventivangriff" am 22. Juni 1941 drei Kreuze gesetzt zu haben schien.

Wohlgemerkt: schien! Die Realität hat die Gutgläubigen eines anderen belehrt. In den 40 Jahren haben wir gesehen, daß die Nazilegenden unaustilgbar sind. Wie

lange noch? Man hat uns oft gesagt: "Seien Sie unbesorgt, der Neonazismus ist eine Kleinigkeit, auf Unverbesserliche hört niemand. Die Zeit bringt Heilung, die allmächtige westliche Demokratie wird eine neue, anders denkende Generation hervorbringen."

Und doch! Vierzig Jahre nach Nürnberg stellt nicht irgendein Neonazi, sondern Dr. Joachim Hoffmann, Wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, der dafür zu sorgen hat, daß die Soldaten und Offiziere einer führenden Armee der NATO die Kriegsgeschichte recht verstehen, in der "Frankfurter Allgemeinen" in eigener Person die hanebüchene Behauptung auf, Hitlers Krieg gegen die UdSSR sei "präventiv" gewesen. Er beruft sich obendrein auf "sowjetische Veröffentlichungen und Akten"!

Die Nazilüge als offizielle Doktrin der Bundeswehr? Man könnte es noch verstehen, daß Herrn Hoffmann die antikomunistische Anschauung der NATO mehr bedeutet als die Wahrheit von Nürnberg. Obwohl er sich mit Geschichte befaßt, ist ihm das heutige Bestreben wichtiger, das Lügenmärchen von einer Aggressivität der UdSSR glaubhaft zu machen. Das kann aber tragische Folgen haben, wenn der jungen bundesdeutschen Generation derartige "Wahrheiten" eingetrichtert werden, dieser Generation, der ja die traurigen Erfahrungen der Beteiligung am Aggressionskrieg abgehen. Mehr noch, von namhaften Repräsentanten dieser Generation bekommt man so etwas wie Stolz darauf zu hören, daß sie so spät geboren und für die Fehler ihrer Väter nicht verantwortlich sind...

**"Weder Angeklagte
noch Richter werden
übrig sein"**

An der Zeit, wann jemand geboren ist, läßt sich nichts ändern, wohl aber an der Erziehung neuer Generationen anhand der geschichtlichen Wahrheit und ihren zuweilen bitteren Lehren. Was die politische Einstellung mancher jüngerer Bundesbürger angeht, so gibt sie zu denken. Ich will hier nicht von der Unverantwortlichkeit der Artikelschreiber reden, die die Bundeswehr zum Marsch gen Osten aufputschen. Sieht man sich einige verantwortliche Vertreter der Nachkriegsgeneration in Bonn an, dann muß man sich darüber wundern, wie so ein willkürliches Verhalten zur Geschichte und zu Fragen, die heute für den Frieden entscheidend sind, überhaupt möglich ist. Vor anderthalb Jahren hatten wir Anlaß dazu, als Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan auf dem SS-Friedhof in Bitburg eine "Geistesverwandtschaft" mit der Vergangenheit manifestierten. Und die jetzige jähre Verschärfung der antikomunistischen Einstellung der Partei des Bundeskanzlers im Wahlkampf? Sie spricht doch Bände!

In Bonn mag man das Wort Revanchismus nicht und ist

außer sich, wenn es beim Beurteilen gewisser Erscheinungen im politischen und öffentlichen Leben der BRD gebraucht wird. Ich sage ganz offen: Auch uns schmeckt der Revanchismus nicht, und es wäre viel besser, wenn kein Anlaß bestünde, ihn zu erwähnen. Nur die Sorge um den Frieden in Europa nötigt uns, unsere Besorgnis, die nicht nur die Grenzen Europas betrifft, laut werden zu lassen, wie es die Ankläger und Richter in Nürnberg verlangt haben. Außer territorialen hat der Revanchismus ja noch andere Formen.

Deshalb muß man verwundert, genauer entrüstet beobachten, wie die ideologische Aussöhnung mit dem Nazismus und der Naziaggression jetzt in der BRD eine neue, qualitative Entwicklung erfährt. Wie im Falle Hoffmann handelt es sich nicht um Anmaßungen neonazistischer Propagandisten oder in Freiheit gebliebener SS-Leute. Die Initiative zur neuen Phase der Rehabilitierung des Hitlerfaschismus ist von höchst respektablen Wissenschaftlern, den Verfassern vieler fundamentaler Werke über die Geschichte des Nazismus und des zweiten Weltkriegs, ausgegangen.

Die neue Kampagne ist vielschichtig und hat ihre Vorgeschichte. Lange lief die Rehabilitierung des Naziregimes nach folgendem Szenario: Der Nazismus sei eine "einmalige", "untypische" Erscheinung der deutschen

Nicht nach, nein vor der Katastrophe ist zu richten

Geschichte, eine Abnormität. Mit dem Zusammenbruch von 1945 habe sie ein Ende genommen, und die BRD sei wieder normal. Das behauptete man jahrelang. Jetzt macht man es ganz anders. Es heißt, der Nazismus und seine Missetaten seien in der Geschichte Deutschlands, ja ganz Europas etwas durchaus Übliches. Hitler habe die Massenvernichtung von Menschen nur "technisch perfektioniert". Überhaupt müsse man die Zeit des Nazismus objektiv und nicht nur negativ sehen.

Der Leser wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß schon diese Wendung Anlaß zum Alarmschlagen sein müßte, weil die Lesart neu ist, aber den alten Zweck verfolgt. Dieser Zweck läßt sich mit dem Nürnberger Urteil, ja mit der bloßen Vernunft nicht vereinbaren. Die Sache ist aber noch viel ernster. Die Ursache der Verbrechen, ja das Entstehen des Nazismus überhaupt wird nicht irgendjemandem, sondern der Oktoberrevolution, dem Kommunismus, der Sowjetunion zur Last gelegt. Das ist die frappante Entdeckung Prof. Ernst Noltes, der da einen "kausalen Zusammenhang" erblickt und sich in einer Reihe von Publikationen, die eine heftige Diskussion ausgelöst haben, darüber verbreitet.

Beim erstmaligen Lesen solcher Behauptungen dachte ich mir: "Absurdes Theater" (oder vielmehr "eine absurde Wissenschaft"). Wer auch nur die geringste Kenntnis der Geschichte Europas besitzt, wird lachen, wenn man ihm sagt, daß Hitlers Programm für die Ausrottung von Millionen Menschen "von der Vernichtungsdrohung der russischen Revolution inspiriert" gewesen sei. Genau das schrieb zur Verteidigung Noltes Joachim Fest, der Herausgeber der "Frankfurter Allgemeinen". Was weiß man in der BRD von der "russischen Revolution"? So gewohnt und anziehend ist ja dort der Gedanke, daß an allem wieder einmal "die Russen" schuld sind!

So "hochwissenschaftlich" Nolte und seinesgleichen

ihre Ideen formulieren, sie wollen alle das gleiche: den Nazismus und seine Verbrechen rechtfertigen. Den Sinn der ganzen Kampagne definiert der bekannte bundesdeutsche Publizist Rudolf Augstein, Herausgeber des "Spiegel", wie folgt: "Es mußten die deutschen Hitlerverbrechen in die Verbrechen aller Jahrtausende eingeordnet werden, damit wir wieder ein normaler Staat unter anderen sind." — "Wir können kein anständiges Mitglied der NATO sein, wenn nach 40 Jahren mit Vorwürfen nicht Schluß ist." Augstein bringt noch eine Zielsetzung. Man müsse beweisen, daß die BRD jetzt "auf der richtigen Seite stehe", nämlich "hirnlos gegen den Bolschewismus" auftrete.

Er hat recht, auch ich möchte auf den tiefgehenden, wirklich "kausalen Zusammenhang" zwischen der neuen Kampagne und der Gesamtlage in der BRD und der NATO hinweisen. Läßt man die blumigen Formeln beiseite, so handelt es sich um eine ideologische und "historiographische" Bestärkung des allgemeinen Rechtsrucks. Ganz unlängst gab der Pentagonchef eine programmatische Erklärung über "Grundsätze für den Verkehr mit der Sowjetunion" von sich. Der erste lautet, eine "moralische Äquivalenz" des Westens und der UdSSR sei von der Hand zu weisen. Und was tun Hoffmann, Nolte etc.? Sie tun alles, um die große moralische Stärke, die die UdSSR im Krieg und nach dem Krieg gewonnen hat, zweifelhaft erscheinen zu lassen. Die NATO hat so eine psychologische Propagandamache heute besonders nötig, wo die Welt die moralische Stärke der sowjetischen Orientierung erkennt und schätzt, die Welt bis zum Anbruch des 21. Jahrhunderts kernwaffenfrei zu machen. Daher die Aufrufe, die "moralische" Äquivalenz mit der UdSSR abzulehnen. Statt ihrer wird eine solche Äquivalenz mit dem Nazismus angeboten. Also statt Nürnberg Bitburg! Und das soll ein gleichwertiger Ersatz sein! Ich habe die bundesdeutschen Teilnehmer der Moskauer Konferenz gefragt, wie sie über die Kampagne in der BRD denken. Sie sind alle über die Vehemenz dieser Kampagne besorgt, die die konservative Einstellung schürt und Brücken zwischen der heutigen BRD und der Zeit des Nazismus schlägt. Der zu den Beratern des Bundeskanzlers gehörende Prof. Michael Stürmer sagt unverblümt, daß die USA, ohne es zu wissen, "in die Erbschaft des Deutschen Reiches eintreten". Nun, wenn das so ist, fragt man sich, ob diese Rolle der BRD als treuem Bündnispartner der USA nicht "von oben her" zugeteilt worden ist.

Aber vergessen wir nicht: Das Deutsche Reich besteht nicht mehr. Es ging in den Kämpfen vom Frühjahr 1945 unter, und seine Verbrechen wurden in Nürnberg verurteilt. Alle Versuche, den Nazismus zu rehabilitieren und wiederzubeleben, sind nicht allein rechtswidrig, sondern auch widernatürlich.

Nach einem dritten Weltkrieg wird es kein Nürnberg mehr geben. Das bedeutet aber nicht, daß die heutigen Anwärter auf die "Erbschaft des Reiches" ungestraft bleiben dürfen.

Das ist kein Freibrief für heutige Aggressoren, heutige Rassisten und die Leute, die den Hitlerfaschismus wiederbeleben wollen. Wir müssen täglich, ja stündlich an das erste Nürnberg erinnern — sie und uns selbst. Diese vorbeugende Maßnahme kann dem großen Werk der Gewährleistung des Friedens sehr zugute kommen. Gericht muß vor einem Kernwaffenkrieg gehalten werden. Danach würde es zu spät sein.

PHILIPPINEN

Harter

Machtkampf

● AM SONNTAG, DEM 23. NOVEMBER, MACHTE DIE PRÄSIDENTIN DER PHILIPPINEN, CORAZON AQUINO, DIE NACH MEINUNG AUSLÄNDISCHER BEOBACHTER SCHWERSTE KRISE IN DEN NEUN MONATEN IHRER AMTSZEIT DURCH

Auf einer Sondersitzung der Regierung, die im Zusammenhang mit der ersten Zuspitzung der Lage einberufen wurde, forderte sie die Kabinettsmitglieder zum Rücktritt auf. Unter den ersten Demissionsgesuchen wurde der Rücktritt von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile angenommen.

Meldungen aus Manila zufolge gab der Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Philippinen, General Fidel Ramos, per Rundfunk die "Aufdeckung eines Komplotts" bekannt, an dem seinen Worten zufolge Anhänger des Ex-Präsidenten Ferdinand Marcos und eine Gruppe von Armee-Offizieren beteiligt waren. Ramos ordnete an, die Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft zu versetzen, und befahl den Kommandanten der Militärbezirke, nur seinen Befehlen Folge zu leisten. Die Truppen nahmen alle strategisch wichtigen Punkte in der Hauptstadt unter Kontrolle. Die Bewachung der Residenz des Staatsoberhauptes wurde verschärft. Der Chef des Generalstabs erklärte, daß die Streitkräfte "voll und ganz die Präsidentin unterstützen".

Seit Anfang November, kurz vor Corazon Aquinos Abreise zu einem Japan-Besuch, kur-

sierten in Manila hartnäckig Gerüchte von einem bevorstehenden Militärputsch. Eine solche Möglichkeit wurde mit einer einflußreichen ultra-rechten Gruppierung in den Streitkräften, die immer offener Unzufriedenheit mit den Handlungen der Präsidentin bekundete, verbunden. Nach Meinung der Ultras in der Armee kämpft sie "nicht entschieden genug" gegen die Aufständischen und "flirtet" mit den Linkskräften. Mit entsprechenden Beschuldigungen überhäufte Verteidigungsminister Enrile, der lange Jahre das gleiche Amt unter Marcos bekleidet hatte, Corazon Aquino. Sein Name wurde immer häufiger unter den Hauptdrahtziehern eines wahrscheinlichen Staatsstreiches genannt.

Viele demokratische Massenorganisationen, politische Gruppierungen und die Gewerkschaften wandten sich entschieden gegen die Pläne reaktionärer Kräfte, die Positionen der Regierung zu untergraben, und erklärten, sie würden auf den Versuch eines Militärputsches mit Massendemonstrationen und Streiks antworten.

Die japanische Zeitung "Asahi" verweist in einer Analyse der Entwicklung auf den Philippinen darauf, daß die Militärs von der Präsidentin verlangten, "linksergerichtete" Minister aus der Regierung zu entfernen und härtere Positionen in den Verhandlungen mit den Aufständischen einzunehmen. Nach Angaben des Magazins "Newsweek" (USA) wollten gewisse Kreise in der Armee die Führung des Landes unter Kontrolle nehmen und Corazon Aquino nur die rein formellen Funktionen des Staatsoberhauptes belassen. Enrile sollte Regierungschef werden. Die Militärs stellten Meldungen zufolge der Präsidentin faktisch ein Ultimatum.

Die Ermordung des Gewerkschaftsführers Rolando Olalia am 13. November und die anschließenden stürmischen Ereignisse, einschließlich kaum verhüllter Putschvorbereitungen in den Streitkräften, zeugen nach

Meinung ausländischer Beobachter von einer jähren Polarisierung der Konfliktkräfte. Das politische Manöver des "Figurentausches", das Präsidentin Aquino in der Hoffnung vornahm, die Spannungen abzubauen und Zeit für einen neuen Kompromiß zu gewinnen, wird der "Asahi" zufolge zu einer Zunahme des Einflusses der Spitze der Streitkräfte, insbesondere von General Ramos, auf die Politik der Regierung führen.

Hinter vielem, was jetzt in diesen unruhigen Tagen auf den Philippinen geschieht, "spürt man den Einfluß der USA", schreibt die japanische Zeitung "Sankei Shimbun". Meldungen Manilaer Zeitungen zufolge traf kürzlich unter falschen Namen eine Gruppe hoher Vertreter des Weißen Hauses, der CIA und des Pentagon auf den Philippinen ein, um Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung auszuüben. Auch General John Singlaub, einer der Anführer der "Antikommunistischen Weltliga", ein Spezi für subversive Operationen, dessen Name in letzter Zeit mit der Ausbildung und Einschleusung der Contras nach Nikaragua verbunden wird, kreuzte in Manila auf.

In welche Richtung wollen die US-Emissäre die Entwicklung lenken? Ein Schlaglicht auf diese Frage können die kürzlichen Äußerungen von der Reagan-Administration nahestehenden Kongreßabgeordneten werfen. Sie wandten sich entschieden gegen die Absicht der Philippiner, bei der Erörterung des Entwurfs der neuen Verfassung Bestimmungen über den kernwaffenfreien Status der Inselgruppe aufzunehmen. Solche Bestimmungen, sollten sie Verfassungskraft erlangen, könnten nach Meinung der Kongreßabgeordneten die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten auf dem Archipel gefährden — nach dem "ansteckenden Beispiel" Neuseelands. Bei Corazon Aquinos USA-Besuch im September bekundeten Vertreter der Administration und der amerika-

nischen Rüstungsindustrie offen ihre Unzufriedenheit mit den Handlungen der philippinischen Führung, insbesondere verlangten sie, "entschiedener" den Kampf gegen die Aufständischen zu führen, Streiks der Werktätigen gegen die Vorherrschaft des Auslandskapitals zu unterbinden und der Konsolidierung der Linkskräfte Widerstand entgegenzusetzen.

Wie viele Beobachter meinen, hat Präsidentin Aquino durch den Rücktritt Enriles und die Regierungsumbildung nur eine Atempause gewonnen. Während der Höhepunkt der Krise vorbei ist, haben die Spannungen insgesamt nicht nachgelassen. Die Konfrontation der Konfliktseiten dauert an.

A. PETROW

BRASIL IEN

Nach den Wahlen

● IM GRÖSSTEN LATEINAMERIKANISCHEN LAND FANDEN ERSTMALS SEIT MEHR ALS 20 JAHREN AUTORITÄRER HERRSCHAFT DER GENERALE ALLGEMEINE DEMOKRATISCHE WAHLEN STATT

Die seit März 1985 regierende Demokratische Allianz, der die Brasilianische Demokratische Bewegung und die Liberale Front angehören, errang bei den Wahlen einen klaren Sieg. Die Parteienkoalition erhielt die absolute Mehrheit in der konstituierenden Nationalversammlung. Ihre Vertreter stellen nun die Gouverneure in allen 23 Bundesstaaten.

Dieses Ergebnis, das in härtester politischer Auseinander-

setzung erzielt wurde, ist nur gesetzmäßig. Es zeugt davon, daß das brasilianische Volk konsequent und bewußt für die weitere Entwicklung und Vertiefung der Demokratie eintritt, ohne die die Lösung der zahlreichen, überaus komplizierten sozialökonomischen Probleme unmöglich ist. Die Brasilianische Kommunistische Partei konnte erstmals seit vielen Jahren offiziell an den Wahlen teilnehmen. In einigen Wahlkreisen kandidierte sie eigenständig, in anderen im Bündnis mit jenen Parteien, die, wie es die BKP als Wichtigstes erachtet, zur Demokratisierung des Landes beitragen.

Der Erfolg der Demokratischen Allianz erklärt sich vor allem durch die unterschiedenen und effektiven wirtschaftlichen Schritte der Regierung. War sie ja mit einer gar nicht leichten Aufgabe konfrontiert. Anfang 1985, als die Militärdiktatur abdanken mußte, machte das Land eine überaus schwere Krise durch. In dieser Lage, verschärft noch durch das brutale Diktat der transnationalen Konzerne, der US-Monopole und des Internationalen Währungsfonds, mußte entschieden gehandelt werden — schon deshalb, weil die Inflation von 250 Prozent die 1000-Prozent-Marke hätte erreichen können, was unweigerlich zu wirtschaftlichem Chaos und einer sozialen Explosion geführt hätte. Am 28. Februar 1986 gab Präsident Jose Sarney eine Wirtschaftsreform bekannt, die die Bezeichnung Cruzado-Plan erhielt. Dieser Plan war vor allem gegen die Inflation gerichtet. Statt der bereits unter den Militärs entwerteten Währungseinheit, des Cruzeiro, wurde eine neue Währung, der Cruzado, im Verhältnis 1:1000 eingeführt. Die Praxis der Korrigierung der Devisen- und Finanzpolitik, als die Löhne entsprechend den Preisen stiegen, doch dabei immer zurückblieben, wurde aufgegeben. Die Preise wurden eingefroren. Die Regierung appellierte eindringlich an alle Brasilianer, sich direkt an der Preiskontrolle zu beteiligen. Der Aufruf fand Gehör, und

die Menschen begannen vor dem Einkauf die angegebenen Preise mit einer speziell verteilten Tabelle zu vergleichen. Allein das schon sprach vom demokratischen Gehalt der Reform.

Der Cruzado-Plan rechtfertigte die Erwartungen. Die Inflation beträgt heute 10 Prozent. Die Spekulation wurde entschieden zurückgedrängt. Die neue Währungseinheit erwies sich als dauerhaft und erwarb Vertrauen. Die Voraussetzungen für die ernsthafteste Wirtschaftsplanung ergaben sich, was es in gewissem Maße erlaubte, der Willkür der einheimischen und ausländischen Monopole entgegenzutreten. Gewissen Einfluß hatten diese Veränderungen auf den sozialen Bereich — so ging die Arbeitslosigkeit spürbar zurück. "Auf diese Weise", sagte Jose Sarney, "haben wir die Legende zerstört, daß Zivilregierungen in Lateinamerika unweigerlich schwach und unfähig sind, mit den Wirtschaftskrisen fertig zu werden."

In diesem Zusammenhang ist die jetzige Entwicklung Brasiliens nicht nur für das Land selbst von Bedeutung. Die Brasilianer, die ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben, geben ihren Nachbarn auf dem Kontinent gleichsam ein Signal: Selbständigkeit bei der Wahl des Weges, der Prioritäten, der Mittel und Methoden für die Lösung der nationalen Probleme ist eine wichtige Gewähr des Erfolgs. Gerade das erlaubt Brasilien, eine unabhängige Außenpolitik zu verfolgen. Die "neue Demokratie", wie Brasilianer jetzt ihren Staat nennen, leistet den Versuchen Washingtons unterschiedenen Widerstand, Brasilien einen den USA genehmen und für diese vorteilhaften Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuzwingen.

Brasilien nimmt heute eine aktivere internationale Haltung ein. Die Teilnahme an der Contadora-Unterstützungsgruppe, gerichtet gegen US-Einmischung in Mittelamerika, vor allem in Nicaragua, die initiativreichen Bemühungen zur Verwandlung des

Atlantiks in eine kernwaffenfreie Zone und die strikten Wirtschaftssanktionen gegen die RSA haben das Ansehen des Landes bereits gehoben. Heute entwickeln sich die sowjetisch-brasilianischen Beziehungen in den verschiedenen Bereichen immer dynamischer, wird ein gehaltvoller und fruchtbarer politischer Dialog geführt.

... 1987 wird die konstituierende Nationalversammlung die neue Verfassung verkünden, die die demokratischen Umgestaltungen verankern und die Perspektiven für die weitere Entwicklung aufzeigen wird.

V. ZOPPI

ÖSTERREICH

Große Koalition

● DIE PARLAMENTSWAHLEN UND DAS NEUE POLITISCHE KRÄFTEVERHÄLTNIS

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), die die Regierung der Alpenrepublik bereits seit 1970 führte, erlitt spürbare Verluste. Sie erhielt 80 Mandate — 10 weniger als bei den vorhergehenden Wahlen. Nichtsdestoweniger behaupteten die Sozialisten ihre dominierende Stellung, und das erlaubt dem SPÖ-Vorsitzenden Bundeskanzler Franz Vranitzky, die Initiative zur Bildung der neuen Regierung zu ergreifen.

Die Hauptkraft der Opposition, die Österreichische Volkspartei (ÖVP), erzielte nicht den erwarteten Erfolg, im Gegenteil, sie verlor fünf Abgeordnetensitze: Jetzt wird die ÖVP nur noch 76 Vertreter im Parlament haben.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), deren Führung unlängst vom Vertreter des ultrarechten Flügels, Jörg Haider, übernommen wurde, wird statt 12 nun 18 Mandate haben. Unter dem neuen Parteivorsitzenden hat die FPÖ eine deutliche Wende zu Na-

tionalismus und Pangermanismus vollzogen.

Und ein weiteres Ergebnis der Wahlen ist sehr bezeichnend. Erstmals werden im österreichischen Nationalrat die Grünen mit 9 Abgeordneten vertreten sein. Nun werden sie eigene Gesetzesvorlagen im Parlament unterbreiten können.

Offenbar zeigt das politische Barometer auf große Koalition. Alle notwendigen Voraussetzungen dafür sind gegeben. Bereits im Wahlkampf gaben der SPÖ-Vorsitzende Bundeskanzler Franz Vranitzky und der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock klar zu verstehen, daß sie nichts gegen ein Zusammengehen haben. Für die Bildung einer großen Koalition sprechen sich die Wirtschaft und die Führung der Gewerkschaften aus. Jüngsten Umfragen zufolge sind ca. 70 Prozent der Wähler für eine solche Koalition.

Die Frage ist, was eine neue SPÖ-ÖVP-Regierung bringen wird. Die Wirtschaft des Landes hat ernste Probleme. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu, immer mehr kleine und mittlere Betriebe machen Bankrott. Das Großkapital verstärkt den Druck auf die verstaatlichte Wirtschaft und hofft, bei den Vertretern der Konservativen im Kabinett wirksame Unterstützung zu erlangen. Schwierige Zeiten stehen bevor.

Was die Außenpolitik angeht, so besteht aller Grund zu der Annahme, daß die neue Regierung den konstruktiven internationalen Kurs fortsetzen und einen bedeutenden Beitrag zur Festigung des Friedens und der beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, zur Annäherung des Ost-West-Dialogs leisten wird. Dazu verpflichten sie das Gesetz über die immerwährende Neutralität und der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, an dessen Beginn 1955 bekanntlich Vertreter sowohl der SPÖ als auch der ÖVP standen.

A. KOWRIGIN

Meilensteine

Schwer war der Weg des albanischen Volkes zur Erringung der Freiheit und zur Errichtung der Volksmacht. Als eines der ersten Opfer der faschistischen Aggression machte es alle Leiden der italienischen, dann der nazideutschen Besatzung durch. Die albanischen Patrioten, die sich unter Führung der im November 1941 gegründeten Kommunistischen Partei zum Freiheitskampf erhoben, verbanden ihre Hoffnungen mit der Sowjetunion, die die Hauptlast im Kampf gegen den Faschismus trug.

Im Kampf gegen die Okkupanten, für Freiheit und Unabhängigkeit gaben 28 000 Söhne und Töchter des albanischen Volkes ihr Leben. Im Feuer der Schlachten entstand das neue Volksalbanien, das freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion aufnahm. Das war die natürliche Folge der Waffenbrüderschaft der Kriegsjahre, als gerade die Offensive der sowjetischen Truppen auf dem Balkan im Herbst 1944 die entscheidenden Voraussetzungen für die erfolgreichen Aktionen der albanischen Volksbefreiungsarmee schuf, die mit der vollständigen Befreiung des Landes und dem Sieg der volksdemokratischen Revolution endeten.

Die sowjetischen Menschen begrüßten begeistert den Sieg der volksdemokratischen Revolution in Albanien. Die in den Jahren des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus erstarkte Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem albanischen Volk fand ihre Verkörperung in den engen, fruchtbaren Beziehungen zwischen unseren Ländern in der Nachkriegszeit, trug zur Entstehung und Festigung der volksdemokratischen Ordnung in Albanien, zu dessen Vormarsch auf dem Weg der sozialistischen Umgestaltungen, zur Festigung der internationalen Positionen der jungen Republik bei.

Gestützt auf allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern erzielte Albanien in historisch kurzer Zeit bedeutende Erfolge bei der sozialökonomischen Entwicklung.

Auch heute verfolgen die sowjetischen Menschen mit großer Sympathie die von den albanischen Werktätigen unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) unternommenen Anstrengungen zum sozialistischen Aufbau.

Auf dem kürzlich beendeten IX. Parteitag der PAA wurde konstatiert, daß im 7. Planjahr (1981–1985) das gesellschaftliche Gesamtprodukt um ca. 19 Prozent, das Nationaleinkommen

um mehr als 16 Prozent, die Bruttoindustrieproduktion um 27 Prozent und die landwirtschaftliche Produktion um 13 Prozent stieg. Über 300 Industrieobjekte und Gemeinschaftseinrichtungen wurden errichtet. Der verfügbare Wohnraum in diesem Zeitraum nahm schneller zu als die Bevölkerung.

In den vom Parteitag verabschiedeten Direktiven zum 8. Fünfjahrplan für die Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Sozialistischen Volksrepublik Albanien für die Jahre 1986–1990 ist ein Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtprodukts um 31–33 Prozent, des Nationaleinkommens um 35–37 Prozent, der Bruttoindustrieproduktion um 29–31 Prozent und der Agrarproduktion um 35–37 Prozent vorgesehen. Die Erfüllung der Aufgaben des neuen Fünfjahrplans ist mit gewissen strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft verbunden.

In der Außenpolitik sprach sich die SVR Albanien für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, für eine normale Entwicklung der Beziehungen zu den europäischen sozialistischen Staaten aus. Zugleich nahm der Parteitag keine Ver-

änderungen an der Haltung der SVR Albanien gegenüber der Sowjetunion vor.

Die Ungeregeltheit der Beziehungen zu Albanien ist ein langjähriges, von der Vergangenheit belastetes Problem. Eine nicht geringe Rolle bei seiner Entstehung spielten Elemente des Subjektivismus und des Voluntarismus, die sich seinerzeit in der Haltung gegenüber Differenzen zu ideologischen Fragen und einer Reihe internationaler Probleme manifestierten.

Die Zeit hat gezeigt, daß keine der Seiten von der Entzweiung gewinnt. Die UdSSR wendet sich gegen die Übertragung ideologischer Meinungsverschiedenheiten in den Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen und ist bereit, aktiv zur Überwindung der Schwierigkeiten bei der Normalisierung der Beziehungen zu Albanien beizutragen.

In der Sowjetunion erinnert man sich gern an die Zeit der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und ist davon überzeugt, daß die Wiederaufnahme einer solchen Zusammenarbeit entsprechend den Prinzipien der strikten Gleichheit, der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und des gegenseitigen Vorteils den Hoffnungen und Interessen unserer Völker, der Sache des Friedens und des Sozialismus dienen würde.

N. JURTSCHENKO

BIOGRAPHISCHES

Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten ATEF MOHAMMED NAGIB SIDKI



Am 9. November 1986 beauftragte ARÄ-Präsident Hosni Mubarak mit der Bildung der neuen Regierung Ägyptens Atef Mohammed Nagib Sidki. Am 12. November leisteten die Mitglieder des neuen Kabinetts den Amtseid

beim Präsidenten der Republik.

Ministerpräsident Atef Mohammed Nagib Sidki wurde 1930 geboren. 1951 absolvierte er die juristische Fakultät der Universität Kairo, dann promovierte er in Paris zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften.

Nach dem Studium lange Zeit als Dozent an der juristischen Fakultät der Universität Kairo tätig.

1973–1975 Berater für Kulturfragen an der ARÄ-Botschaft in Frankreich.

Seit 1975 Sekretär der Arabischen Sozialistischen Union für Wirtschaftsfragen.

1980 zum Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des ARÄ-Konsultativrates ernannt.

Leitete von 1981 bis 1986 die statistische Zentralverwaltung Ägyptens.

Seit dem 9. November 1986 ARÄ-Ministerpräsident.

Autor einer Reihe von Publikationen zu Wirtschafts- und Finanzfragen.

Individuelle Arbeit— allgemeiner Nutzen

Das vor kurzem vom Obersten Sowjet der UdSSR verabschiedete Gesetz über individuelle Arbeitstätigkeit war das Gesprächsthema zwischen Sergej Goltjakow, politischer Beobachter der "Neuen Zeit", und Leonid KOSTIN, erster stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Komitees der UdSSR für Arbeit und Sozialfragen.

Vor allem: Was wird konkret unter individueller Arbeitstätigkeit verstanden? Hat sie etwas mit Privatunternehmertum zu tun?

Das neue Gesetz formuliert das präzise. Individuelle Arbeitstätigkeit beruht ausschließlich auf der persönlichen Arbeit der Bürger selbst und läßt kein Einstellen von Arbeitskräften zu. Deshalb ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen völlig ausgeschlossen.

In der UdSSR ist allen Bürgern das Recht auf Arbeit im staatlichen, kollektivwirtschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Sektor garantiert. Bei uns besteht ein Mangel nicht an Arbeitsplätzen, sondern eher an Arbeitskräften. Wie ist unter diesen Umständen das individuelle Gewerbe zu qualifizieren?

Doch laut Verfassung ist auch individuelle Arbeitstätigkeit möglich. Gemäß Artikel 17 der Verfassung sind die individuelle Arbeit im Bereich des Handwerks, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen für die Bevölkerung sowie andere auf persönlicher Arbeit der Bürger und der Mitglieder ihrer Familien beruhende Tätigkeiten zugelassen.

Warum war also das neue Gesetz notwendig?

Bisher wurde die individuelle Arbeitstätigkeit im Interesse der Gesellschaft zu wenig genutzt. Bevölkerungsgruppen, die im Prinzip eine solche Möglichkeit haben (Hausfrauen, Studenten u. a.), könnten mehr zum allgemeinen Wohlergehen beitragen. Außerdem werden Übereinkünfte mit einem individuellen Arbeitenden heute unter Umgehung des Staates getroffen. Am häufigsten übte er sein Gewerbe im verborgenen und entrichtete keine Steuern. Das Spektrum solcher Beschäftigungen war eher schmal. Gegenwärtig zählt unsere Volkswirtschaft 84 000 eingetragene Heimgewerbetreibende, hauptsächlich Rentner. Mehr als die Hälfte von ihnen befassen sich mit der Anfertigung und Reparatur von Kleidung, Schuhen, Konfektion und Kurzwa-

ren sowie mit der Herstellung von Strick- und Stickwaren. Ihr Anteil an der gesellschaftlichen Produktion und an der Leistung von Diensten an die Bevölkerung ist also recht bescheiden.

Und schließlich noch eine Erwägung. Zu verschiedenen Zeiten versuchten sowohl die Behörden als auch der Fiskus die individuelle Arbeit zu reglementieren. Die von diesen Ämtern getroffenen "verbotenden" Maßnahmen ließen viele auf individuelle Arbeit verzichten. Die Einstellung zu solcher Arbeit änderte sich immer wieder. Nach Verabschiedung des Gesetzes über nichterarbeitete Einkünfte befürchteten einige, daß man sie durch abermaliges Verfallen in ein administratives Extrem nach diesem Artikel zur Verantwortung heranzieht.

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde klipp und klar gesagt: Bei der Unterbindung der nichterarbeiteten Einkünfte darf nicht zugelassen werden, daß ein Schatten auf diejenigen geworfen wird, die durch ehrliche Arbeit ihren Nebenverdienst erhalten. Mehr noch, der Staat wird die Entwicklung verschiedener Formen der Bedarfsbefriedigung und der Dienstleistungen für die Bevölkerung fördern.

Löst das neue Gesetz diese Aufgaben?

Zweifelsohne. Seine Hauptidee besteht darin, daß individuelle Arbeit dazu bestimmt ist, den Bedarf der Bevölkerung an Waren und Dienstleistungen vollständiger zu decken. Zugleich wird die Aufgabe gestellt, mehr Arbeitskräfte, darunter aus den Reihen der nichtberufstätigen Bevölkerung, in die gesellschaftlich nützliche Tätigkeit einzubeziehen und Bedingungen für zusätzliche Arbeitseinkommen zu schaffen. Betont sei, daß das neue Gesetz der Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unseres Landes entspricht und dazu beitragen wird, den Wirtschaftsmechanismus umzugestalten und seit Jahren herangereifte Probleme zu lösen. Das Gesetz geht davon aus, daß es zweckmäßig ist, die individuelle

Arbeitstätigkeit zu entfalten und in höherem Maße auf die Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsweise abzustimmen. Bei der Vorbereitung des Gesetzes wandten wir uns den Erfahrungen der sozialistischen Bruderländer zu. Außerdem berücksichtigten wir die Vorschläge und Hinweise, die in unserer Presse publiziert wurden. Der Gesetzesentwurf entstand in einer Atmosphäre der allgemeinen Publizität. So wurde er in 160 Arbeitskollektiven verschiedener Republiken, Regionen und Gebiete erörtert.

Meines Erachtens ist das neue Gesetz vom Streben nach neuem Denken und von dem Wunsch geprägt, modern zu handeln und bei der Lösung akuter Probleme auf starre Stereotypen zu verzichten.

Der XXVII. Parteitag stellte die Aufgabe, den Volkswohlstand durch ausreichende Marktversorgung mit verschiedenen Waren und Dienstleistungen auf eine qualitativ neue Stufe zu heben. Aber gehört diese Aufgabe nicht in den Kompetenzbereich der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe?

Selbstverständlich. Gerade sie müssen die Produktion von Konsumgütern erweitern, ihre materiell-technische Basis perfektionieren, für eine bessere Warenqualität sorgen und die Schere zwischen Nachfrage und Angebot beseitigen. Doch wäre es unvernünftig, bei dieser umfangreichen Arbeit Möglichkeiten und Ressourcen zu verschmähen, die von der Großproduktion nicht voll erfaßt werden können. Zu solchen Ressourcen gehört auch individuelle Arbeit, besonders Dienstleistungen.

Der Bedarf daran wächst ständig: Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl von Wohnungen, Kleingärten, Haushaltsgeräten, Kleidern, Schuhen usw. in individueller Nutzung zu. Diese ganze materielle Masse braucht ständige Wartung und Reparatur. Obwohl sich der Umfang der Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung in den letzten 15 Jahren in der UdSSR mehr als verdreifacht hat und sich die Zahl der entsprechenden Betriebe den 300 000 nähert, liegt die Nachfrage nach Dienstleistungen immer noch über dem Angebot. Zudem lassen die Qualität solcher Dienstleistungen und die Wartezeiten zu wünschen übrig. Selbst in Moskau z. B. steht es noch nicht besonders gut um die Reparatur und den Bau von nicht standardmäßigen Möbeln, die Reparatur von Modeschuhen oder die Dienstleistungen bei der Einrichtung von Neubauwohnungen.

Hier taucht dann der vielzitierte "private Handwerker" auf. Er zeigt sich schon seit langem operativ und flexibel, leistet gute Arbeit, kennt ausgezeichnet die Nachfrage und geht auf die individuellen Forderungen des Kunden ein. Ist

es sinnvoll, Privatpersonen und staatliche Einrichtungen einander gegenüberzustellen? Wohl kaum. In beiden Fällen wird ein gesellschaftlich notwendiges Ergebnis erzielt. Das Problem lautet: Wie regelt man die individuelle Arbeitstätigkeit, wie gibt man ihr einen gesetzlichen Rahmen? Nun wird dieses Problem gelöst. Das neue Gesetz schafft eine feste rechtliche Basis für die Ausübung einer solchen Tätigkeit und realisiert somit die verfassungsmäßigen Garantien der Rechte unserer Bürger.

Anders gesagt erhält der individuelle Handwerker von nun an die volle gesetzliche Berechtigung!

Das Gesetz verteidigt sowohl seine Interessen als auch die der gesamten Gesellschaft. Die staatliche Regelung solcher Tätigkeit bleibt Norm. Außerdem bringt das Gesetz, ausgehend vom Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, die Einkünfte des "Privaten" in direkte Abhängigkeit vom Aufwand seiner individuellen Arbeit. Individuelle Arbeitstätigkeit unter Heranziehung von Lohnarbeit, zur Erlangung nichterarbeiteter Einkünfte oder in jeder anderen Form, die dem Staat Schaden verursachen kann, ist ausgeschlossen.

Aufgrund von Artikel 17 der sowjetischen Verfassung werden die Ziele und Arten der individuellen Arbeitstätigkeit, die Kategorien der Bürger, für die sie erlaubt ist, ihre Rechte und Pflichten sowie der Modus zur Ausübung einer solchen Tätigkeit festgelegt.

Entsprechende Pflichten werden auch den Machtorganen, staatlichen Betrieben, Ämtern und Organisationen auferlegt. Sie müssen Bürgern, die individuelle Arbeitstätigkeit leisten, beim Erwerb von Roh- und Werkstoffen,

Das neue Gesetz wird u. a. das Kunstgewerbe fördern.

Foto:TASS



Instrumenten usw., beim Absatz der gefertigten Erzeugnisse helfen, ihnen nicht für Wohnzwecke gebaute Räume vermieten und sonstiges Vermögen sowie erforderliche Informationen zur Verfügung stellen.

Die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR verabschiedete das Gesetz über individuelle Arbeitstätigkeit einstimmig, ohne Einwände. Deshalb glauben einige westliche Kritiker, behaupten zu dürfen, unsere Parlamentarier gäben sich nicht die Mühe, über die von ihnen gefaßten Beschlüsse nachzudenken.

Das tun sie, und zwar recht gründlich. Der Beschluß der Tagung ist der Gipfelpunkt einer angespannten Arbeit von Deputierten an einem Gesetzentwurf, die seiner Erörterung vorausgeht. Das war auch diesmal der Fall. Zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs setzten die beiden Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR — der Unionssowjet und der Nationalitätensowjet — eine vereinigte Vorbereitungskommission mit einer Arbeitsgruppe ein, der neben Deputierten auch Experten aus verschiedenen Zweigen von Volkswirtschaft, Wissenschaft und Justiz angehörten. Auch ich wurde in die Expertengruppe aufgenommen.

Der ursprüngliche Gesetzentwurf, der rasch — in weniger als einem Monat — entstand, wurde den Deputierten des Obersten Sowjets sowie den Präsidien der Obersten Sowjets und den Ministerräten aller Unionsrepubliken zugeleitet und außerdem den Kommissionen für Gesetzgebungsvorschläge der beiden Kammern des sowjetischen Parlaments und seinem Präsidium zur Prüfung vorgelegt.

Niemand zweifelte an der ökonomischen und sozialen Wichtigkeit des neuen Gesetzes. Trotzdem gab es nicht wenig Bemerkungen und Hinweise.

Was empfahlen die Deputierten konkret?

Mehrere Hinweise bezweckten, die überflüssige Reglementierung der individuellen Arbeitstätigkeit seitens der Unionsorgane zu vermeiden, den Unionsrepubliken und den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten dagegen umfassendere Rechte zu gewähren.

Einige Hinweise präzisierten die Liste der zugelassenen bzw. verbotenen Arten der individuellen Arbeitstätigkeit. Hauptsächlich handelte es sich dabei um die Erweiterung besagter Liste, was auf die schon bestehende Praxis und auf die Notwendigkeit zurückzuführen ist, der Bevölkerung mehr Waren und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere Gruppe von Hinweisen schließlich bezog sich auf Redaktionelles, auf klarere und allgemeinverständliche Formulierungen, was vor allem zum Zweck hatte, eventuellen Mißdeutungen des Gesetzes vorzubeugen.

Wie sind diese Zielsetzungen im endgültigen Wortlaut des Gesetzes realisiert?

Die Arbeitsgruppe und die Kommissionen des Obersten Sowjets für Gesetzgebungsvorschläge studierten aufmerksam alle von den Deputierten eingebrachten Vorschläge. Auf deren Grundlage erkannten die Kommissionen es als zweckmäßig an, in den Gesetzentwurf zusätzliche Bestimmungen aufzunehmen.

Artikel 5 des Gesetzes wurde durch den Hinweis ergänzt, daß den individuellen Handwerkern Kredite gewährt werden können. Ferner wurde festgelegt, daß vor allem jene Personen bei individueller Arbeitstätigkeit zu unterstützen sind, die mit Betrieben, Ämtern oder Organisationen einen Vertrag darüber abschließen.

Im Gesetz ist die Norm fixiert, die bestimmte Vergünstigungen für Kriegs- und Arbeitsveteranen, Invaliden, chronisch Leidende und einige andere Personen, die individuelle Arbeit leisten, vorsieht.

Gemäß Vorschlägen der Deputierten wurde die Liste von Dienstleistungen, die die individuellen Handwerker ausführen dürfen, erweitert. Nunmehr haben sie das Recht, an Bau, Reparatur, Innengestaltung von Wohnungen, Gartenhäuschen, Garagen und sonstigen Bauten teilzunehmen. Sie dürfen die in der Nutzung von Bürgern befindlichen Kleingärten bestellen, Besitzer von Privatautos dürfen für Extrabeförderung Fahrgäste befördern usw. Insgesamt nennt das Gesetz über 30 meistverbreitete Arten von Gewerbe und Dienstleistungen, die sich in den Rahmen der individuellen Arbeitstätigkeit einfügen. Die örtlichen Machtorgane sind jedoch berechtigt, diese Aufzählung je nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu ergänzen.

Welche Vorschläge zum Gesetz wurden nicht angenommen?

Nun, die Arbeitsgruppe lehnte z. B. den Vorschlag eines Deputierten ab, individuelle Arbeitstätigkeit schon nach Vollendung des 14. Lebensjahres zu erlauben. Das stünde im Gegensatz zu unserer Arbeitsgesetzgebung.

Und die letzte Frage: Warum tritt das neue Gesetz erst ab 1. Mai 1987 in Kraft?

Selbstredend bedeutet die Realisierung des neuen Gesetzes eine große Arbeit in vielen Gliederungen des Staatsapparates, die mit der Organisation individueller Arbeitstätigkeit und mit ihrer Kontrolle verbunden sind. All das will vorbereitet werden. Es gilt, die notwendigen Rechtsakte, die die Anwendung des neuen Gesetzes konkretisieren, auszuarbeiten und anzunehmen. Das ist eine Aufgabe der Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten sowie der einschlägigen Ministerien und anderen zentralen Ämter. Auch das nimmt Zeit in Anspruch.

POLEMIK

Was Sie, Genosse Waschkewitsch, so frei heraus äußern, finde ich gut. Allerdings läßt mich die Entschiedenheit Ihrer Urteile sofort zur Feder greifen. Sie polemisieren beispielsweise gegen die Vernichtung von Atomwaffen, die für Sie schon eine Garantie für einen sicheren Frieden darstellen. Dieser Irrtum ist recht weit verbreitet. Viele westliche Politiker kultivieren übrigens gerade

Die besten Vertreter der Philosophie haben immer nachgewiesen, daß Kriege nur dann verhindert werden können, wenn der Mensch, im Besitz perfekter Vernichtungswaffen, begreift, daß jede bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten einem Selbstmord gleichkommt. Meiner Meinung nach haben wir bereits einen solchen Stand der technischen Entwicklung erreicht, auf dem Abrüstungsgespräche dumm und nutzlos sind. Jede neue Erfindung im Bereich der Rüstung macht einen Krieg unwahrscheinlicher. Ich erkläre das. Angenommen, erbitterte Feinde treffen in einem Zimmer aufeinander. Sie sind mit Messern, Pistolen und Granaten bewaffnet. Eine einzige Granate kann das Haus in die Luft sprengen. Ist eine Prügelei unter diesen Bedingungen wahrscheinlich? Ich glaube nicht. Wenn man allen ihre Granaten wegnimmt, sieht die Sache schon ganz anders aus. Es entsteht die Möglichkeit zu überleben, und jeden Moment kann die Prügelei losgehen. Eine analoge Situation hat sich auf unserem Planeten ergeben. Wenn unser Land wirklich Frieden will, muß es alle Atomwaffen abbauen und nur einen unwesentlichen Teil als stationäre Minen auf ihrem Territorium belassen...

W. WASCHKEWITSCH, Riga.

Ewig Krieg?

diese Einstellung zu Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen überhaupt. Damit rechtfertigen sie ihren Unwillen, sich auf atomare Abrüstung einzulassen. Sie scheinen Abrüstung insgesamt für spießig zu halten und beziehen sich dabei auf anonyme Philosophen.

Erlauben Sie, in diesem Zusammenhang mit wenigen Worten die Partei der Denker zu ergreifen. Engels und Lenin haben tatsächlich einen solchen Stand der militärtechnischen Entwicklung vorausgesehen, der die Existenz der menschlichen Gesellschaft selbst bedroht und folglich den Clausewitz-Spruch ad absurdum führt, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.

Ein Krieg, in dem zumindest ein Teil aller bereits vorhandenen Atomwaffen zum Einsatz käme, würde tatsächlich dazu führen, daß die Überlebenden die Toten beneiden. Solch ein Krieg wäre sicherlich kein Mittel, um politische Ziele durchzusetzen. Daraus ziehen Sie nun wieder den Schluß, daß die Beseitigung atomarer Sprengsätze die Kriegsgefahr erhöht. Infolgedessen seien „Abrüstungsgespräche dumm und nutzlos“.

Damit bin ich ganz und gar nicht einverstanden. Glücklicherweise nicht nur ich. Wir sollten uns beide an den warnenden Worten solcher Philosophen wie Einstein und Russell orientieren. Denn namentlich sie haben vor 40 Jahren von der Notwendigkeit gesprochen, im Atomzeitalter radikal mit althergebrachtem Denken zu brechen. Sie riefen auf, Atomwaffen zu verbieten und zu liquidieren.

Atomwaffen an sich verhindern keinen Weltkrieg. Ich glaube einfach nicht an die Erklärungen von NATO-Führern, die behaupten, der Frieden in Europa beruhe seit vier Jahrzehnten ausschließlich auf Atomwaffen.

Ich glaube an etwas anderes. Viele Faktoren haben den Frieden in Europa bewahrt. In erster Linie der gesunde Menschenverstand führender Politiker, ihre nüchterne Einschätzung des realen Kräfteverhältnisses, u. a. des allgemeinen militärischen Gleichgewichts. Ein dritter Weltkrieg, der den beiden vorangegangenen, in unserem Jahrhundert entfesselten vergleichbar wäre, würde sogar ohne Einsatz von Atomwaffen zur Verwüstung zumindest Europas führen. Die bitteren historischen Lehren waren glücklicherweise nicht umsonst.

Der stürmische Fortschritt der Militärtechnik darf allerdings nicht zu Illusionen führen. Es heißt, Nobel habe, als er das Dynamit erfand, von dessen Zerstörungskraft erschüttert das Ende der Kriege vorausgesagt.

Nehmen wir Ende der 40er und die 50er Jahre. US-General McArthur forderte den Präsidenten auf, einem Einsatz der Atombombe im Koreakrieg zuzustimmen. Als die französischen Kolonialisten wenige Jahre später in Vietnam unterlagen, erörterten die Generale im Pentagon wieder, ob es nicht möglich sei, einen Atomschlag zu führen. Es lagen detaillierte Pläne vor, Atombomben über sowjetischen Städten abzuwerfen. Zu einer Verwirklichung dieser Pläne kam es damals nicht. Die amerikanische Führung sah ein, daß

ein Einsatz von Atomwaffen, wie sie sagen, kontraproduktiv gewesen wäre. Ein Sieg hatte sich als unverhältnismäßig hoher, zunächst einmal politischer Verlust erwiesen. Dazu in einer Zeit, als die UdSSR noch nicht in der Lage war, einen nuklearen Vergeltungsschlag auf amerikanisches Territorium zu führen.

Als die Sowjetunion das militärische Gleichgewicht mit den USA und dem Westen hergestellt hatte, war es möglich, politischer Erpressung nicht nur der UdSSR und ihrer Verbündeten, sondern auch vieler anderer Völker, besonders der jungen Nationalstaaten, die materielle Basis zu entziehen. Und doch befreit eine Parität der Atomwaffen die Welt nicht von der Gefahr eines Atomkrieges.

Wie viele konkrete Szenarien für ein atomares Duell zwischen den USA und der UdSSR wurden nicht schon jenseits des großen Teichs eronnen! Wie viele Varianten der Eskalation mit „chirurgisch“ gezielten Schlägen gegen lebenswichtige Objekte auf sowjetischem Territorium wurden nicht schon am Computer durchgespielt! Achten Sie doch mal auf folgendes: Der Westen weigert sich hartnäckig, sich unserem Beispiel folgend zu verpflichten, nicht als erster Atomwaffen einzusetzen.

Als Antwort darauf schlagen Sie vor, wir sollten unsere Friedensliebe beweisen, indem wir unsere strategischen gegen selbstmörderische Waffen eintauschen und ein paar „stationäre Minen“ in sowjetische Erde eingraben. Wenn wir also schon verbrennen, dann gleich alle auf einmal! Ich kann nicht beurteilen, inwieweit diese Vorstellung in militärtechnischer Hinsicht schwärmerisch-naiv ist, aber vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes ist sie schlicht unseriös.

Glaube
amerikani
Ich nicht
solcher B
auf sie
würde?
vielverspr
dessen, w
Veränderu
mas herb
schon kall
man im P
Mitteln u
unsere "A
uns dann
macht es
von Reag
darin, kei
real existi
zu, neutra
Leitzentra
blendet u

Würde
würde u
darin be
wollen u
raffinierte
weiteferr
Bereits d
schrecklic
tägliche
Menschen
Sprengsä
nitrotoluc
explodier
mehr übr

Das kar
Zufall ge
puterfehle
Einschätz
gar nur
Seite, —
bereits K
Krise hinv
aus eine
erwache
unvorher
Ereignisse
groß, w
zuspielt.
Jedenf

latente
Rüstung
Wahrsche
sich hund
USA und
an der Er
Waffen t
Grenze,
Mensch
des Unze
les, was
denkende
Planeten
frühere

Großmut der
TO-Strategen?
ie, daß ein
Friedensliebe
ruck machen
tischere und
monstrationen
eine radikale
ationalen Kli-
lieben sie
le nicht, daß
züglich nach
chen würde,
schärfen, um
nehmen. Man
on. Das Ziel
ht u. ä. auch
nen, sondern
sche Raketen
man ihre
st' enthaupet,
u. lobneld

ogik folgen,
Möglichkeit
des Friedens
uktion noch
ngsmittel zu
das nicht.
ben, ist eine
hinaus tag-
fürig die
en atomaren
rwa 4 t Tri-
nnn das alles
keine Köpfe
zu- rsten

t oder durch
einen Com-
ne falsche
ungen oder
egnerischen
uf die 1962
h der Kuba-
er kann auch
en Konflikt
hekeit einer
icklung der
besonders
die Lage

olange die
e nukleare

Zufall, daß
ftler in den
en weigern,
raffinierterer
gibt eine
l denkende
die Grenze
ässig ist al-
tigung der
die diesen
htet ist. Der
mierminister

Trudeau traf meiner Meinung nach den Nagel auf den Kopf, als er davon sprach, die Erfindung neuer Vernichtungsmittel schon im Laborstadium "abzuwürgen". Rettung liegt also nicht in der Jagd nach neuester und Beibehaltung atomarer Rüstung, sondern in der Abrüstung. Die Beseitigung der Atomwaffen wird die Erinnerung an die mit ihnen einhergehende Bedrohung und die Kenntnis des Geheimnisses ihrer Herstellung nicht beeinträchtigen. Allein schon die Gefahr eines Rückfalls in die atomare Welt wird moderate Handlungen nahelegen. Sie führten den bildhaften Vergleich von "erbitterten Feinden" an, die "mit Messern, Pistolen und Granaten" bewaffnet im selben Haus aufeinander treffen. Dabei wären Ihren Überlegungen nach die Granaten Atom-bomben oder etwas Vergleichbares. Wenn man ihnen die Granaten weg-nimmt, geht also Ihrer Meinung nach die Prügelei los.

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht von der unausrottbaren Aggressivität der Erdenbewohner überzeugt. Das zum einen. Zum andern halte ich die Spekulation darüber, ob Pistolen oder Atombomben besser sind, für wenig lohnend. Beide sind Mordwaffen. Nur, daß man mit Pistolen und selbst Maschinengewehren nicht die ganze Menschheit auslöschen kann. Abrüstung muß deshalb an der gefährlichsten Waffe ansetzen, der atomaren, sie zuerst einschränken und schließlich ganz beseitigen. Dabei sollten wir die ihrem Namen nach konventionellen Waffen nicht vergessen, die zu immer grausameren Vernichtungsmitteln werden. Auch die chemischen Waffen sollten so bald wie möglich beseitigt werden.

Es ist, glaube ich, wenig sinnvoll, zu erörtern, ob allgemeine Abrüstung möglich ist oder nicht. Selbst ein gradueller Fortschritt in dieser Richtung ist entgegen Ihrer Auffassung für die Menschheit von großem Vorteil. In entspannter und vertrauensvoller Atmosphäre wird die Hand nicht so leicht zum Colt zucken.

Ich möchte Ihnen raten, sich die Vorschläge Michail Gorbatschows aufmerksamer durchzulesen, sich die Ideen der "6 von Delhi" und die Vorschläge der "Palmekommission" noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

A. LEBEDEV

Mitglied des NZ-Redaktionskolle-giums

FORTSETZUNG EINES THEMAS

PHANTASIE UND WIRKLICHKEIT

Lehrer Wolfgang Selzer aus der DDR schickte uns diese Schulaufsätze, die wir auszugsweise veröffentlichen.

Kinder dürfen nicht sterben

Wenn abgerüstet wird, erhalten wir die Möglichkeit, ein dringendes Problem zu lösen: Auf der ganzen Welt brauchten keine Menschen mehr zu hungern. Dafür kann man all die Mittel einsetzen, die jetzt für neue Waffen gebraucht werden. Ich will nicht, daß Kinder vor Hunger oder an Krankheiten sterben. Sie sollen fröhlich sein und zur Schule gehen. Ich glaube, wenn es keinen Krieg mehr gibt, sind große Fortschritte in Wissenschaft und Technik möglich. Die Wissenschaftler könnten dann für friedliche Zwecke forschen. Deshalb muß man die Bemühungen der UdSSR, die für den Frieden kämpft, mit aller Kraft unterstützen.

Nicoli GOTH
7. Klasse

Damit man sich nicht zu schämen braucht

Allein der Gedanke, daß keine Mutter mehr überlegen muß, ob sie ihr Kind, ohne durch nukleare Bomben getötet zu werden, auf die Welt bringen kann. Die Müt-

ter sollen sich freuen und sich keine Sorgen um die Zukunft machen müssen. Die Menschen werden in Frieden und Freundschaft miteinander leben. Sie werden lernen, sich gegenseitig zu helfen und alles zu tun, damit sich unser Erdball nicht in einen toten Stern verwandelt.

Anke RICHTER
9. Klasse

Ich möchte nach anderen Planeten fliegen

Ich möchte Weltraumforscher werden und auf andere Planeten fliegen. Aber damit die Weltraumforschung sich erfolgreich entwickelt, darf es im 21. Jh. keine militärische Konfrontation mehr geben. Wenn wir nicht am Wettrüsten teilnehmen müßten, um dabei nicht zurückzubleiben, könnte ich mir vorstellen, daß ich dann auch keine Hausaufgaben mehr zu erledigen brauche, weil das alles Roboter für mich erledigen. Denn im Maschinenbau ist es ja heute schon zum Teil so. Aber das kann nur erreicht werden, wenn Frieden ist.

Yvonne FRIEDRICH
9. Klasse

LESER ALS REPORTER



Lois Calvo Gorgal aus Spanien nannte das Foto: "Schule".

Täter und Opfer

Umweltkatastrophe am Rhein

Am Samstag, dem 1. November, traf gegen 3 Uhr nachts in der internationalen Hauptwarnzentrale in Mannheim, wo alle Informationen über Verschmutzungen des Rheins eingehen, ein Telegramm aus der Schweizer Stadt Basel ein: Ein Brand im Lager des Chemiekonzerns Sandoz. Zur Besorgnis, hieß es in dem Telegramm, bestehe keinerlei Anlaß.

Die Bundesbürger erfuhren aus den Morgennachrichten von dem Brand. Sie sahen dann später im Fernsehen das abgebrannte Lagergebäude am Ufer des Rhein, den blutrot gefärbten Fluß. Unter Hinweis auf einen Firmenvertreter erklärte ein Sprecher, es seien "harmlose Farbstoffe".

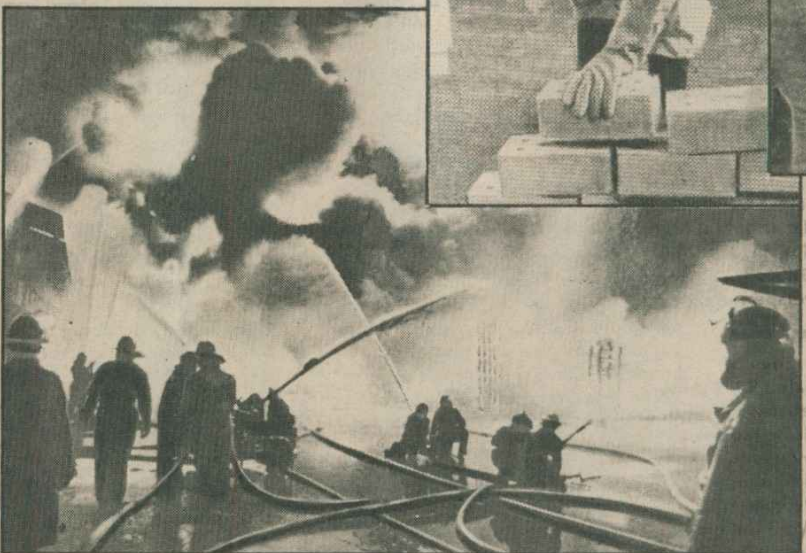
Um 11 Uhr morgens wurde die Bundesregierung über das Geschehen informiert. In Telegrammen an das Auswärtige Amt hieß es, kein Anlaß zur Beunruhigung.

Erst am nächsten Tag, einem Sonntag, warnte der Sandoz-Konzern per Telex alle Rheinwasserwerke, daß Giftstoffe in den Fluß geraten waren. Doch am Montag, dem 3. November, versuchte ein Sprecher des Umweltministeriums von Baden-Württemberg erneut, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Unter Hinweis auf Laborproben behauptete er, die Verschmutzung des Flusses nehme nicht zu, sondern gehe zurück.

4. November. Flußabwärts von Basel wurde eine hohe Konzentration von Giftstoffen entdeckt. Feuerwehrleute, Polizei und freiwillige Helfer entdeckten vergiftete Fische. Wissenschaftler äußern die Vermutung, daß das gesamte ökologische System des Rheins im Raum Basel tot ist. Nach Meinung des badenwürttembergischen Umweltministers Gerhard Weiser (CDU) aber bestehe "kein Grund zur Sorge". Seinen Worten zufolge seien nur 1500 Aale umgekommen.

Am vierten Tag nach der Katastrophe wurde bekannt, daß in Wirklichkeit die 150 000 Aale verendet sind. Im Ober-Rhein gibt es jetzt keine Aale mehr. Die Fischer, die sich seit Menschengedenken mit dem Aalfang befaßten, haben nun ihren Lebensunterhalt verloren. Doch Weiser behauptet hartnäckig: Die Belastung für den Rhein sei "relativ gering". Am 6. November gesteht das Schweizer Amt für Umweltschutz ein, daß das Ausmaß der Katastrophe anfangs "unterschätzt" wurde.

Am Freitag, dem 7. November, er-



reichte die Giftwelle den Raum Bonn. Die Pumpstationen, die dem Rhein Wasser entnehmen, wurden abgeschaltet. Die Städte werden mit Wasser aus anderen Reservoirs und Quellen versorgt. Doch nicht überall wurden rechtzeitig die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. In Unkel, Bad Hönningen und anderen Orten wird das Wasser von der Feuerwehr verteilt. Lange Menschenschlangen mit Eimern und Kanistern bildeten sich. Bundesumweltminister Walter Wallmann nimmt seine Kollegen aus der Schweiz in Schutz. Den Schweizer Behörden, sagt er, dürften keinerlei Vorwürfe gemacht werden. Sie hätten ja schnellstmöglich reagiert. Am gleichen Tag gab Regierungssprecher Friedhelm Ost eine genau entgegengesetzte Erklärung ab. Er wirft den Schweizer Behörden vor, sie hätten nicht rechtzeitig Alarm geschlagen.

In den nachfolgenden Tagen waren die Verantwortlichen einander gegenseitig zahlreiche Unterlassungen vor, doch niemand gestand eigene Fehler ein. Der Umweltminister von Rheinland-Pfalz, Klaus Töpfer (CDU), klagte: "Wir wurden am Anfang falsch und zu spät informiert." Den Vorwurf, nicht rechtzeitig genügend Trinkwasser gespeichert zu haben, weist der Bürgermeister von Unkel, Wolfgang Keiser, von sich. Töpfers Kollege aus Nordrhein-Westfalen, Klaus Mathiesen, erklärte, die Bundesregierung habe ihm

in einem kritischen Augenblick keinerlei Hilfe zukommen lassen.

Am 9. September gab der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Volker Hauff, eine Erklärung ab, in der er der Bundesregierung einige unangenehme Fragen stellte. Warum wurde nicht ein Krisenstab beim Bundesumweltministerium eingerichtet, wo man Rat einholen und sich über die Folgen der Katastrophe informieren könnte? Warum wurde nicht Druck auf die Schweizer Behörden ausgeübt, um zu klären, welche Stoffe sich in dem abgebrannten Lager befanden und welche von ihnen in den Rhein gelangten? Warum ergingen keinerlei Empfehlungen an Wasserwirtschaft, Industriebetriebe, Bauern, Fischer und Reedereien? Warum wurden nicht die Eltern, deren Kinder am Rheinufer spielen, vor möglichen Gefahren gewarnt? "20 Millionen Menschen leben am Rhein. Diese Menschen wurden von der Bundesregierung im Stich gelassen", schlußfolgert Hauff.

Was nun geschah tatsächlich in der Nacht zum 1. November in Basel?

Die natürliche Grenze zwischen der Schweiz und der BRD bildet der nach Westen fließende Rhein. Am Kilometer 170 macht er eine jähe Wende nach Norden und trennt jetzt schon die BRD und Frankreich.



Fünf Stunden lang wurde das Feuer in der Lagerhalle des Chemiekonzerns Sandoz in Basel bekämpft. Versuche, den Giftstoffen den Weg in den Rhein zu versperren, blieben erfolglos.

Eben in diesem Dreiländereck liegt Basel. In der Stadt und ihrer Umgebung leben 400 000 Menschen, von denen die Hälfte so oder so mit der chemischen Industrie verbunden ist. Hier befinden sich die Werke der Chemiekonzerne Hoffman-La Roche, Ciba-Geigy und Sandoz, die Schädlingsbekämpfungsmittel, Farbstoffe, Arzneimittel u. a. erzeugen. Längs des Rheins gibt es unzählige Lagerhallen mit Tausenden Tonnen hochgiftiger und explosiver Stoffe...

Der Brand brach im Lager Nr. 956 des Sandoz-Konzerns aus. Ein Angestellter des Konzerns war der erste, der ihn nach Mitternacht entdeckte. Als die Feuerwehr eintraf, schlugen die Flammen schon bis zu 60 Metern hoch. Wie sich herausstellte, wurden in dem Lager in Eisen- und Kunststoff-Fässern 1246 t diverse Stoffe — Fertigprodukte, Halbfabrikate und Rohstoffe — aufbewahrt. Unter anderem befanden sich hier 12 t organischer Quecksilberverbindungen (bereits einige Milligramm sind tödlich). Im gleichen Lager befanden sich 4 t leichtentzündliche Lösemittel, die unter besonderen Bedingungen zu lagern sind.

Um die Flammen zu löschen, setzten die 160 Feuerwehrleute eine riesige Wassermenge ein — 25 Kubikmeter pro Minute, obwohl sie wußten, daß sich nur 15 m (!) vom Lager Nr. 956 entfernt eine Halle befindet, wo Natrium und andere Stoffe, die bei Berührung mit Wasser explodieren, lagern. Dahinter aber liegt eine Halle mit Phosgen — einem Gas, das während des ersten Weltkrieges als Giftgas, bekannt unter der Bezeichnung "Grünkreuz", eingesetzt wurde. In der indischen Stadt Bhopal forderte austretendes Phosgen im Werk eines US-Konzerns im Dezember 1984 mehr als 2000 Menschenleben.

Kaum kann man sich die Ausmaße der Katastrophe vorstellen, wenn es nicht

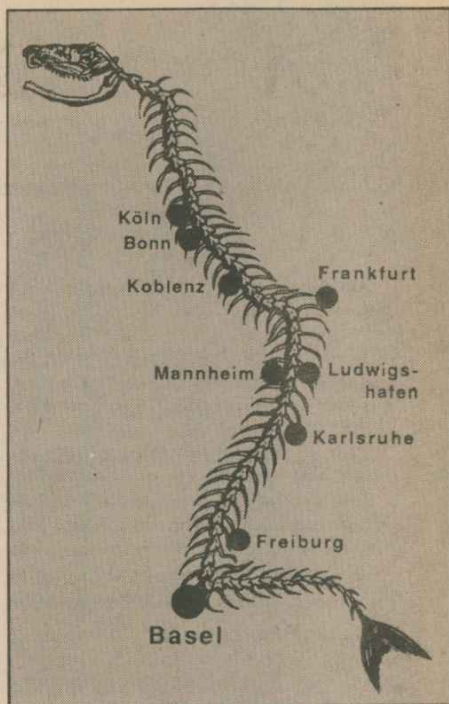
gelingen wäre, die Ausbreitung des Feuers auf die benachbarten Bauten zu verhindern. Glücklicherweise gelang das den Feuerwehrleuten. Doch zusammen mit Tausenden Kubikmetern Wasser flossen auch Dutzende Tonnen verschiedener Stoffe, darunter nicht weniger als 200 kg Quecksilberverbindungen, in den Rhein. Der Giffleck, der später 70 km lang wurde, bewegte sich nach Norden und vernichtete alles Leben auf seinem Weg.

Nicht nur der Rhein, sondern auch der Luftraum über Basel wurde vergiftet. Um 2 Uhr nachts wurde der Verkehr auf der unweit gelegenen Autobahn gesperrt. Eine Stunde später heulten in der Stadt die Sirenen auf, und per Rundfunk wurde in Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch und Türkisch sowie in Schweizerdeutsch immer wieder die Meldung durchgegeben: "Schließt die Fenster! Verlaßt die Häuser nicht!" Erst eine Stunde, nachdem der Brand gelöscht war, wurde Entwarnung gegeben.

Die Ursachen des Brandes sind bislang nicht geklärt, und niemand weiß, ob das geschehen wird. Da fragt sich, ob die Bosse von Sandoz gewußt hatten, zu welchen Folgen ein Brand im Lager Nr. 956 führen kann. Ja, das war ihnen bekannt. Haben sie das Notwendige getan, um einen Brand zu verhüten und, sollte er doch ausbrechen, den Schaden weitmöglichst zu begrenzen? Nein, solche Maßnahmen wurden nicht ergriffen. Davon zeugt ein Dokument, das in den Besitz der Fraktion der Grünen im Bundestag gelangte.

Wie sich herausstellte, hatten Vertreter der Zürich-Versicherung, mit der Sandoz einen Kontrakt schließen wollte, darauf aufmerksam gemacht, daß das Lager Nr. 956 schlecht mit Brandbekämpfungsmitteln ausgerüstet war. Die 1968 errichtete Halle war für die Lagerung von Ausrüstungen und Maschinen, nicht aber von Giftstoffen bestimmt. "Im Brandfall", schrieben die Versicherungsagenten abschließend, "sei nebst einer Luftverschmutzung mit einer Gewässerverschmutzung durch Vermischen des Hydrantenwassers mit Chemikalien zu rechnen." Eben so sollte es kommen.

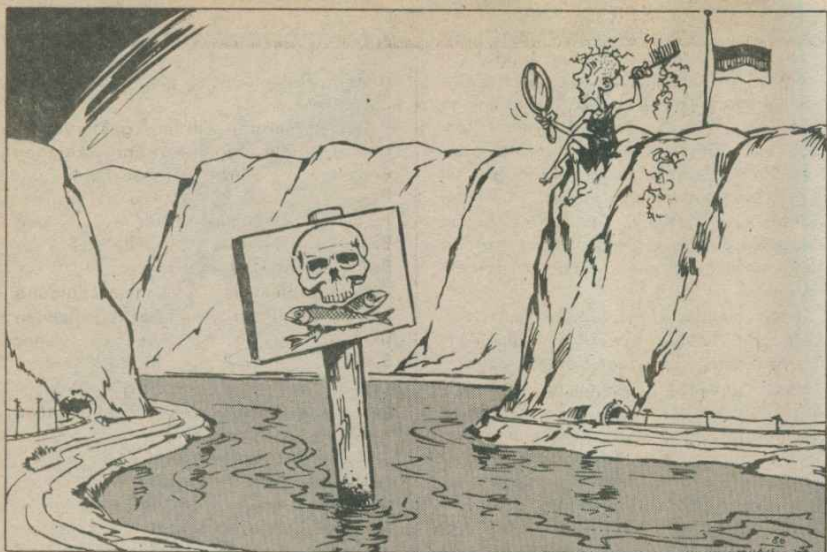
Unterdes hätte das Unglück vermieden werden können, wenn die Leitung der Firma den Ratschlägen, die in besagtem Dokument dargelegt wurden, gefolgt wäre. Die Ratschläge waren recht einfacher Natur: entweder die Lagerhalle mit automatischen Feuerlöschapparaten auszurüsten oder die Sammelreservoirs zu vergrößern, damit das Wasser nicht in den Rhein gelangt. Weder das eine noch das andere geschah. Die 125 000 Franken für die Installation von Feuerlöschern — das war der Leitung des Konzerns mit einem Jahresumsatz von 8,5 Md. Franken zu teuer. Der Kontrakt wurde vielmehr mit dem bundesdeutschen Versicherungskonzern Gerling geschlossen, dessen Vertreter weniger



strenge Forderungen stellten. Und der Gerling-Konzern wird jetzt möglicherweise 20 Mio Franken zahlen müssen — eben auf diese Summe wird der unmittelbare Schaden geschätzt, der dem Konzern durch den Brand zugefügt wurde. Und der Schaden, den der Rhein genommen hat?

Der Gerechtigkeit halber sei gesagt, daß an der Vergiftung des Rheins nicht nur Sandoz schuld ist. Wasserproben, die dem Fluß entnommen wurden, zeigten, daß in großen Mengen Atrazin, ein Pflanzenschutzmittel, enthalten ist. Atrazin wird von den Sandoz-Werken nicht erzeugt. Wie die Ermittlungen ergaben, wurde es von der benachbarten Firma Ciba-Geigy in den Fluß geleitet — in der Hoffnung, dies werde niemand bemerken, da die allgemeine Aufmerksamkeit der Katastrophe bei Sandoz galt.

Noch rollte die erste Giftwelle rheinabwärts, da warnten die Baseler Behörden bereits vor der zweiten. Am 7. November kam es im gleichen Werk des Sandoz-Konzerns zu einem erneuten Störfall: Durch ein Leitungsloch gelangten bis zu 60 t vergifteten Wassers in den Fluß. Möglich ist auch eine dritte Welle: Ein Teil der Giftstoffe setzte sich auf dem Flußboden unweit der abgebrannten Lagerhalle fest. Wenn sich durch die herbstlichen Regenfälle die Strömung beschleunigt, wird der Fluß all das nach Norden tragen. Zwar unternimmt der Konzern Versuche, den Rheinboden zu säubern, doch das wird schätzungsweise einige Wochen dauern, und all diese Zeit werden die Menschen in ständiger Sorge leben.



Damit aber hatten die Störfälle in Baseler Werken noch kein Ende genommen. Am Morgen des 20. November wurden die Einwohner per Rundfunk erneut davor gewarnt, Fenster und Türen zu öffnen. Diesmal war Giftgas in einer Versuchsanlage von Ciba-Geigy ausgetreten...

Noch hatte sich die Giftwolke über dem Brand in Basel nicht verflüchtigt, da erklärte ein Sprecher des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), daß in der BRD derartige Katastrophen "ausgeschlossen" seien. Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" konstatierte diesbezüglich: "Die Gefahr großer Chemieunfälle mit katastrophalen Folgen wird, außer von den Sprechern der Großkonzerne, von niemand bestritten."

Zu kleineren Störfällen kommt es ständig — selbst nach Angaben des VCI zu nicht weniger als 10 Unfällen jährlich. In Wirklichkeit sind es Experten zufolge fünfmal mehr.

Nicht selten sind auch große Störfälle. Als "Vorläufer der Sandoz-Katastrophe" bezeichnete die "Frankfurter Rundschau" einen Großbrand in Ludwigshafen in einer Lagerhalle des BASF-Konzerns. Dort waren 400 t hochtoxischer Stoffe gelagert. Ein Teil von ihnen gelangte zusammen mit dem Löschwasser in den Rhein. Zweimal, im Juli 1980 und im April d. J., explodierte eine Anlage der Firma Bayer für die Verbrennung chemischer Abfälle. Eine unbekannte Menge nur der Firmenleitung bekannter chemischer Stoffe trat aus. Die Aufzählung derartiger Vorfälle ließe sich noch lange fortsetzen...

Die Bosse der chemischen Industrie der BRD suchen auf jegliche Weise beliebige staatliche Kontrolle (von einer Kontrolle der Öffentlichkeit kann nicht einmal die Rede sein) über die Sicher-

Die schönste Jungfrau sitzet
Dort oben wunderbar,
Ihr goldenes Geschmeide blitzet,
Sie kämmt ihr goldenes Haar

Was hätte Heinrich Heine heute geschrieben!

heit der Betriebe zu verhindern. Sechs Jahre zimmerten Bürokraten an einer "Verordnung", in der erforderliche Sicherheitsmaßnahmen und die Pflichten der Firmen bei einem Störfall aufgeführt werden. Doch in der "Verordnung" sind, wie "Der Spiegel" konstatiert, zahlreiche Störfälle nicht erfaßt. Selbst der Begriff des "Störfalls" wird sehr eigenartig interpretiert. Erstaunlich ist auch, daß laut "Verordnung" die Betriebe die Behörden nur über Luftverschmutzungen zu informieren haben. Die Vergiftung des Wassers oder des Bodens gilt nicht als "Störfall".

Als Störfall gilt nur, was "Gemeingefahr" birgt, die aber betrifft nur Lebensgefahr für Menschen, die nicht zum Bedienungspersonal (kann das einfach ignoriert werden?) gehören, Gesundheitsgefahren für eine "große Zahl" von Menschen oder "Sachen von hohem Wert außerhalb der Anlage". So gilt die Explosion in einer Äthylen-Anlage im Januar 1985, bei der 29 Arbeiter verletzt, Metallteile auf die unweit gelegene Autobahn Bonn-Köln getragen und in einem Umkreis von 10 km Fenster zerstört und Dächer von den Häusern gefegt wurden, nicht einmal als Störfall. In der "Verordnung" geht es um Sicherheitsmaßnahmen nur bei Produktionsanlagen, nicht aber bei Lagerhallen, nicht erwähnt sind auch viele hochtoxische Stoffe. Die Beamten, selbst wenn sie nicht in ihrer Tätigkeit behindert werden, sind einfach nicht in der Lage, die Einhaltung der "Verordnung" zu überwachen. So haben im Raum Köln

14 Angestellte die Tätigkeit von 150 Betrieben zu kontrollieren.

Als "chemische Zeitbomben" bezeichnete die UZ die Werke der Konzerne Bayer, Hoechst und BASF.

Doch in der BRD gibt es chemische Bomben nicht nur im übertragenen, sondern auch im direkten Sinne. Sie befinden sich in den US-Arsenalen in Rheinland-Pfalz und reichen voll und ganz, um alles Leben in Europa zu vernichten. Doch auch in Friedenszeiten stellen sie eine enorme Gefahr dar. "Unfälle mit Giftgas sind keineswegs ausgeschlossen", schrieb der bundesdeutsche Publizist Wolfgang Bartels in seinem Buch "Pulverfaß Bundesrepublik". Er erinnert daran, daß im März 1968 beim Entweichen von Giftgas im US-Bundesstaat Utah 6400 Schafe verendet. Die Weiden dort nehmen 500 Quadratkilometer ein. In der BRD leben auf einer solchen Fläche durchschnittlich 130 000 Menschen. Die Bundesregierung aber lehnt den Vorschlag für die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa ab.

Zurück zur Katastrophe von Basel. Ihre Folgen sind noch nicht voll erkennbar. Doch schon jetzt ist klar, daß der Rhein in seinem ganzen Lauf von Basel bis Mannheim — mindestens auf 330 km — tot ist.

Bereits nachdem dieser Bericht nach Moskau übermittelt war, explodierten am Rhein zwei weitere "chemische Zeitbomben". Am 21. November, gegen 6 Uhr morgens, platzte ein Rohr des Kühlsystems im Ludwigshafener Werk des BASF-Konzerns. An die 2 t Giftstoffe, die zur Unkrautvernichtung bestimmt waren, ergossen sich in den Rhein. Wieder wurde Alarm geschlagen, wurden die Wasserpumpen abgeschaltet, werden Städte aus Ersatzreservoirien mit Wasser versorgt.

Am nächsten Tag kam es zu einem schweren Störfall in einem Werk des Hoechst-Konzerns. Bis zu 50 kg Chlorbenzol gelangten in den Main. Während die BASF-Bosse versuchten, das Ausmaß des Störfalls herunterzuspielen, indem sie behaupteten, es gehe um einen leichtlöslichen und ungefährlichen Stoff (das Gegenteil war der Fall), informierten Anlieger die Behörden telefonisch über das Unglück bei Hoechst. Klaus Mathiesen sprach im Fernsehen erneut von der "skandalösen Informationspolitik" der Chemiekonzerne.

Einige Tage vor dem Störfall hatte Bundesminister Wallmann die Hoechst-Werke besucht und ... die Konzernleitung für die angeblich vorbildlichen Sicherheitsmaßnahmen gelobt.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Bonn

Fotos und Zeichnung aus "Stern", "Die Zeit" und "Die Welt"

"NEUE ZEIT" 48.86

Fackeln im Wappen

Erfolge und aktuelle Probleme

Jugoslawiens

Im Spätherbst 1943 ereignete sich in Jugoslawien ein historischer Vorgang: Auf von Partisanen befreitem Territorium fand in Jajce das 2. Antifaschistische Vjece der Volksbefreiung Jugoslawiens statt. Es faßte den historischen Beschluß über die Grundlagen eines zukünftigen sozialistischen Staates, der Föderativen Republik. Zwei Jahre später, am 29. November 1945, wurde in Belgrad die Föderative Volksrepublik ausgerufen.

Der Saal in Jajce, in dem vor 43 Jahren das "Partisanenparlament" tagte, wird im damaligen Zustand belassen. Auf den Stühlen liegen Kartentaschen, Feldmützen und Sanitärertaschen. Es scheint, als würden jeden Augenblick die Delegierten hereinkommen und ihre Arbeit fortsetzen und als wäre draußen Krieg. Dabei sind Schützengräben und Bombenkrater längst von Gras überwuchert.

Das Arbeitszimmer von Branko Kitanovic. Vom Fenster weht es kühl herein. Ein Belgrader Abend. Das nicht sehr große Zimmer ist mit Büchern vollgestellt. Serbische, kroatische und russische Titel auf den Bücherrücken. Nicht nur in Jugoslawien, sondern auch im Ausland kennt man Kitanovic als bedeutenden Geschichtsforscher. Aus seiner Feder stammt ein fünfbändiges Werk über die Entscheidungsschlachten des 2. Weltkriegs.

Kitanovic: "Ich schreibe deshalb so viel über den letzten Krieg, weil die Trauer über die Verluste uns nicht allein ehrendes Gedenken abfordert, sondern meine Bücher sind, wenn auch der Vergangenheit gewidmet, gegenwartsbezogen."

Jedes Jahr erinnert der Tag der Republik die Jugoslawen an das Erlebte und zwingt sie, über die Zukunft nachzudenken.

Die Jahre des Friedens waren für Millionen Jugoslawen Jahre der Aufbauarbeit. Es ist eine Tatsache, daß heute in anderthalb Monaten die Industrie so viel produziert, wie im ganzen Jahr 1947. Ich gebe zu, daß ich mir auf der Wirtschaftskarte der SFRJ gern solche wichtigen Objekte ansehe, die mit Hilfe unseres Landes gebaut wurden, wie etwa Kraftwerke, Metallbetriebe und Tagebauanlagen für Kohleförderung.

In den Jahren der Volksmacht wuchs Belgrad und wurde schöner. Die Stadt wurde zu einem einzigartigen Testge-

lande für Bautätigkeit und Inbetriebnahme neuer Objekte, wie z. B. des ersten Maschinenbaubetriebs Jugoslawiens, der Ivo-Lola-Ribar-Werke, und der nach Josip Broz Tito benannten größten Werft des Landes für Flußschiffe. In der Hauptstadt produzieren bereits Hunderte von Werken und Industriebetrieben, die 28 Volkswirtschaftszweige repräsentieren.

Gegenwärtig werden in jugoslawischen Zeitungen Planentwürfe für 1987 diskutiert. Die Statistik zeigt einen Zuwachs des industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsumfangs. Die Zahl der Arbeitskräfte hat zugenommen. Die Bauern arbeiteten insgesamt erfolgreich. Sie produzierten 4,8 Mio t Weizen. Das ist noch unterhalb des Plansolls. Mit über 12 Mio t Mais erwartet man eine Rekordernte. Schon seit Jahren entrichtet die Tourismusindustrie ihren Obolus in die Staatskasse und vergrößert das dringend erforderliche Deviseneinkommen. Man kann sagen, daß sich das ganze Land für die Realisierung der Aufgaben einsetzt, die im langfristigen Programm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gestellt sind.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Mitte des Jahres von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Wirtschaftsstabilisierung noch nicht den nötigen Effekt gezeigt haben. Vor der Skupstina der SFRJ erklärte Zarko Papic, Generaldirektor der Bundesverwaltung für öffentliche Planung, daß der Exportplan für das laufende Jahr nicht erfüllt und somit keine positive Zahlungsbilanz erreicht werde.

Die Wirtschaftslage bleibt nach wie vor schwierig. Diese Schlußfolgerung zogen Teilnehmer einer Regierungstagung im September, bei der es hieß, daß ungeachtet der eingeleiteten Maßnahmen in mehreren Produktionszweigen noch keine radikalen Veränderungen stattgefunden hätten. Die Inflationsrate bleibt hoch. Der Export nimmt ab. Es besteht eine Kluft zwischen den produzierten materiellen Gütern und der hohen Nachfrage. Für kommunale Dienstleistungen, besonders Stromrechnungen, geht ein beträchtlicher Teil der Arbeitslöhne drauf. Ein jugoslawischer Journalist dazu: „An Nachrichten über Preissteigerungen herrscht bei uns kein Mangel. Gehen Sie in irgendein Geschäft und Sie sehen, wie die Verkäufe-

rinnen fast täglich die Waren neu auspreisen."

Die Regierung will energisch vorgehen und die negativen Entwicklungen abstellen. Es wurde vorgeschlagen, das Plansystem, den Bezug und die Verteilung von Einkommen, das Kredit- und Banksystem sowie den Bereich der Preisbildung zu ändern.

Das Problem der Devisenverschuldung bleibt aktuell. Auch wenn es Jugoslawien gelang, die Tilgung eines Teils seiner Schulden bei westlichen Kreditgebern zu stunden, sind die Zahlungsverpflichtungen für dieses Jahr hoch: etwa 4,5 Md. Dollar.

Dusan Kkebic, Mitglied des ZK-Präsidiums, bemerkte auf dem Juli-Plenum des ZK des BdKJ: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen zunächst einmal auf das Konto verzögerter und unentschlüssener Realisierung des langfristigen Programms für die wirtschaftliche Stabilisierung, eines für die Wirtschaftspolitik notwendigen, aber



Belgrads Neubauten

Foto: TASS

nicht erarbeiteten Komplexprogramms, auf das Konto einer zurückgebliebenen Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung und unzureichender Aktivitäten der jugoslawischen Kommunisten bei der Überwindung des Krisenzustands, indem der XIII. Parteitag des BdKJ dazu aufrief, gegen Tendenzen der wirtschaftlichen Isolierung der Republiken und autonomen Gebiete zu kämpfen und forderte, einen einheitlichen Binnenmarkt für ganz Jugoslawien zu schaffen.

Gegenwärtig widmet man der Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen, der kommerziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern große Aufmerksamkeit. Da sie sich auf gegenseitigen Vorteil gründet, wirkt sie auf die jugoslawische Wirtschaft stabilisierend, meinen viele führende Politiker

der SFRJ und kritisieren protektionistische Maßnahmen, die einige westliche Länder über jugoslawische Waren verhängt haben. In den außenwirtschaftlichen Beziehungen Jugoslawiens kommt den RGW-Ländern zunehmend größere Bedeutung zu. Jetzt übersteigt ihr Anteil am Außenhandel der SFRJ 40 Prozent. Laut Statistik stieg der Umfang gegenseitiger Lieferungen seit 1964 um das 20fache. Nicht nur eine quantitative, sondern eine qualitative Steigerung der Zusammenarbeit ist angezeigt. Es gibt Reserven, wie die jugoslawische Presse ihren Lesern während der 42. RGW-Tagung mitteilte. Die Zeitungen hoben besonders hervor, daß die sozialistischen Länder eine intensive Nutzung direkter Kontakte, Kooperation und Spezialisierung der Produktion und den Aufbau gemeinsamer Betriebe anstreben.

Dazu gibt es gute Erfahrungen. Nehmen wir die Kooperation. Sie wurde angebahnt durch die ersten Produktionskontakte zwischen den Autobauern von Kragujevac, Togliatti und Warschau. Über ähnliche Kontakte verfügen heute der jugoslawische Maschinenbau, die chemische Industrie, der Schiffbau und der Bau von KKW-Ausrüstungen. Der Schiffbau ist der führende Wirtschaftszweig Jugoslawiens und für den Export von großer Bedeutung. Die Werftindustrie gilt als Grundlage des gesamten Maßnahmensystems für die Wirtschaftsstabilisierung. Sie arbeitet erfolgreich, hat aber Schwierigkeiten mit den Devisenreserven für den Kauf von Material und Ausrüstungen. Die Kapazitäten der jugoslawischen Flußwerften sind nur zur Hälfte ausgelastet. Die der Seewerften noch weniger.

Andrija Teodorovic, Handelsdirektor der ältesten jugoslawischen Werft, der Tito-Werft in Belgrad, sagt: „Jetzt ist es nicht nur schwer, Schiffe zu bauen, sondern auch, sie zu verkaufen. Wir brauchen einen Koffer voller Aufträge. Deswegen schätzen wir auch die langjährige Zusammenarbeit mit der sowjetischen Sudoimport.“

Knapp ein Monat vergeht, und an den Ufern der Sava herrscht das bunte Treiben des Belgrader „Vasar“, des Jahrmarkts zum Neuen Jahr. Wie üblich wird es viel Musik geben, Frohsinn und Heiterkeit für Kinder und Erwachsene. Jugoslawen, von Natur aus Optimisten, feiern die Feste, wie sie fallen.

Das Land macht zwar eine schwierige Etappe durch, aber die Menschen sind überzeugt, daß sie die Schwierigkeiten überwinden, wenn sie alle an einem Strang ziehen...

Ich betrachte das Landeswappen. Sechs verbundene Fackeln symbolisieren die Einheit der 6 Republiken, mit einem blauen Band umwundene Weizenähren und das Datum: Der 29. November 1943, der Geburtstag des neuen Jugoslawien.

W. BESKROMNY

Belgrad--Moskau

Herbstliche Dauerläufe

Nikita JERMAKOW

Die Kapitalistenlogik war auch die von Monsieur George Besse. Zum Präsidenten, d. h. zum Generaldirektor des staatlichen Automobilkonzerns Renault bestellt, handelte er dementsprechend. Als die Direktion für den 21. November eine Sitzung der Konzernleitung ansagte, wußte jeder, daß sie den Abbau weiterer 5000 Arbeiter beschließen wird. In den letzten beiden Jahren war es schon 21 000 Renault-Arbeitern so ergangen. Am Jahresende wird Renault nur noch 75 900 Beschäftigte haben (gegenüber 100 000 im Jahre 1984).

Schläger von der illegalen ultralinken "Action directe", die gehofft hatten, den Kapitalismus mit Terrormethoden vernichten zu können, beschlossen, statt überhaupt Blut zu vergießen, das bei Monsieur Besse zu tun. Sie gaben in einer Straße von Paris aus nächster Nähe mehrere Schüsse auf ihn ab und verschwanden. Besse starb. Der Kapitalismus blieb am Leben.

Der Schock infolge dieses Terroraktes hielt nur einige Tage an. Politiker und Journalisten griffen wieder die brennenden Probleme auf: die Haushaltsdebatte im Parlament, die Ummodellierung der Wahlkreise, die Reprivatisierungen, den Verkauf der staatlichen TV-Gesellschaft TF 1 und die Reform des Bildungswesens, gegen die entschlossene Massenmanifestationen am 23. und 24. November stattfanden.

Der 21. Oktober hatte es besonders in sich. Erstmals seit 9 Jahren ein Streik bei den staatlichen Diensten. Er war von den meisten Gewerkschaftsbünden ausgerufen worden, angefangen von der militanten Allgemeinen Arbeitskonföderation (CGT) bis zur versöhnlicheren Force Ouvrière und den sogenannten autonomen Verbänden, die sich meistens damit begnügen, die Interessen ihrer Berufsgruppen wahrzunehmen. Oft fiel der Strom aus, die Züge fuhren nicht, und auf den Pisten standen reglos zahlreiche Flugzeuge. Postämter und Schulen blieben geschlossen, der Stadtverkehr funktionierte spärlich, die Bildschirme starren leer. Das Personal mancher Privataffirmen trat in einen Solidari-

tätsstreik. Jede Gewerkschaft hatte den Streik, getrennt von den anderen, ausgerufen und veranstaltete selbständig Kundgebungen (in Paris allein fanden an diesem Tag 6 statt, und die der CGT hatte rund 100 000 Teilnehmer). Obwohl also die für die Unternehmer vorteilhafte Gewerkschaftsspaltung anhält, hat der Aktionstag vor Augen geführt, daß Frankreichs Gewerkschaftsbewegung in einer Einheitsfront vorzugehen vermag.

Das hat objektive Ursachen. Nach der Rückkehr der Rechten zur Macht setzte eine planmäßige Demontage des staatlichen Wirtschaftssektors ein und wurden in diesem Sektor 19 000 "überflüssige" Arbeitsplätze liquidiert. Die Behörden legten die Gehälter ihrer Angestellten auf Eis und lehnten Verhandlungen darüber ab.

Der Aktionstag im Oktober brachte den ersten heftigen und folgens schweren Zusammenstoß der Werk tätigen mit der Regierung Chirac. Der soziale Konflikt hat noch krasser als sonst in Erscheinung treten lassen, daß die Innen- und Sozialpolitik der Rechtsmajorität im Interesse der herrschenden Klasse und nicht der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit Frankreichs liegt.

Die Klassenpolitik der Regierung kommt in der Nationalversammlung deutlich zum Ausdruck. Die übliche Herbsttagung des Parlaments wird ein Haushaltsdauerlauf genannt, denn die den Deputierten und Senatoren vorliegende Kardinalfrage ist der Staatshaushalt für 1987. Vor dem Langstreckenlauf sind die Parlamentarier jedoch mehrmals zum Sprinten gestartet.

Erstens haben sie einen Zusatz zum Gesetz über die Reform im staatlichen Funk und Fernsehen angenommen (er ist nach seinem Urheber, dem Minister für Kultur und Kommunikationen, das Leotard-Gesetz genannt). Die "Reform" betrifft namentlich eine Versteigerung der ältesten Fernsehgesellschaft, der TF 1. Das Leotard-Gesetz wurde auf Forderung des Verfassungsrats abgefaßt. Damit will man die Möglichkeiten zur Monopolisierung der Massenmedien einengen. Nach Dafürhalten der Linksoption

und die angeregten Maßnahmen nicht wirksam genug, ja eigentlich nur formal. Charles Fiterman, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der FKP, hat erklärt, daß das genannte Gesetz der Monopolisierung des Wortes keine Grenzen setze, sondern nur Regeln dafür festsetze.

Zweitens will die Regierung eine Annahme ihres Projekts für die Ummodellierung der Wahlkreise durchsetzen.

Rein äußerlich wirkt das Problem ganz harmlos und sollte eigentlich keinen Sturm auslösen. Die Besiedlungssituation verändert sich, die Bevölkerung wechselt ihre Wohnorte, weshalb es Zeit sei, die Wahlkreise des Landes so abzuändern, daß ungefähr die gleiche Anzahl der Wahlberechtigten ihren Deputierten wählt.

Wie aber will man die Grenzen der Wahlkreise verlegen? Was geschieht, wenn man in der Hafenstadt Le Havre ein Armenviertel mit Villenvororten und mit Kleinstädten und Dörfern im Umkreis von zehntausenden Kilometern in einem neuen Wahlkreis zusammenlegt? Ganz einfach: Die Kommunisten und Sozialisten werden nicht nur mit Wählern zu tun haben, sondern auch mit ihnen sympathisieren, sondern auch mit solchen, die ihnen feindselig gegenüberstehen und die sie schwer zu gewinnen imstande sein werden. Die Stimmen der dortigen Hafenarbeiter, die gewöhnlich die Linken wählen, werden durch die Vielzahl der die Rechten wählenden Kleinbürger und reichen Leute übergehen. Nach der Umstellung werden die kommunistischen Kandidaten 100 000–140 000 Stimmen brauchen, um gewählt zu werden, ein Rechter dagegen nur 40 000.

Auf Ersuchen der Zeitung "Le Monde" hat die bekannte Meinungsforschungsfirma SOFRES untersucht, wie die Nationalversammlung ausgesehen hätte, wenn an die Märzahlen in zwei Wahlgängen nach dem Majoritätssystem (das von den Rechten schon im Sommer wiederhergestellt worden ist) und bei den neuen Wahlkreisen abgehalten hätte.

Da hat sich folgendes herausgestellt: In den gleichen fast 45 Prozent der Stimmen hätte die Linksoption im Parlament weniger als 26 Prozent der Mandate bekommen. Die FKP, die im März 10 Prozent der Wähler für sich hatte, wäre darin nur mit 14 Deputierten vertreten gewesen, was 2,5 Prozent aller Mitglieder der Nationalversammlung ausmacht. Dabei wäre die Zahl der Deputierten der Rechten bei derselben Stimmenzahl um 100 gestiegen.

Die Ummodellierung der Wahlkreise kann das Kräfteverhältnis innerhalb der herrschenden Majorität verändern. Die meisten zusätzlichen Mandate bekäme die Sammlungsbewegung für die Re-

publik (RPR). Dadurch würde diese Partei im Rechtsblock die dominierende Stellung einnehmen, und ihre Partnerin, die Union für die Französische Demokratie (UDF), müßte die Rolle ihrer Stütze spielen.

Natürlich kam es wegen dieses Projekts zu einem erbitterten politischen Streit. Ursprünglich hatte die Regierung in aller Stille eine entsprechende Verordnung abfassen wollen, die nach Unterzeichnung durch den Staatschef und ohne Bestätigung durch das Parla-

ment (10,5 Prozent), Kultur (um 6,4 Prozent) und Landwirtschaft (um 1,7 Prozent).

Dagegen ist für das Militär um 6,8 Prozent mehr Geld als dieses Jahr eingeplant.

Ein anderes wichtiges Moment ist die von den Rechten versprochene Steuerkürzung. Formal beweist die Regierung Großzügigkeit, sie senkt die direkten Steuern um ca. 27 Md. Franc, wovon zur Hälfte auf die einfachen Steuerzahler entfällt. Die Gewinner dabei sind nur rund 100 000 Personen. Von Vorteil für



Die Teilnehmer dieser Pariser Gewerkschaftsdemonstration sagen "Nein!" zur Regierungspolitik

Foto: TASS

ment in Kraft getreten wäre. Die Kommunisten enthüllten die Hintergründe dieses in Vorbereitung befindlichen Schachzugs und machten die Öffentlichkeit mit Massenkundgebungen darauf aufmerksam. Unter diesen Umständen unterließ es Präsident Mitterrand, die Verordnung zu unterzeichnen. Sie wurde in eine Gesetzesvorlage umgearbeitet und im Parlament zur Debatte gebracht. Der Ministerpräsident stellte wieder einmal die Vertrauensfrage. Für die Entschließung, ihm das Vertrauen zu entziehen, kam keine Stimmenmehrheit zustande und konnte es rechnerisch auch gar nicht. Infolgedessen war die Vorlage in der Nationalversammlung automatisch angenommen und ging an den Senat weiter.

Nach diesen beiden Kurzstreckenläufen trat das Parlament den Etatdaueralauf an. Was will die rechtsstehende Regierung?

Vor allem den Fehlbetrag im Etat verringern, und zwar durch Kürzung der staatlichen Aufwendungen, Abbau staatlicher Angestellter und Verringerung der Aufwendungen für Industrie (um

sie sind die Abschaffung der Steuer auf besonders große Vermögen und die Senkung der Gewinnsteuer. Was die einfachen Leute betrifft, so steigen ihre Sozialabgaben ungefähr um die gleiche Summe, um die die Steuern gesenkt werden. Auch werden die indirekten Steuern erhöht.

Es sei ganz klar — schreibt das katholische Wochenblatt "Temoignage chrétien" —, daß der neue Etat nur für einen von 100 Steuerzahlern, d. h. für die reichsten Leute Frankreichs, von Vorteil sein wird. Der ehemalige sozialistische Ministerpräsident Laurent Fabius sagte im Parlament, die Gewinner dabei seien die Hauptklienten der regierenden Majorität, 100 000–130 000 reiche Leute, gerade in deren Interesse sei der neue Etat aufgestellt worden.

Die Haushaltsdebatte hat erst begonnen. Neue Gefechte stehen bevor. Inzwischen macht sich in den Wandelhallen und in den Arbeitszimmern der Regierung die Stimme der Straße immer lauter vernehmbar.

Der morgige Tag im Kosmos— wie wird er sein?

Interview mit Pjotr Klimuk,
Fliegerkosmonaut, zweifacher Held
der Sowjetunion

NZ: Es ist schon einige Jahre her, daß der US-Präsident beharrlich die Reklametrommel für sein "Sternenkriegsprogramm" rührt und behauptet, der "Weltraumschild" werde den Menschen größere Sicherheit bieten und die Welt vor den Schrecken eines Kernwaffenkriegs bewahren. Wie denken Sie darüber?

Klimuk: Seinerzeit behauptete Präsident Truman, die Atombombe sei ein wahrer Segen, sie beschere den Amerikanern Frieden und Sicherheit. Er hörte nicht auf Albert Einstein, der forderte, die Bombe solle vernichtet werden. Ebenso wenig auf den Vorschlag der Sowjetregierung, die Atomwaffen zu verbieten. Man verließ sich auf den Alleinbesitz der nuklearen Geheimnisse. Jetzt werden die Menschen schon seit 40 Jahren vom Alpdruck eines eventuellen Kernwaffenkriegs gepeinigt.

Heute will Präsident Reagan nicht auf die Öffentlichkeit und auf Wissenschaftler der USA hören, zu denen ziemlich viele Nobelpreisträger zählen und die dagegen sind, daß nukleare Weltraumwaffen entwickelt werden. Er hat auch taube Ohren für die sowjetische Aufforderung, eine Ausdehnung des Wettübens auf den Weltraum nicht zu dulden. Wieder baut man auf eine absolute militärische Überlegenheit. Das ist ein Hirnspinnst. Die UdSSR läßt nicht zu, daß jemand die militärische Überlegenheit über sie gewinnt. Das hat Michail Gorbatschow auf der Pressekonferenz in Reykjavik nochmals bekräftigt. Dort sagte er, daß die Antwort der Sowjetunion weniger kostspielig sein und von uns keine großen Opfer fordern wird.

Die Idee einer militärischen Überlegenheit ist an sich schon illusorisch. Die Geschichte des Wettübens lehrt eindeutig, daß die Welt mit jedem höheren wissenschaftlichen und technischen Niveau der militärischen Entwicklungen immer gebrechlicher wird. Die Ver-

wirkung von SDI soll die bestehende Parität, das strategische Gleichgewicht zunichte machen und die Welt damit an den Rand eines nuklearen Infernos treiben. Kein verantwortungsbewußter Politiker redet jetzt von einem Sieg im Kernwaffenkrieg.

NZ: Jetzt wird in Diskussionen überall von der Zuverlässigkeit des kosmischen Raketenabwehrsystems gesprochen.

Klimuk: Leider ist sie so unerreichbar wie das Perpetuum mobile. Nehmen wir z. B. die Luftfahrt als den Ursprung der Raumfahrt. Die Brüder Wright starteten im Jahre 1903. Seitdem hat kein einziger Flugzeugbetrieb Maschinen von absoluter Sicherheit entwickeln können, und jedes Jahr kommt es auf der Welt zu Hunderten Flugzeugkatastrophen, bei

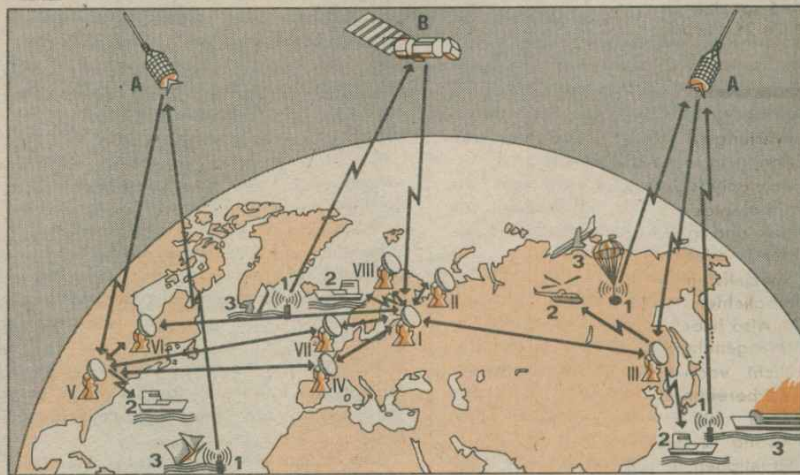
denen Menschen den Tod finden. Ein Irrtum von Computern des Raketenabwehrsystems kann alle Passagiere des "Raumschiffs" Erde das Leben kosten.

Aber hier ein stichhaltigeres rein militärisches Beispiel: 1979 und 1980 allein signalisierte die Befehlsstelle der Luftverteidigung der USA und Kanadas (NORAD) über 150mal fälschlich einen Kernwaffenangriff auf die USA. Nach dortigen Angaben zu urteilen, kommen solche Signale auch jetzt etwa zweimal wöchentlich. Nehmen wir einmal an, die Computer der Raketenabwehr haben so ein falsches Signal aufgefangen. Die Welt geriete in die Gewalt unglaublich schnell reagierender Automaten.

Kommen wir nun zur Raumfahrt. Auch sie kann sich keiner absoluten Sicherheit ihrer Systeme rühmen, obwohl es doch heißt, daß diese Systeme ihr Entstehen den besten Ideen und Technologien der fortgeschrittensten Länder verdanken. Kommen wir zu den Katastrophen mit amerikanischen Astronauten. Am 27. Januar 1967 fanden bei einem Brand in der Kabine einer Raumschiffmation auf dem Luftwaffenstützpunkt Brooks in San Antonio, weil das System, das die Kabinenluken öffnet, schlecht funktionierte, drei US-Astronauten den Tod. Im März 1966 koppelten die Astronauten Armstrong und Scott das Raumschiff Gemini 8 mit einer Agena-Rakete. Plötzlich begann sich das Raumschiff mit wachsender Geschwindigkeit zu drehen. Die Katastrophe wurde nur durch das Können der Besatzung verhütet.

Im Mai 1969, als Apollo 10 auf der Flugbahn eines Mondsatelliten flog,

DAS COSPAS--SARSAT-SYSTEM



A: COSPAS-Satellit. B: SARSAT-Satellit. Empfangsstationen für von den Satelliten gesendete Informationen: I — Moskau, II — Archangelsk, III — Wladiwostok, IV — Toulouse, V — Saint Louis, VI — Ottawa, VII — London, VIII — Tromsø
1: Funkbojen, 2: Such- und Bergungsmittel, 3: Havarieobjekte.

setzte beim Testen der Mondkapsel, in der sich Stafford und Cernan befanden, auf selbständigem Flug eine rasche Drehung ein. Das hätte die Besatzung von Apollo 10 um ein Haar das Leben gekostet, aber Stafford balancierte die Kabine mit Hilfe der Handsteuerung aus.

Auch bei der dritten Mondexpedition mit Apollo 13 (April 1970) waren die Amerikaner vom Unglück verfolgt. Eine Reihe von Defekten, beginnend mit der Explosion eines Sauerstoffbehälters im

Ich habe nur deshalb so ausführlich über Havarien und Katastrophen bei amerikanischen Astronauten gesprochen, weil die Amerikaner wegen der nötigen Lehren nicht unbedingt fremde Erfahrungen einzuholen brauchen, sondern genügend eigene besitzen.

Die immer kompliziertere Technik macht ein eventuelles Versagen keineswegs unmöglich. Auch jetzt gibt es Fälle, die das bestätigen. Allein nach der Katastrophe mit der Challenger vom

wickelt, die die Vorzüge der ersten durch eine effektive Gegenwirkung aufhebt. SDI bildet da keine Ausnahme.

Sowjetische Wissenschaftler haben einen Bericht abgefaßt, in dem sie stichhaltig beweisen, daß der Gedanke, unter einem Wunderschild Deckung zu finden, unhaltbar ist. Übrigens haben sogar in den USA selbst, von anderen Ländern ganz zu schweigen, Tausende kompetente Wissenschaftler, darunter — wie ich schon sagte — 15 Nobelpreisträger, auch ohne den Bericht erkannt, wie gefährlich das Abenteuerium der Urheber der "Sternenkriegs"pläne ist, und sind gegen SDI aufgetreten.

NZ: Die SDI-Verfechter behaupten, daß sich in "Sternenkriegen" Kampfhandlungen nur zwischen Automaten im Weltraum abspielen und die Erde unberührt lassen würden.

Klimuk: Ich möchte wieder auf die kürzliche Geschichte zurückkommen. 1962 testeten die USA Kernwaffen im Weltraum, um zu prüfen, wie künstlich geschaffene Strahlungsgürtel auf das Funktionieren des Fernmeldewesens auf der Erde wirken. Infolgedessen war die Funkverbindung in einem großen Gebiet der Erde einige Tage gestört, und die USA selbst verloren die Verbindung mit mehreren künstlichen Erdsatelliten. Das Gerede, daß die Erde unberührt bleiben könne, ist glatter Betrug. Recht hatte ein amerikanischer Wissenschaftler, der sagte, daß ein Krieg im Weltraum nur "das Vorspiel zu einem Krieg auf der Erde" sein könne.

NZ: In den USA wird behauptet, SDI sei eine Antwort auf eine "sowjetische SDI", an der die UdSSR schon seit 20 Jahren arbeite.

Klimuk: Eine bekannte, aber falsche Behauptung. Als Reagan sie in seiner Rede vorbrachte, stellten viele die begreifliche Frage, ob es denn möglich sei, daß die UdSSR schon seit Jahren Forschungen betreibe, die den Vereinbarungen der Russen mit den Amerikanern zuwiderlaufen, ohne daß die US-Regierung etwas davon gewußt habe. Als der Präsident vor drei Jahren seine "Strategische Verteidigungsinitiative" verkündete, sagte er auch kein Sternenswörtchen darüber, daß das eine Gegenmaßnahme sei. Die diesbezügliche Behauptung stimmt also nicht.

NZ: Lassen wir einmal SDI beiseite und sprechen wir über die Vorteile, die die Menschheit von einer friedlichen Erschließung des Weltraums haben könnte. Seine einzigartigen Eigenschaften — Schwerelosigkeit, ein annäherndes Vakuum, eine unbegrenzte Wärmekapazität sowie Keimfreiheit — bieten ungeahnte Möglichkeiten für seine industrielle und kommerzielle Nutzung.

Klimuk: Man kann wohl sagen, daß die Industrialisierung des Weltraums schon begonnen hat und daß sie der Menschheit bereits morgen größten Nutzen bringen wird. UNESCO-Experten sind der Ansicht, daß die außerirdische

"Erforschung und Erschließung des Weltraums dürfen nur friedlichen Zwecken, der Entwicklung von Wissenschaft und Produktion, dienen und müssen in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen aller Völker stehen."

Aus dem Programm der KPdSU

• Das oberste Ziel des sowjetischen Weltraumprogramms ist die Schaffung eines ständig auf dem Orbit funktionierenden volkswirtschaftlichen Forschungskomplexes.

Vom 20. Februar d. J. an befindet sich eine neue Weltraumstation neuer Gene-

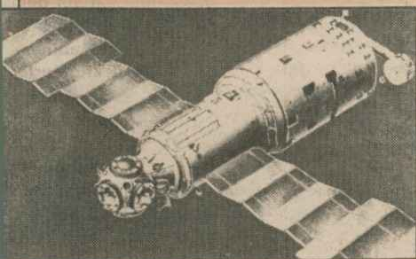
neue Weltraumkomplex wird, sobald er vollständig mit sämtlichen Moduln und Ausrüstungen versehen ist, rund 150 t wiegen und fast 40 m lang sein.

• Neben bemannten Raumschiffen und -stationen finden im sowjetischen Weltraumprogramm automatische Weltraumapparate weitgehende Verwendung. Ständig befinden sich künstliche Erdsatelliten der "Kosmos"-Serie auf Orbits. Sie haben die physikalischen Eigenschaften der oberen Atmosphärenschichten der Ionosphäre und vieles andere zu untersuchen.

• Für Mitte 1988 ist der Start zweier großer sowjetischer Stationen zum Mars zwecks Erforschung seines Satelliten Phobos geplant.

• Das Programm für Flüge internationaler Besatzungen in sowjetischen Raumschiffen und -stationen wird fortgesetzt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1987 findet ein Raumflug unter Beteiligung eines syrischen Kosmonauten statt.

• 1987 soll ein Weltraumapparat mit einem gemeinsam von sowjetischen und britischen Fachkräften entwickelten Röntgenteleskop auf einen Orbit starten. An der Ausführung des Projekts beteiligen sich auch Wissenschaftler der Niederlande und der BRD.



ration der "Mir"-Serie auf dem Orbit. Darin können 5-6 Personen ununterbrochen arbeiten. Die Station hat 6 Kopplungsaggregate. Das ermöglicht einen so gut wie unbegrenzten Wechsel des Forschungsgebiets, wobei bis zu 5 spezialisierte Forschungsmoduln bis zu je 21 t angeköpelt werden können. Der

Wartungsraum, verursachte eine Situation, in der die Besatzung des Raumschiffs zugrunde gehen konnte. Nur die 4tägigen ununterbrochenen kaltblütigen und gut organisierten Maßnahmen der erfahrenen Astronauten und Spezialisten vom Flugleitdienst ermöglichten ihre Rückkehr auf die Erde.

Also haben auch Weltraumsysteme die unangenehme Eigenschaft, zu versagen. Nicht von ungefähr wurden bei den Vorbereitungen zum Flug von Apollo 11 etwa 600 Defektvarianten und bei Apollo 12 sogar rund 800 verschiedene Situationen durchgespielt.

Auch bei sowjetischen Kosmonauten ist im Flug ein Versagen der Technik vorgekommen, und nicht immer konnte die Besatzung den Defekt beheben. Zweimal haben Flüge unserer Genossen tragisch geendet.

Januar d. J. explodierten in den USA, die ein riesiges automatisches Raketenabwehrsystem schaffen wollen, eine Titan- und eine Delta-Rakete. Die SDI-Verfechter wollen diese Explosionen aber nicht gehört haben. Ich halte die Versuche für unvernünftig, das Schicksal der ganzen Erde technischen Systemen anzuvertrauen, mögen sie auch weltraumgestützt sein.

NZ: Das SDI-Programm sieht die Entwicklung von Waffen vor, die einen gegnerischen Schlag unmöglich machen sollen. Ist das ausführbar?

Klimuk: Es ist ein vergeblicher Versuch, den geschlossenen Kreis des jahrhundertrealen Problems "Schild--Schwert" nur mit technischen Mitteln zu sprengen. Die Geschichte der Menschheit besagt, daß ein Gegner für jede neue Waffe eine Gegenwaffe ent-

Produktion zwischen 5 und 50 Md. Dollar Jahresgewinn abwerfen kann, und das schon im Anfangsstadium. Wie sich unsere Produktion auf der Erde wandeln wird, wenn wir mit Hilfe des Weltraums fähig sein werden, die Sonnenenergie in verschiedenen Bereichen unseres Daseins in großem Umfang zu nutzen, das ist noch schwer vorstellbar. Morgen kann die Industrialisierung des Weltraums den Bau orbitaler Betriebe, Sonnenkraftwerke, riesiger Teleskope und Zwischenlandungsplätze für Flüge zu anderen Planeten, sagen wir, zum Mars, an die Tagesordnung bringen.

Die heute phantastisch scheinenden Projekte können verwirklicht werden, wenn die UdSSR, die USA und andere mit Weltraumtechnik versehene interessierte Staaten zusammenwirken. Das ist die einzige Alternative zur militärischen Rivalität im Weltraum. Die Ausführung solcher Projekte ist viel leichter als die Jagd nach einer Überlegenheit im Weltraum, und jedenfalls ist sie ungefährlicher und wirtschaftlich lohnender.

NZ: Um so mehr, als es schon ziemlich viele Beispiele einer derartigen internationalen Zusammenarbeit gibt. Solche sind die gemeinsamen Flüge von Sojus- und Apollo-Raumschiffen. Schon seit 20 Jahren läuft mit Erfolg das Interkosmos-Programm. Dann die von sowjetischen Wissenschaftlern gemeinsam mit wis-

senschaftlichen Zentralen in Bulgarien, der DDR, der BRD, Frankreich, Österreich, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vorbereitete Zusammenführung der beiden Vega-Stationen mit dem Halleyschen Kometen. Dann das internationale Such- und Bergungs-Satellitensystem KOSPAS-SARSAT, dank dem allein im Rahmen seiner experimentellen Benutzung 550 Bewohner der Erde bei Schiffs- und Flugzeugkatastrophen gerettet werden konnten.

Klimuk: Dieses Jahr wird das Such- und Bergungssystem in vollem Umfang seiner Bestimmung übergeben. Das Projekt findet immer mehr Anhänger. Außer seinen ersten Organisatoren — der UdSSR, den USA, Frankreich und Kanada — haben sich Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Bulgarien, Finnland und Schweden angeschlossen, und Brasilien, Japan, Argentinien und Spanien haben sich angemeldet.

Wie Experten der UNESCO errechnet haben, kann eine globale Wettervorhersage auf nur fünf Tage allein in der Landwirtschaft eine Ersparnis bis zu 6 Md. Dollar jährlich erbringen. Insgesamt aber hilft der globale kosmische Wetterdienst Schäden durch allerlei Naturkatastrophen im Werte von vielen Milliarden Dollar verhüten. In der UdSSR steht bereits die Bildung eines perma-

nenten Umweltkontrolldienstes für das ganze Land auf der Tagesordnung. Es soll einen Gewinn von 12–17 Rubeln je Rubel Kostenaufwand erbringen. Das sind nicht einmal alle Beispiele, es gibt noch mehr.

NZ: Vielleicht ist es für die UdSSR und die USA wirtschaftlich lohnender, vielseitige Weltraumforschungen, die für die ganze Menschheit Bedeutung haben, nicht getrennt, sondern gemeinsam vorzunehmen? Das wäre eine objektive Voraussetzung für eine umfangreichere Abstimmung der Weltraumprogramme beider Länder und für ihre enge Zusammenarbeit im Kosmos.

Klimuk: So eine Zusammenarbeit würde natürlich das Vertrauen stärken, die Beziehungen normalisieren und zur besseren Verständigung der beiden Völker führen. Im Juni 1975, als Vitali Sewastjanow und ich auf der Station Salut 4 arbeiteten, starteten Sojus 19 mit Leonow und Kubassow und ein Apollo-Raumschiff mit Stafford, Slighton und Barned. Selbstverständlich erkundigten Vitali und ich uns, als wir einmal mit der Flugleitzentrale sprachen, wie die Arbeit der Besatzungen nach dem Sojus-Apollo-Programm in aller Welt beurteilt wird. Ein Ansager las uns Schlagzeilen aus Zeitungen vor: "Das Ereignis des Jahrhunderts", "Gigantentreffen auf dem Orbit", "Ein großer Anfang" und "Neue

Gemeinsam zum Mars

Vor 20 Jahren wurde das sowjetisch-französische Abkommen über gemeinsame Raumforschungen geschlossen. Was ist seitdem getan worden, und was steht bevor? Unser Korrespondent Sergej Leskow hat Herrn Jacques-Louis Lions, den Präsidenten des Nationalen Raumforschungszentrums Frankreichs (CNES), ersucht, darüber zu berichten.

Auf der Liste unserer gemeinsamen Unternehmungen steht der Flug des ersten französischen Kosmonauten, Jean-Loup Chretien, vom 24. Juni bis 2. Juli 1982 zweifellos an erster Stelle. Die internationale Besatzung der Orbitalstation Salut 7, bestehend aus Wladimir Dshanibekow, Alexander Iwantschenkow, Jean-Loup Chretien, Anatoli Berezowoi und Valentin Lebedew, hat zahlreiche Experimente angestellt. Einen wichtigen Platz nahmen die medizinischen ein, für die Jean-Loup zuständig war. Das Augenmerk galt vor allem den Besonderheiten des Blutkreislaufs in der Schwerelosigkeit (das Experiment lief unter der Bezeichnung "Echographie") und des Vestibularapparats ("Pose") sowie den Eigenschaften der Mikroorganismen und ihrer Empfindlichkeit für verschiedene Antibiotika ("Citos 2"). Spezialisten zufolge sind die Ergebnisse für die Entwicklung der Raumfahrtmedizin wertvoll.

Von den Stadien unserer Zusammenarbeit im Weltraum möchte ich nennen: eine Reihe experimenteller Fernseh- und Fernsprechprogramme unter Benutzung der Fernmeldesatelliten Molnija (UdSSR) und Symphonie (Frankreich), wetterkundliche Forschungen mit Hilfe von Wettersatelliten und Sonden, die Aufstellung französischer Apparate in den zur Venus und zum Mars gestarteten sowjetischen Raketen und die Untersuchung der zur Erde niedergebrachten Bodenproben vom Mond. Und natürlich das Venus-Halley-Projekt, das im März 1986 seinen Höhepunkt erreichte. Frankreich nahm erstmalig an einem internationalen Projekt dieses Formats teil. Das bedeutungsvolle Programm wurde vier Jahre lang vorbereitet. Dadurch bekamen wir grundsätzlich neue Daten über Atmosphäre und Oberfläche der Venus. Auch die Phase der Experimente im Zusammenhang mit der Erforschung des Halleyschen Kometen war

sehr ergiebig. Die "Vega"-Raumschiffe flogen in kaum 10 000 km Abstand am Kern des Kometen vorbei. Es wurden zahlreiche Aufnahmen von dem Kometen gemacht und Messungen seines Gas- und Staubschweifs vorgenommen.

Für die ausgezeichnete Durchführung des "Vega"-Projekts ist vier französischen Wissenschaftlern der sowjetische Orden der Völkerfreundschaft verliehen worden.

Forschungsergebnisse sind bekanntlich dann am überzeugendsten, wenn Experimente fortwährend angestellt werden. Sollen die gemeinsamen Forschungen auf Gebieten, auf denen bereits ausichtsreiche Resultate vorliegen, fortgesetzt werden!

Vor allem hat am 15. November in Sternenstädtchen das Training französischer Anwärter für einen neuen gemeinsamen Raumflug begonnen. Es trainieren wieder Jean-Loup Chretien und außer ihm der 36jährige Pilot der französischen Luftstreitkräfte Michel Tognini. Der neuerliche Raumflug ist für 1988 angesetzt.

Wurde auf dem ersten, achttägigen Flug der Organismus der Raumfahrer bei harter Anpassung an die Schwerelosigkeit untersucht, so kann man jetzt

Epoche in der Erschließung des Weltraums".

Ideen entstehen auf der Erde, gehen in den Kosmos und kommen auf die Erde zurück. Ob sie dem Frieden oder dem Krieg dienen, das hängt von uns allen ab. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler zuzulassen, daß großartige Pläne und hochfliegende Hoffnungen, von dem bedeutsamen Flug geweckt, durch die Militarisierung des Weltraums zu Grabe getragen werden müßten. Man muß unbedingt auf dem Weg weitergehen, auf dem neue Staffords und Leonows erscheinen werden.

Es wäre zweckmäßig, daß sich die UNO darauf konzentriert, großangelegte Projekte für die Nutzung der Weltraumtechnik aufzustellen.

Die Wissenschaftler unserer Länder könnten sich sehr gut darauf einigen, woran sie in erster Linie mit vereinten

Kräften arbeiten werden, an der Schaffung einer spezialisierten Orbitalstation zur Feststellung von Naturschätzen oder an einem Raumschiff für einen Flug zum Mars, oder vielleicht an einem Projekt für eine Produktion auf dem Orbit. Jedenfalls ist ein Sternenfrieden besser als ein Sternekrieg. Eine solche Arbeit würde ein "kosmisches Denken" fördern, würde Menschen zu globaler Solidarität erziehen und uns im unteilbaren Weltraum nicht in konfrontierte Militärgruppierungen trennen.

Solange in dem geheimnisvollen Weltraum, der, wie Konstantin Ziolkowski schrieb, der Menschheit "Getreideberge und unendliche Macht" spenden könnte, noch kein Weltrüsten eingesetzt hat, sind große gemeinsame friedliche Projekte noch möglich, ja notwendig.

Aufgezeichnet von I. KUSNEZOW



Sowjetisch-französische Besatzung — Alexander Iwantschenkow, Wladimir Dshanibekow und Jean-Loup Chrétien gleich nach der Landung

auernde Reaktionen beobachten. Das Thema der Experimente ist das gleiche, aber manches ist auch neu. Das neue betrifft äußerst wichtige Probleme der Raumfahrtmedizin. Wir werden uns Mühe geben, eine der kompliziertesten und unerwünschtesten Auswirkungen eines langen Aufenthalts im Weltraum zu enträtseln, nämlich warum das Knochengewebe Kalzium absondert und sich die Struktur des Muskelgewebes verändert. Hierfür richten wir in der Orbitalstation "Mir" ein Laboratorium ein.

Geplant sind der Ausstieg eines französischen Kosmonauten in den freien Weltraum, Experimente mit der Strahlungsmedizin und andere interessante technologische Versuche. Zu Ehren des 100-jährigen Armeniens, wo das Programm für den längeren Raumflug eines französischen Kosmonauten aufgestellt worden ist, haben wir das Projekt "Aragaz" genannt. Der Start eines sowjetisch-französischen biologischen Satelliten ist geplant. Die Passagiere sollen zwei Rhesusaffen, Ratten und andere kleine Tiere sein.

Voll Hoffnung sehen die Experten den Ergebnissen der Untersuchungen in den Mittelschichten der Atmosphäre mit Hilfe von Lidaren (Peilgeräten im optischen Wellenbereich) entgegen, die als das letzte Wort der Raumforschungstechnik gelten. Das erste Stadium ist ein Experiment in Polarbreiten. Den Arbeiten werden sich wahrscheinlich Großbritannien, die BRD und die Länder Skandinaviens anschließen.

Vorläufig sprechen wir von einem Programm für die Erschließung des nahen Weltraums. Wie aber Ziolkowski schrieb, strebt die Menschheit dem fernen Kosmos, den Sternen zu. Werden sowjetisch-französische Satelliten über den Erdbord hinausfliegen!

Zwei Weltraumsonden werden 1988 zum Mars und seinem Satelliten Phobos, einem der rätselhaftesten Himmelskörper des Sonnensystems, starten. Zur Debatte steht noch ein hochinteressantes Projekt, "Vesta" genannt. Es handelt sich um den Flug automatischer Sonden zum Mars und zum Gürtel der Asteroiden sowie die Landung auf einem von ihnen.

JAPAN

Meinung eines Geschäftsmanns

Unser Korrespondent Juri Tawrowski traf mit Noboru Goto, dem Präsidenten der japanischen Industrie- und Handelskammer zusammen.

Wie sehen Sie die Rolle der UdSSR in der pazifischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit?

Wir billigen die Teilnahme der Sowjetunion an dem intensiver werdenden Prozeß der regionalen Zusammenarbeit. Heute gibt es in der Region zwei bedeutendste internationale Foren — die Konferenz der pazifischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den Wirtschaftsrat des Pazifikraums. An der Konferenz nehmen die Vertreter von Geschäfts- und politischen Kreisen teil, am Wirtschaftsrat nur Geschäftsleute. Die Sowjetunion könnte die Konferenz für einen Meinungsaustausch mit den anderen Pazifikländern nutzen.

In Michail Gorbatschows Wladiwostoker Rede vom Sommer d. J. wurden neue Aspekte der sowjetisch-japanischen ökonomischen Zusammenarbeit behandelt.

Aus Beiträgen der japanischen Presse geht hervor, daß sich das Big Business, die Vertreter mittlerer und kleiner Firmen bislang keine einheitliche Meinung z. B. zu dem Vorschlag für die Schaffung gemischter Betriebe gebildet haben. Was denken Sie dazu?

Ich meine, daß im heutigen Stadium gemischte Betriebe nur auf sehr engem Gebiet gebildet werden können. Der Weltmarkt ist jetzt überfüllt mit Rohstoffen, diversen Bodenschätzen. Deshalb wäre es nicht sinnvoll, neue Investitionen in diesen Bereich zu tätigen. Doch was die Verarbeitung von Meeresprodukten und die Nutzung der Walddressourcen angeht, so wären da gemeinsame Unternehmen angebracht.

Und was meinen Sie zur Entwicklung des politischen Dialoges zwischen Tokio und Moskau?

Zu einer neuen und sehr wichtigen Seite in diesem Dialog könnte ein Japan-Besuch Michail Gorbatschows werden. Ich wünsche sehr, daß dieser Besuch stattfindet.

Tokio

Nach der Januartragödie

Dr. sc. Vitali NAUMKIN

Nur jemand, der Aden gut kennt, bemerkt Spuren der blutigen bewaffneten Zusammenstöße, die sich im Januar d. J. in der südjemenitischen Hauptstadt ereigneten. Ein paar beschädigte Wohnhäuser, Einschläge im mehrstöckigen Hotel "Aden", mehr nicht. Der Straßenbelag wurde erneuert. Behörden, Betriebe, Handel und Transport arbeiten normal. Strom- und Wasserversorgung funktionieren.

"Nach kurzer Zeit konnten wir die Stadt wieder in Ordnung bringen", sagt Hasan, Mitarbeiter des Kulturministeriums, mit dem wir durch die Straßen der Stadt fahren. "Die Einwohner von Aden nehmen weiterhin regelmäßig an freiwilligen Arbeitseinsätzen teil. Bewohner aus verschiedenen Landesteilen lieferten Mittel für den Fonds zum Wiederaufbau der Hauptstadt. Im Sommer sah Aden wieder so aus, wie früher."

Der lange schwelende Machtkampf in der Führung der jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) hatte die Tragödie herbeigeführt. Sie begann mit dem bewaffneten Überfall vom 13. Januar auf die Mitglieder des Politbüros des ZK der JSP. Vier von ihnen kamen dabei ums Leben, auch einer der Parteigründer, Abdel Fattah Ismail, der stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Volksrats der VDRJ, Ali Antar, Verteidigungsminister Salih Muslih Qasim und der Vorsitzende der Parteikontrollkommission Ali Shaya Hadi. Die Hintermänner der Aktion wollten mit Funktionären abrechnen, die bei Ali Nasser Muhammad, dem damaligen Parteichef und Staatschef, in Ungnade gefallen waren: Sie hatten ihn scharf kritisiert wegen seines autoritären Führungsstils. Gleichzeitig nahmen Muhammads Leute landesweit zahlreiche führende Parteifunktionäre, Militärangehörige und Mitarbeiter der Staatssicherheit und der Polizei fest. In der Hauptstadt und umliegenden Gebieten flammten Kämpfe auf. Die Gegner des bisherigen Parteichefs gewannen die Oberhand. Die Mehrheit in Partei und Armee, die Bevölkerung insgesamt unterstützte sie.

Im Land und in der Partei wird heute viel über die Gründe des brudermörderischen Zwists diskutiert. Wäre es nicht möglich gewesen, das Blutvergießen zu verhindern? Viele Freunde des Demokratischen Jemen im Ausland meinen, daß die Meinungsverschieden-

heiten und Widersprüche zwischen den beiden Fraktionen in der Regierung nicht derart antagonistisch waren, um sie zu unversöhnlichen Feinden werden zu lassen. Aber genau das kann, zumal im Orient, zu Blutvergießen führen. Darauf setzen auch imperialistische und reaktionäre Kreise, die einer progressiven Entwicklung der Republik feindlich gegenüberstehen.

Muhammad hatte seinerzeit verschiedene Kräfte unterstützt. Einige waren Opportunisten, die nicht an die Möglichkeit einer sozialistischen Orientierung glaubten. Sie spekulierten auf die Machtgier des Ex-Führers und nutzten Stammes- und Lokalpatriotismus der Machthaber, um ihre Positionen auszubauen. Es gab auch gefürchtete Feinde einer fortschrittlichen Entwicklung. Die meisten waren konsequente Verfechter eines progressiven Weges und hatten sich nicht wenig um die Revolution verdient gemacht. Sie meinten, daß besonders die Flexibilität Muhammads innen- wie außenpolitisch dazu beitragen würde, die Errungenschaften der südjemenitischen Revolution gegen zahlreiche Anschläge reaktionärer Kräfte zu behaupten. Es gab auch einige, die nicht in das Wesen der ideologischen oder politischen Auseinandersetzungen vorzogen, sondern ihren Stammesbrüdern einfach nachliefen.

Allerdings sollte man sich von der wenig stichhaltigen Betrachtung der Januarereignisse und der ihnen vorausgegangenen Krise der JSP als Eruption von Stammesfehden, die nicht nur für Arabien typisch sind, hüten. Der Stammesfaktor, obwohl nicht ausschlaggebend, machte sich im politischen Kampf bemerkbar. Nach Auffassung der jetzigen Führung spielten in Muhammads Umgebung diejenigen eine zunehmende Rolle, die sich zu den Interessen der Privateigentümer hingezogen fühlten. Von daher ergaben sich unterschiedliche Ansätze für die Wirtschaftspolitik, für Stil und Methoden der Parteitätigkeit und staatlicher Aktivitäten.

Die neue Führung hat schon viel für eine nationale Einigung getan, für eine neue Einheit innerhalb der Partei und für die Arbeitsfähigkeit der Parteiorganisationen vor Ort. Deshalb wurde auch Ende März eine Amnestie für alle Muhammad-Anhänger erlassen. Sie ist

bis zum Jahresende in Kraft. Es wurde angeordnet, den Familien aller in den Januarunruhen Getöteten Renten und Beihilfen zu zahlen, und zwar unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit der Betroffenen.

Reaktionäre rechneten damit, daß die Januarereignisse die sowjetisch-südjemenitische Freundschaft untergraben würden. Westliche Massenmedien verbreiteten alle möglichen Hirngespinnste. Man hatte ihnen offensichtlich aus Ländern der arabischen Reaktion vorgesagt. Alle provokativen Erfindungen zerplatzten jedoch wie Seifenblasen. Die Welt konnte sich erneut davon überzeugen, daß die UdSSR sich konsequent vom Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten leiten läßt und das souveräne Recht der Völker achtet, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Als im Januar in unmittelbarer Nähe der UdSSR-Bootschiff Kämpfe stattfanden, mußten in der VDRJ tätige sowjetische Staatsbürger evakuiert werden. Einige tausend Experten und ihre Familien verließen das unter Beschuß liegende Aden. Die Seeleute der sowjetischen Handelsflotte bewiesen unter diesen schwierigen Bedingungen Mut und hohes seemännisches Können, als sie in der knappen Zeit alle Ausreisenden zu sich an Bord nahmen. Nach weniger als einem Monat kehrten jedoch die sowjetischen Fachleute in die VDRJ zurück, um weiterhin Hilfe beim Aufbau verschiedener volkswirtschaftlicher Objekte zu leisten.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform liegt in einem Gebäude am Hauptplatz des Khormaksar-Viertels. In diesem Viertel fanden die schwersten Kämpfe statt. Als ich hinkam, besserten Arbeiter die Fassade aus. Minister Dr. Ahmed Ali Muqbil nahm mich in Empfang. Er hat in Moskau studiert und promoviert.

"Es gibt viel Arbeit", sagt der Minister auf russisch, "uns ist sehr daran gelegen, die Landwirtschaft zu entwickeln und ihre Produktivität anzuheben. Wir müssen immerhin gut die Hälfte unserer Lebensmittel importieren. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität ist schon deshalb ein Problem, weil sich nur 1 Prozent unseres Territoriums landwirtschaftlich nutzen läßt. Der Rest ist felsiges Bergland und Wüste."

Wir versuchen gerade, die Lage auf dem Land in den Griff zu bekommen. Zunächst aber fehlen verlässliche Statistiken. Dabei ist uns ohnehin klar, daß Kooperativen und Staatsgüter verfallen sind. Sie decken 3 Viertel des bebauten Bodens ab. Besonders schwer ist die Lage der staatlichen Verteilerstellen für Landmaschinen. Sie können mit privaten Anbietern nicht konkurrieren."

Ich frage:

"Hat aber nicht vor wenigen Jahren

die Jemenitische Sozialistische Partei die Entwicklung von individuellen landwirtschaftlichen Betrieben angestrebt und sie neben Kooperativen und Staatsgütern aufgefördert, eine wesentliche Aufgabe bei der Produktivitätssteigerung zu übernehmen? Wo lag der Fehler?"

"Ja, man mußte den Einzelbauern unter die Arme greifen", stimmt der Minister zu, "zumal, nachdem in den 70er Jahren gewisse Übertreibungen vorgekommen waren, die sich auf die Produktion negativ ausgewirkt hatten. Aber man mußte so helfen, daß die Einzelbauern die Produktion vergrößern, ohne sich in neue "Coupon-schneider" zu verwandeln. Bei uns war nur erlaubt, den Bauern leichte Traktoren zu verkaufen, die sie für die Bestellung ihres Ackers brauchten. Dessenungeachtet verkauften der frühere Minister und andere Verantwortliche auf Raten und verteilten nicht nur kostenlos schwere Traktoren, sondern auch Schaufelbagger und Straßenhobel. Ihre Besitzer arbeiteten nicht selbst auf den Feldern, sondern verpachteten die Maschinen. So schmarotzten sie an den armen Bauern und plünderten sie aus."

"Wollen Sie damit sagen, daß Sie jetzt die Kompetenzen der Verleihstationen wiederherstellen wollen?"

"Wir werden nichts überstürzen", antwortet Ahmed Ali Muqbil, "erst einmal muß man sich darüber klar werden, was günstiger ist: die Technik den Kooperativen und Bauern durch staatliche Verteiler zur Verfügung stellen oder sie den Kooperativen direkt verkaufen? Hauptsache, daß Kooperativen und Staatsgüter vorrangig entwickelt und neuen Ausbeuterelementen die Grundlagen entzogen werden. Es ist notwendig, die Einzelbauern zu unterstützen, aber im allgemeinen Interesse und nicht, damit sie sich persönlich bereichern." Für die Republik äußerst schwierig und ihrem Wesen widersprechend war schon immer das Problem der Auswanderung. Der Mangel an Naturschätzen und die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erhöhen, dessen äußere Feinde sich gegen es verschworen haben, behinderten eine schnelle Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit und verzögerten die Entwicklung. Unter diesen Bedingungen begann der "Schaufenstereffekt" zu wirken: Der materielle Lebensstandard in den erdölfördernden Nachbarstaaten ist um ein Mehrfaches höher als in der VDRJ. Obwohl der Mensch natürlich nicht vom Brot allein lebt. Viele zurückgekehrte Arbeitse migranten versicherten mir, wie unvergleichlich besser sie sich in der Heimat fühlen. Hier sind sie frei. Hier nehmen sie aktiv am öffentlichen Leben teil. Hier sind sie sicher, daß ihre Kinder eine Ausbildung erhalten. Trotzdem verlassen viele auf der Suche nach Arbeit das Land, auf legalem, wie auf illegalem Weg. Die Geldüberweisungen an ihre Familien

sowie ihre Bankkonten machten im Lauf der Jahre einen nicht geringen Anteil an den Deviseneinkünften der Republik aus. Diese Einkünfte gingen jedoch spürbar zurück, denn in den Erdölförderstaaten, deren Lage sich wegen der gefallen Ölpreise verschlechterte, hatte man gegenüber Arbeitsimmigranten zu restriktiven Maßnahmen gegriffen.

Fadl Mohsen, Politbüromitglied und ZK-Sekretär der JSP sagte mir: "Anstatt Devisen in die Produktionsentwicklung und den Aufbau neuer Objekte zu investieren, verwendete man sie zu einem großen Teil zum Kauf von Luxusartikeln im Ausland, zum Import von PKWs, von Haushaltselektronik usw. Im Verwaltungszentrum der Provinz Abyan baute man Kegelbahnen, Spielhallen, Swimmingpools u. a. Daran stießen sich private Bauunternehmer, manche Millionäre, gesund. Jetzt führen wir ein rigides Wirtschaftssystem ein, und alle Mittel werden für Aufbauziele eingesetzt. Wir beabsichtigen, uns vor allem auf einheimische Ressourcen zu stützen, um weniger von Quellen abzuhängen, deren Hahn andere abdrehen können. Außerdem haben wir eingesehen, daß wir staatliche Bauunternehmen entwickeln müssen, um der üblen Verschwendung und einer Situation, in der sich Streitereien um zumeist unbedeutende Fragen zu unlöslichen Konflikten auswachsen, einen Riegel vorzuschieben. Zu einem solchen Riegel soll die größtmögliche Entwicklung der Parteidemokratie und strenge Beachtung aller Normen des Parteilebens werden."

Die Erneuerung der JSP zielt darauf ab. Vor kurzem fanden in den Provinzen Aden, Abyan und Shibwah Parteikonferenzen statt, bei denen die Januarvorfälle ernste Folgen hatten. Parteioorganisationen und -komitees und Massenorganisationen wurden wiederhergestellt. Es wurden Kongresse der Jugend-, Frauen- und Journalistenverbände durchgeführt. Im Oktober fand der Kongreß des Allgemeinen Jemenitischen Gewerkschaftsverbandes statt.

Ende Oktober wurden Wahlen zum Obersten Volksrat, dem Parlament, und zu den regionalen Räten durchgeführt. Sie gingen organisiert vor sich. 89 Prozent der registrierten Wähler nahmen an ihnen teil.

Beim Wiederaufbau der Partei, die einen bedeutenden Teil ihrer erfahrenen und geschulten Kader verloren hat, hat das System der Parteeiziehung eine wichtige Funktion. Im Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus, nach Abdallah Badhib, dem Gründer der ersten marxistischen Gruppe im Südjemen benannt, wurde bereits Ende Februar der Lehrbetrieb wiederaufgenommen.

Institutsdirektor Abdel Ghani Maqtari sagte mir: "Das Institut hat eine wichtige Aufgabe bei der politisch-ideologischen Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus durch die JSP-Mitglieder. Wir führen ein- und dreijährige Lehrgänge

durch. Wir beabsichtigen, neue Formen der Wissensvermittlung einzuführen, wie Theoriekonferenzen und Colloquien, um die Theorieaneignung der jemenitischen Wirklichkeit und der täglichen Arbeitspraxis der SPJ anzupassen."

Zu den wichtigen Aufgaben der Aufbauperiode gehört auch die Stabilisierung der internationalen Position der Republik.

Die VDRJ ist, solange sie besteht, bemüht, gutnachbarliche Beziehungen zu den Ländern der Region herzustellen. Das gelang nicht immer. Imperialistische Kräfte und örtliche Reaktion inszenierten wiederholt Grenzkonflikte und Krisensituationen. In der jüngsten Vergangenheit wurden an den Grenzen zur VDRJ Lager errichtet, von denen aus Söldner Raubüberfälle auf das Territorium der Republik verübten. Irgend jemand will den alten Zustand wiederherstellen. Im Frühjahr bereiste der US-Vizepräsident Bush die Länder der arabischen Halbinsel, darunter auch die Jemenitische Arabische Republik, und erklärte: "Das Adener Regime mißachtet die territoriale Integrität seiner Nachbarn." Offensichtlich will man auch heute den Gedanken suggerieren, daß die neue Führung einen "Export der Revolution" in die Nachbarländer anstrebt. Die JSP-Führung entwickelt jedoch konsequent gute, auf gegenseitiger Achtung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Garantie von Rechten und Freiheiten jedes Volkes beruhende Beziehungen zu seinen Nachbarn.

Auch ein prinzipieller Kurs auf Intensivierung der fruchtbaren und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Südjemen, der JSP und der KPdSU wird realisiert. Im Juni war der Premierminister der VDRJ, Yassin Said Naoman, zu einem offiziellen Besuch in Moskau.

Zu den Beziehungen zwischen unseren Ländern betonte der Generalsekretär des ZK der JSP, Ali Salem al-Beydh wiederholt, daß das jemenitische Volk die herausragende Rolle hochschätzt, die die Sowjetunion bei der Stärkung der Unabhängigkeit des Landes, bei der Erfüllung der ökonomischen Entwicklungspläne und bei der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der VDRJ gespielt hat.

Als Ende Oktober Gejdar Alijew und A. S. al-Beydh in Aden zusammentrafen, wurde die unveränderte Solidarität der UdSSR mit der Volksdemokratischen Republik Jemen in der jetzigen komplizierten Etappe ihrer Entwicklung erneut bekräftigt. Am 29. Oktober unterzeichneten in Moskau beide Regierungen einen Vertrag über die Entwicklung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit beider Länder. Übereinstimmend damit erweist die Sowjetunion Südjemen Unterstützung bei der Erdölerkundung, beim Bau von Bewässerungsanlagen, bei der landwirtschaftlichen Erschließung des Bodens und bei der Vorbereitung nationaler Kader.

Ein Diplomat Leninscher Prägung

Ernst HENRY

... Petrograd, die ersten Monate des Jahres 1918. Dunkle Wintertage. Gerade erst hatte sich der Sturm der sozialistischen Revolution erhoben. Die "Aurora" hatte ihren Schuß abgegeben, das Signal zur Erstürmung des Winterpalastes. Dort, in einem Zimmer hinter verschlossenen Türen, saßen die bleichen Minister der gestürzten Regierung Kerenski mit bleichen Gesichtern. Durch die Straßen marschieren noch Trupps von Rotarmisten. Die Hauptstadt Rußlands ist in der Hand der Arbeiter und Soldaten.

Ein großes, monumentales Gebäude im Stadtzentrum: das Volkskommissariat für Äußeres. Vor dem Eingang Posten mit ausgeschulten Gewehren. Das Gebäude sieht leer aus. Die alten Beamten waren gleich in ihre Wohnungen geflüchtet, am Arbeitsplatz nur Wächter und Kuriere, die sich der Revolution angeschlossen hatten. In den Arbeitszimmern der höchsten Beamten war niemand. Als Vertreter der neuen Macht in die Wohnung eines von ihnen kamen, um ihn aufzufordern, in das alte Ministerium zu gehen und die Akten zu übergeben, kroch er vor Angst mit Anzug und Schuhen unter die Bettdecke.

Die alte Petersburger Diplomatie liegt in den letzten Zügen. Sie stirbt so schnell und unbemerkt, daß man sich morgen im Ausland ihrer schon fast nicht mehr erinnern wird, als habe es sie gar nicht gegeben. Ihre letzten Vertreter setzen sich ins Ausland ab, verbringen die Tage in Pariser Cafés und den Spielhöhlen von Monte Carlo, bis zu ihrem Tod nicht begreifend, was eigentlich mit ihnen und mit der Welt geschehen war.

Doch in den Stunden, da die alte Diplomatie abtritt, wird ihr Platz, ohne auch nur einen Tag zu verlieren, sogleich von einer anderen eingenommen. Alles ändert sich. In der Kälte der Wintertage, bisweilen noch begleitet von Gewehrschüssen, entsteht etwas Niedergewesenes in der Geschichte der Diplomatie — nicht nur der russischen, sondern auch der Weltdiplomatie. Mit den internationalen Beziehungen eines riesigen Landes befassen sich von nun an Revolutionäre.

Die Botschafter der ausländischen Mächte wollen mit ihnen nichts zu tun haben. Sie weigern sich arrogant, im Volkskommissariat für Äußeres zu erscheinen. Sie zweifeln nicht daran, daß in zwei, drei Wochen von der sozialistischen Diplomatie nichts übrigbleiben würde. Wenn das aber nicht geschieht, verläßt jeder von ihnen die Hauptstadt der jungen Sowjetrepublik. Gegen diese wird eine bewaffnete Intervention — aus Süd, West, Ost und Nord — organisiert.

Bald wird der Terror beginnen, wird ein Attentat auf Lenin vorbereitet.

Doch die Stimme der neuen, sozialistischen Diplomatie, die alle Länder zur Beendigung des Krieges aufruft, ist bereits in aller Welt zu vernehmen. Aus dem Smolny, wo Lenin unermüdlich an Fragen der Außenpolitik arbeitet, gehen seine Anweisungen Tag um Tag an das Volkskommissariat für Äußeres. Lenins Diplomatie geht ans Handeln.

Was wird sie der Welt bringen? Was wird ihr Beitrag zu den internationalen Beziehungen sein?

Das Volkskommissariat für Äußeres wird von einem Mann geleitet, der dem üblichen Typ des Diplomaten absolut unähnlich ist. Später stellt sich heraus, daß er nicht einmal Frack und Zylinder hat. Er erinnert mehr an einen Künstler oder einen jungen Wissenschaftler. Alle, die ihn kannten, selbst einige seiner Gegner, bestätigen später, daß sein Gesicht einen gewissen besonderen Edelmüt ausstrahlte. Äußerlich war er ganz ruhig, doch er stand unter einer außerordentlichen Anspannung. Er spricht selten lauter oder macht jähe Bewegungen. Ich kann mich erinnern, daß, als ich ihn sah, mir schien, er entstamme einem Roman Turgenjews. Man hätte ihn für einen typischen russischen Intelligenzler halten können.

Zugleich erweist sich Georgi Tschitscherin, wie die Welt später erfährt, als selten brillanter Diplomat. Viele im Westen stimmten in den 20er Jahren

darin überein, daß, wenn Tschitscherin das gewollt hätte, er eine Koryphäe der renommierten bürgerlichen Diplomatie hätte werden können. Lenin sagte einmal über ihn: "Tschitscherin ist ein großartiger, gewissenhafter, kluger und gebildeter Mitarbeiter. Solche Menschen muß man schätzen. Daß seine Schwäche in einem Mangel an 'Kommandeursmanieren' besteht, ist kein Unglück: Es gibt ja so viel Menschen mit der gegenteiligen Schwäche auf der Welt!" Bekanntlich verlor der Begründer des Sowjetstaates keine unnützen Worte. Er war streng zu allen wie zu sich selbst.

Wir schauen uns alte Fotos an, erinnern uns und sind erstaunt, was da alles in der Erinnerung hochkommt. Erst jetzt, Jahrzehnte später, zeichnen sich die Dimensionen des von unserer Generation Durchgemachten ab. Die alte Wahrheit, das, was in der Jugend so oft einfach und alltäglich erschien, jetzt in seiner ganzen historischen Bedeutung, im ganzen Glanz dasteht, bestätigt sich. Wir erinnern uns, durchdenken das Gewesene erneut, vergleichen und verstehen die Menschen, die uns von den Fotos der 20er Jahre anschauen, besser.

Tschitscherin gehört zu jenen, die nicht nur politisch mit unserer Epoche untrennbar verbunden sind: Er als Mensch ist in manchem auch besonders charakteristisch für sie. Der erste sozialistische Diplomat der Geschichte — und der Bescheidenste der Bescheidenen! Nicht von ungefähr wurde ihm solche Hochachtung entgegengebracht. Diplomaten wie ihn hatte die Welt tatsächlich vorher nicht gesehen.

Der Leiter der russischen Delegation, Georgi Tschitscherin, auf der Konferenz von Genua



Er begann so, wie niemand seiner Kollegen begonnen hatte. Ihn lehrte niemand, er war nur einige Jahre im Archiv des zaristischen Außenministeriums tätig gewesen, besaß nicht einmal das Diplom eines Berufsdiplomaten. Als Revolutionär hatte er in Gefängnissen gegessen — anfangs in Deutschland, später in Großbritannien. Der gesamte Apparat des Volkskommissariats für Äußeres überstieg zu Anfang nicht einige Dutzend Mitarbeiter, die Arbeit aber nahm kein Ende. Doch er wußte, wie man etwas durchdenkt und überprüft, wie man handelt. Und da eben stellt sich die Frage: Was war das Wichtigste in der Politik Tschitscherins, als dieser das Volkskommissariat für Äußeres leitete?

Die Antwort steht außer Zweifel. Das Wichtigste, Allerwichtigste, Vordringlichste für Tschitscherin in den 20er Jahren war zweifelsohne der Kampf für den Frieden.

Bereits am 17. Juni 1920 hatte er dies gesagt, als er das Grundprinzip der sowjetischen Außenpolitik formulierte: "Unsere Losung war und bleibt die gleiche — friedliche Koexistenz mit anderen Regierungen, wie die auch sein mögen."

Im Frühjahr 1922 erklärte er auf der internationalen Konferenz in Genua, die Delegation aus Moskau wolle die "allgemeine Reduzierung der Rüstungen" und den "Abbau der Armeen aller Staaten" zusammen mit einem "vollständigen Verbot der barbarischsten Formen des Krieges" vorschlagen.

Das war vor 64 Jahren gesagt, als es noch keine Atombombe gab. Niemand hätte das klarer sagen können. Die Sowjetunion war von Anbeginn an für friedliche Koexistenz, für Abrüstung. Tschitscherin, der Lenins Anweisungen folgte, verwies immer wieder darauf. Wie man auch an das internationale Geschehen in den darauffolgenden Jahrzehnten gehen mag, die Tatsache bleibt unbestreitbar: Der Siegeslorbeer im Kampf für den Frieden gehört den "Phantasten" und "Fanatikern" — wie sie damals im Westen genannt wurden — vom Volkskommissariat für Äußeres in Moskau.

Stellen wir die gleiche Frage einmal anders: Wer von den berühmten Diplomaten des Westens in der Zeit zwischen beiden Weltkriegen kann es mit Tschitscherin in der Entspannung aufnehmen? Greifen wir zu einem beliebigen Lehrbuch der Geschichte der Diplomatie und erinnern wir uns.

Lord Curzon, stolzer Leiter des Foreign Office, Abkömmling eines alten Adelsgeschlechts, anerkannter Erbe Palmerstons und Disraelis —, und der gleiche, der in den diplomatischen Schlachten während der bewaffneten Intervention der Engländer im Norden Sowjetrußlands und bei der Entscheidung über das Schicksal des Nahen Ostens 1920–1924 von Tschitscherin vernichtend geschlagen wurde?

Oder Curzons Nachfolger Austen Chamberlain, Simon, Hoare und Lord Halifax, die mit Versuchen begannen, eine neue antisowjetische Koalition zusammenzuzimmern und die 1938 in München diplomatischen Selbstmord begingen? Was ist heute von den Worten und Taten der diplomatischen Schule an der Themse geblieben?

Erinnern wir uns an die Führer der alten Schule der französischen Diplomatie des gleichen Zeitraums, die ebenfalls an der bewaffneten Intervention gegen das Sowjetland teilnahmen und die mit Moskau nicht einmal sprechen wollten. Wer von ihnen kann zumindest in gewissem Maße den Ruhm eines erfolgreichen Politikers in Anspruch nehmen, wer kann als Talleyrand zumindest en miniature gelten? Poincaré und Millebrand, die ebenso wie Curzon versucht hatten, die antisowjetische Front in Europa anzuführen und die von Tschitscherin auf der Konferenz von Genua besiegt wurden? Briand, der Rivale von Poincaré, der "Odysseus" des damaligen Ministeriums am Quai d'Orsay, der die sowjetische Diplomatie durch den Locarno-Pakt mit Deutschland 1925 zu überspielen suchte, doch der nicht mehr erreichte als seine Vorgänger? Oder jene, die Poincaré und Briand in den 30er Jahren ablösten und Frankreich direkt in die Katastrophe führten — Flandin, Laval, Bonnet?

Wie endete der namhafteste Diplomat der Weimarer Republik, Stresemann, der sich als bester, ja einziger Schüler Bismarcks ansah und alles auf eine Ausnutzung der Gegensätze zwischen West und Ost setzte? Er endete mit dem Nichts. Alles war bis zum Tag seines Todes für sein Land im Grunde unverändert geblieben. Doch schon drei Jahre später übertrugen die Kräfte in Deutschland, die Stresemann unterstützt hatten, die ganze Macht an Hitler, der von Stresemanns Politik der Verhinderung eines Krieges an zwei Fronten keinen Stein auf dem anderen ließ.

Haben zumindest die Diplomaten der amerikanischen Präsidenten Harding, Coolidge und Hoover, die sich kategorisch weigerten, die UdSSR anzuerkennen, die unermüdlich hinter den Kulissen die antisowjetischen Kräfte in aller Welt aufstachelten und die behaupteten, die USA könnten nicht geringen Nutzen aus der gegenseitigen Auszehrung der kämpfenden Seiten in Europa ziehen, irgend etwas dabei gewonnen?

Absolut nichts profitierten davon die Diplomaten des State Department. Es stimmt, daß Präsident Harding damals seinen Anhängern versprochen hatte, im Ergebnis seiner Politik werde jeder Amerikaner ein Huhn im Topf und ein Auto in der Garage haben. Doch es stimmt auch, daß die amerikanische Diplomatie damals nur half, die schwerste Wirtschaftskrise im eigenen Land zu verschärfen, und erst Franklin Roosevelt, der 1933 diplomatische Beziehungen zur UdSSR aufnahm, vermoch-

te, diese Politik zu ändern.

Nein, zweifelsohne hält keine der Größen der bürgerlichen Diplomatie in den 20er Jahren ebenso wie später einem Vergleich mit dem Begründer der sozialistischen Diplomatie, Tschitscherin, stand.

Geht man Bücher und Dokumente durch, die von jenen Zeiten zeugen, dann sehen wir klar, was damals geschah. Die Curzons, Chamberlains, Lavals und Hoovers donnerten, tobten, drohten Moskau offen und verdeckt, schmiedeten Intrigen — und mußten früher oder später den Rückzug antreten, als sie sich den Kopf immer wieder an der unbeugsamen Sowjetunion einrannten. Tschitscherin und seine Mitstreiter in Moskau waren langsam, aber sicher auf dem Vormarsch — mit Unterbrechungen und Schwierigkeiten —, doch immer ging es voran. Heute ist das unbestritten — man braucht nur einen Blick auf die Weltkarte zu werfen. Das entstandene Kräfteverhältnis, entscheidend für das Schicksal der Welt in unserem Jahrhundert, ist in nicht geringem Maße durch die Arbeit der ersten sozialistischen Diplomaten unter Tschitscherin vorbereitet worden.

Relativ kurze Zeit nur war ihnen beschieden, in der internationalen Arena zu wirken. So konnten Tschitscherin und seine nächsten Mitstreiter Krassin und Worowski im Grunde weniger als ein Jahrzehnt als Diplomaten tätig sein. Doch in dieser Zeit erreichten sie mehr als ganze Generationen bürgerlicher Diplomaten für ihre Ziele in Jahrhunderten erreicht hatten.

Und noch eine, sehr aktuelle Frage: Wer von den Diplomaten in aller Welt hat das Problem der Unabhängigkeit der Länder der dritten Welt in seiner ganzen Schärfe aufgeworfen?

Bereits Anfang 1922, sich auf die Konferenz von Genua vorbereitend, schrieb Tschitscherin an W. I. Lenin: "Die Weltmächte beginnen, aus den Nähten zu platzen... Die Neuheit unseres internationalen Systems muß darin bestehen, daß die schwarzen ebenso wie die anderen Kolonialvölker gleichberechtigt mit den europäischen Völkern an Konferenzen und Kommissionen teilnehmen und das Recht haben, Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht zuzulassen... Freiwillige Zusammenarbeit und Hilfe für die Schwachen seitens der Starken, ohne daß sich Erstere dem Willen der zweiten unterordnen, muß Anwendung finden."

Das wurde vor 64 Jahren gesagt, unterstrichen wird nicht nur die Idee des Friedens, sondern auch die der Freiheit für die Kolonialvölker!

Natürlich war Lenin ein unermüdlicher und strenger Lehrer Tschitscherins. Doch Tschitscherin selbst war das wert. Man kann sagen, daß die sowjetische Diplomatie der 80er Jahre die Tschitscherins aus den 20er Jahren in sich aufgenommen hat — nur mit einem vielfach größeren Einfluß in der Welt.

Aus Ihrem Heft 44/86 habe ich erfahren, daß die UdSSR in den letzten 25 Jahren einen Zuwachs der Bevölkerung von 62,2 Millionen hatte und daß sie jetzt über 280 Millionen zählt. Wie hat in diesem Zeitraum die Agrarproduktion, besonders der Getreideertrag, zugenommen! Soviel ich weiß, ist Brot ja nach wie vor das wichtigste Nahrungsmittel der meisten Bewohner Ihres Landes.

Antoine LEROY, Genf

VOR 25 JAHREN UND HEUTE

In den letzten 25 Jahren (1960–1985) hat die Brutto-Agrarproduktion um 70 Prozent zugenommen. Was den Ertrag an Getreide und anderen Nährpflanzen sowie an den wichtigsten Vieh-

zuchtprodukten angeht, so kann Ihnen folgende nach Angaben der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR aufgestellte Tabelle einen Begriff davon geben.

An Brotgetreide haben wir

AGRARPRODUKTION NACH ARTEN

	1960	1970	1980	1985
Bruttoertrag der Agrarprodukte in Mio t:				
Getreide	125,5	186,8	189,1	191,7
Zucker (aus Fabriken)	57,7	78,9	81,0	82,1
Sonnenblumenkerne	3,97	6,14	4,62	5,23
Kartoffeln	84,4	96,8	67,0	73,0
Gemüse	16,6	21,2	27,3	28,1
Ertrag an wichtigsten Viehzuchtprodukten				
Fleisch (Schlachtgewicht)				
in Mio t	8,7	12,3	15,1	17,1
Milch in Mio t	61,7	83,0	90,9	98,6
Eier in Md. Stück	27,4	40,7	67,9	77,3

NAHRUNGSMITTELVERBRAUCH

(pro Kopf und Jahr in kg)

	1960	1970	1975	1980	1985
Fleisch und Fleischwaren, in Fleisch umgerechnet (inkl. Speck und Innereien in natura)	39,5	47,5	56,7	57,6	61,4
Milch und Molkereiprodukte (in Milch umgerechnet)	240	307	316	314	323
Eier in Stück	118	159	216	239	260
Fisch und Fischwaren	9,9	15,4	16,8	17,6	17,7
Zucker	28,0	38,8	40,9	44,4	42,0
Pflanzenöl	5,3	6,8	7,6	8,8	9,7
Kartoffeln	143	130	120	109	104
Gemüse, Kürbisse und Melonen	70	82	89	97	102
Obst und Beeren (ohne Verarbeitung zu Wein)	22	35	39	38	46
Backwaren (Brot, Teigwaren, in Mehl umgerechnet, Mehl, Grütze, Hülsenfrüchte)	164	149	141	138	133

jetzt selbst in Mißerntejahren keinen Mangel. Unter ungünstigsten Klimaverhältnissen ernten wir mehr, als wir für den Gesamtbedarf der Bevölkerung an Brot und anderen Teigwaren brauchen. An Futtermitteln aber mangelt es uns noch.

In der Landwirtschaft und in den sie beliefernden Branchen haben wir noch ziemlich viele Probleme. Mit der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung muß es besser, in erster Linie müssen mehr Fleisch und Molkereiprodukte erzeugt werden. Zwar wird der Förderung der Landwirtschaft in letzter Zeit ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt, aber die Rückstände werden vorläufig nur langsam behoben. Am leichtesten können die Nahrungsmittelbestände durch Verringerung der Verluste beim Ernten, Befördern,

Speichern und Bearbeiten behoben werden. Dadurch können wir ein bis zu 20prozentiges, bei manchen Nahrungsmitteln sogar ein bis zu 30prozentiges Mehr erzielen. Die Kosten der Behebung dieser Verluste betragen nur die Hälfte oder ein Drittel dessen, was die zusätzliche Erzeugung der gleichen Menge kosten würde.

Das diesjährige Fazit muß erst gezogen werden, man kann aber schon jetzt sagen, daß sich in Landwirtschaft wie in der Wirtschaft überhaupt wesentliche Veränderungen andeuten. Der Erzeugniszuwachs ist merklich größer geworden. Der diesjährige Bruttoertrag an Getreide wird ungefähr 210 Mio t — um fast 30 Mio t mehr als im vorigen Planjahr! — im Jahresdurchschnitt — ausmachen.

Albert PIN

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Beethovens „Phantasie“. Auf hell erleuchtetem Podium zahlreiche Blumen in großen, schönen Vasen. Das Publikum sieht daraus Arrangements entstehen, deren Farbzusammenstellungen die Stimmung dieses Meisterwerks von Beethoven wiedergeben sollen.

Der etwas ungewöhnliche Wettbewerb wird alljährlich in Tallinn, der Hauptstadt Sowjetestlands, der Blumenkünstler aus den Ostseelän-

dern veranstaltet. In diesem Herbst stand er im Zeichen des Internationalen Jahrs des Friedens. Die Devise lautete: „Die Ostsee, ein Meer der Freundschaft“. Die Jury hatte zwei Blumenarrangements zu beurteilen: ein zu Hause zusammengestelltes mit dem Kennwort „Blumenstrauß für Mutter“, das andere — „Musik“ —, das zu den Klängen des Estnischen Staatlichen Sinfonieorchesters direkt auf dem Podium entstand.

Den Grand Prix bekam Kai Köhler aus der BRD, den 1. Preis die Schwedin Ann-Kristinn Dimitru, die Trägerin des vorjährigen Grand Prix.

Viele nahmen, als sie den Kultur- und Sportpalast verließen, Blumen mit. Auf einer im Foyer veranstalteten Blumenausstellung waren Sträuße oder Blumenkörbe zu kaufen.

Frieden, Musik, Blumen



- Eine strenge, aber wohlmeinende Jury
- Ein neues Arrangement
- In den Tagen des Wettbewerbs

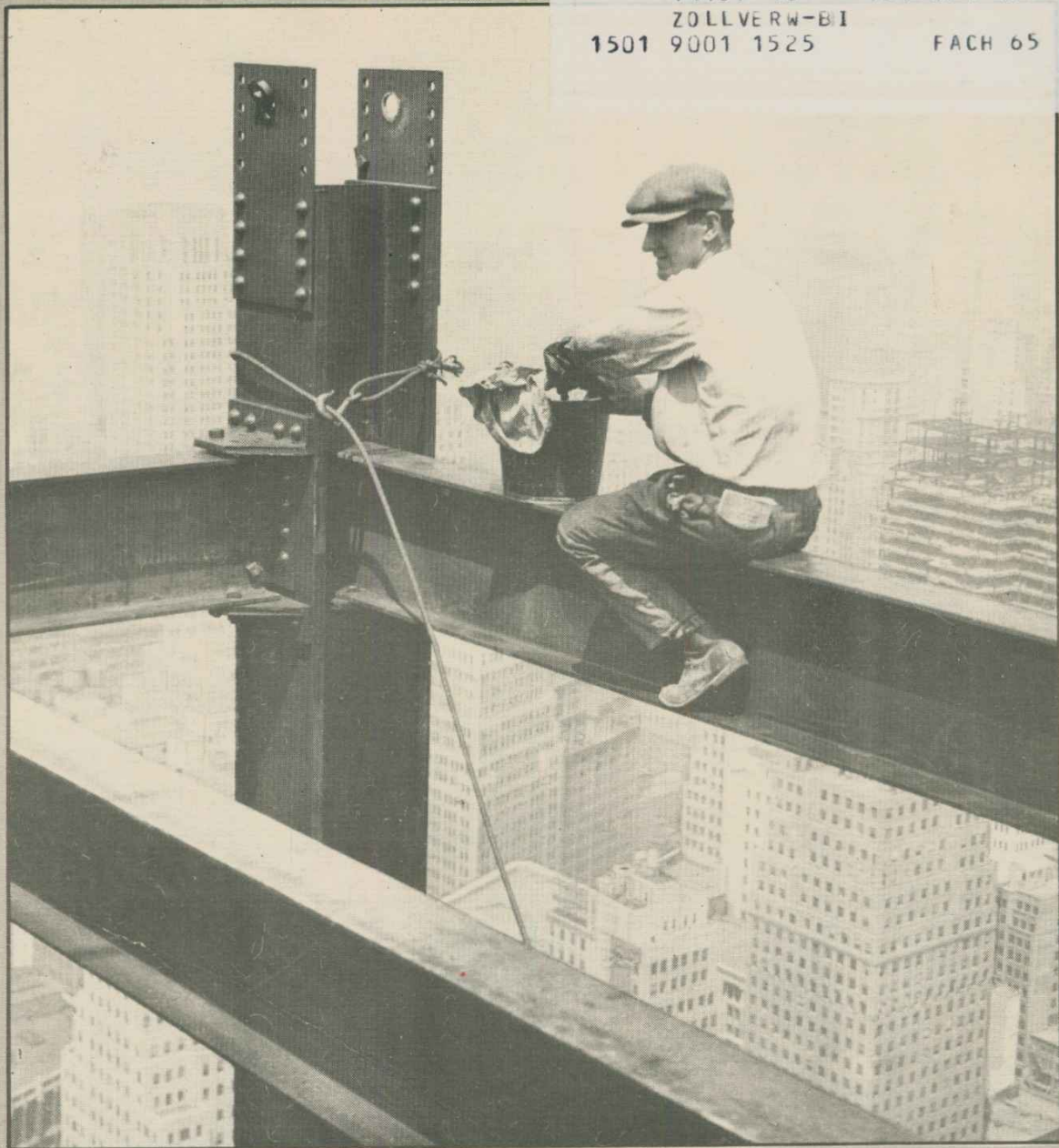
Fotos: TASS

14159 48 151 394 347

ZOLLVERW-BI

1501 9001 1525

FACH 65



Selbstbildnis. Charles Rivers ist Bauarbeiter. Das Foto ist an seinem Arbeitsplatz aufgenommen worden



INTERNATIONALER FOTO-
UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

Aufnahme von
Charles
RIVERS
(USA)